

Zeitungs-Preisliste Nr. 3060. — Abonnementspreis vierteljährlich: a) in der Expedition 3 .*M.*; b) durch die Post bezogen 3,75 .*M.*; c) frei unter Strelband für Deutschland und Oesterreich 4,50 .*M.*; für das Ausland 5 .*M.*; Einzelnummern werden nicht abgegeben. — Insetate: die viermalgespaltene Nonp-Zeile oder deren Raum 25 Pfg.

Inhalt:

	Seite	Seite	
Das Schachtabteufen des Junghannschachtes II auf der Dubenskogrube in Oberschlesien	193	Absatz spanischer Erze nach Amerika. Produktion der deutschen Hochofenwerke im Januar 1902. Kohlenverbrauch Belgiens in 1899, 1900 und 1901	202
Verwendung des elektrischen Lichtbogens zum Durchschmelzen von Eisenteilen	195	Gesetzgebung und Verwaltung: Gesetzentwurf betreffend Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern	206
Oelprüfungsapparat	196	Verkehrswesen: Kohlen-, Koks und Brikettversand. Kohlen- und Kokswagen-Verkehr im Monat Januar 1902. Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen. Kohlenbewegung in dem Duisburger Hafen. Kohlenbewegung in dem Ruhrorter Hafen. Wagengestellung im Ruhrkohlenreviere. Amtliche Tarifveränderungen	206
Bergbau und Metallindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1901.	198	Vereine und Versammlungen: Deutsche Geologische Gesellschaft Generalversammlungen	209
Das Erzfeld Nautanen. Von Björn Kjellberg	200	Marktberichte: Essener Börse. Ausländischer Eisenmarkt. Metallmarkt. Notierungen auf dem englischen Kohlen- und Frachtenmarkt. Marktnotizen über Nebenprodukte	210
Technik: Eine elektrische Sicherheitslampe. Einige Erfahrungen und Ergebnisse bei der Anwendung hochüberhitzten Dampfes in Dampfmaschinen. Unfälle an Dampfkessele des Ueberwachungsvereins zu Essen. Kohlenstaubfeuerungen	201	Patentberichte	212
Volkswirtschaft und Statistik: Die Dampfmaschinen in Preussen 1901. Erzeugung und Verbrauch von Roheisen in Schottland 1901. Ans- und Einfuhr von Steinkohle, Braunkohle und Koks im deutschen Zollgebiet. Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen der Bergwerks- und Hüttenindustrie aufer Steinkohle, Braunkohle und Koks im deutschen Zollgebiet. Salzgewinnung des Halleschen Oberbergamtsbezirks im vierten Kalendervierteljahre 1901. Brennmaterialien-Verbrauch der Stadt Berlin für das Jahr 1901.		Submissionen	213
		Bücherschau	214
		Zeitschriftenschau	215
		Personalien	216

Das Schachtabteufen des Junghannschachtes II auf der Dubenskogrube in Oberschlesien. *)

Vor längerer Zeit nahm die Aktien-Gesellschaft „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ in Oberschlesien, in der Gemeinde Czerwionka bei Rybnik das Abteufen eines neuen Schachtes in Angriff, wobei sich nicht unbedeutende Schwierigkeiten im Verlaufe der verschiedentlich angewandten Abteufverfahren eingestellt haben. Die bisher ausgeführten Arbeiten dürften von allgemeinem Interesse sein.

Durch eine ältere, 80 m entfernte und im Betriebe stehende Schachanlage von ca. 250 m Teufe und 4 m Schachtquerschnitt (Junghannschacht I) und durch mehrere Flach- sowie Tiefbohrungen, darunter eine über 1400 m Teufe, waren die Lagerungsverhältnisse des Deckgebirges und der zahlreichen durchsunkenen Steinkohlenflöze vollständig klar gelegt worden.

In der Ueberlagerung wurden nachstehende Schichten durchsunken:

- 10,00 m Mutterboden und Schwimmsand,
- 13,30 „ grauer sandiger Thon,
- 23,30 „ Schwimmsand mit Granitblöcken.
- Bei 45,70 „ trat das feste Steinkohlengebirge auf, und zwar zunächst:
- 0,80 „ Schieferthon, sodann
- 0,40 „ grober Kies mit Sand.

Das Einfallen der Schichten betrug 6° und war nach Norden gerichtet.

Die Schwimmsandschichten waren mit zahlreichen bis 300 kg schweren Granitblöcken durchsetzt und stark wasserführend.

Zu Ausführung der Abteufarbeiten war in unmittelbarer Nähe der Neuanlage ein Förderhaus mit einer Zwillingsfördermaschine und einer Dampfkelwinde, sowie über dem Schachtpunkte ein entsprechend kräftiger provisorischer Holzthurm errichtet worden. Elektrischer Strom zu Beleuchtungszwecken, sowie Dampfkraft war genügend vorhanden.

Der neue Schacht (siehe Fig. 1) wurde zunächst mit provisorischer Holzzimmerung (mit Getriebe) bis auf 10 m Teufe trocken mit einem lichten Durchmesser von 6,16 m in achteckiger Form niedergebracht und in kreisrunder Form mit einer 1 m starken Mauer ausgekleidet.

In der Schachtmitte stand ein 16 cm weites, bis in das erste Kohlenflötz führendes, verrohrtes Bohrloch, welches mit einer den Schacht unterfahrenden Strecke des östlichen Abbaufeldes im Junghannschachte I in Verbindung stand und zur Ableitung der Wasserzuflüsse im neuen Schachte dienen sollte. Es ist dies bekanntlich eine sehr bewährte und auch rationelle Methode des Schachtabteufens, welche im vorliegenden Falle jedoch nur anfangs angewendet werden konnte, denn von 10 m Teufe ab mußte der Schacht bis in das Steinkohlengebirge

*) Nach einem Vortrage des Berg- und Bohringenieurs E. Langer aus Teplitz, gehalten auf der XV. internationalen Wanderversammlung der Bohringenieurs und Bohrtechniker am 22. September 1901 zu Karlsbad.

unter Wasser abgeteuft werden. Man wählte hierzu einen gußeisernen Senkschacht aus deutschen Tübbings von 5,77 m lichter Weite.

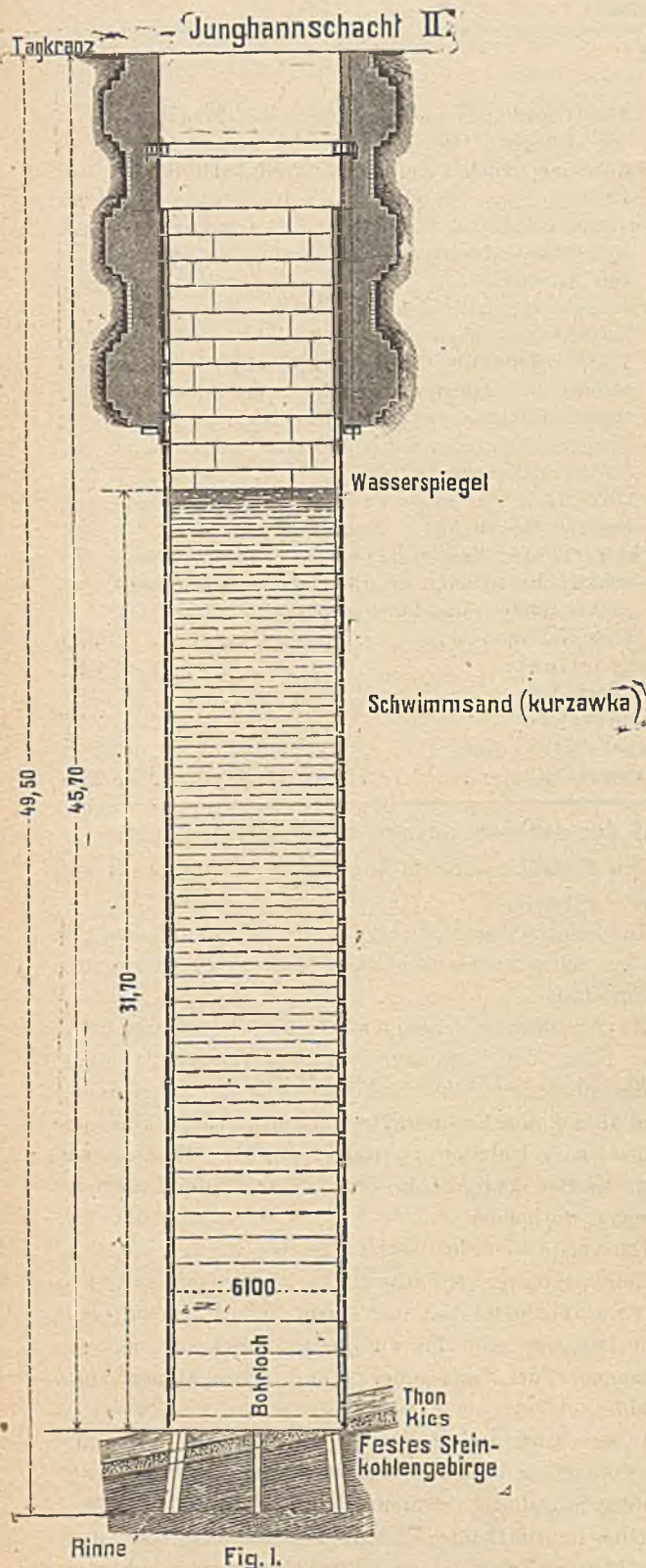


Fig. 1.

Diese, unten mit einem Senkschuh versehene Kugelgelage wurde unter Anwendung von hydraulischen

Pressen mit dem Fortschreiten des Abteufens versenkt, wobei verschiedene seitens der Laurahütte eigens konstruierte Bagger und Greifinstrumente mit sehr gutem Erfolge angewendet wurden.

Der Verlauf der Arbeiten war in anbeacht der schwierigen Gebirgsverhältnisse bis zu einer Teufe von 45,70 m außerordentlich günstig von statten gegangen. In dieser Teufe aber trat plötzlich eine unerwartete Störung ein, als der Senkschuh mit der südlichen Schachtkante aus den bisherigen Sandschichten in das feste Steinkohlengebirge übergang und alle Versuche, den Senkschacht tiefer zu bringen, erfolglos blieben.

Zum Wasserabschlusse auf der Schachtsohle konnte man in diesem Momente nicht schreiten, weil der dem festen Sitze des Senkschuhes gegenüberliegende Teil desselben, noch in wasserführenden Sandmassen stand:

Da es sich nur noch darum handelte, den Schacht ca. 2—3 m tiefer zu bringen, so wurde auf Vorschlag des Herrn Bergassessors Lück, Direktors der Laurahütte, unter dem Senkschuh die Herstellung einer Schacht- rinne beschlossen. Dieselbe sollte ca 400 mm breit sein und unter dem Senkschuh 4 m tief vorgebohrt werden, damit sodann ohne Hindernis der Senkschacht in dieselbe herabgelassen und nach erfolgtem Wasser- abschluss das Abteufen im Steinkohlengebirge trocken fortgesetzt werden konnte.

In Ausführung dieses Vorschlages wurden an der inneren Peripherie der Tübbingstour, 104 nebenein- ander angesetzte Bohrlöcher von 250 mm Durchmesser in zwei anschließenden Ringen bis zu einer Teufe von 49,50 m, niedergebracht (siehe Fig. 2).



Fig. 2.

Da die Bohrlöcherachsen der äußeren Reihe von Bohr- löchern möglichst weit aus der Peripherie des Senk- schachtes hinausfallen sollten, so mußten die Löcher schief ausgeführt werden; hierbei konnte man nicht unter 80° Neigungswinkel gehen, weil der Freifall- apparat sonst nicht funktionierte. Das Abbohren geschah mit zwei auf Schiebebühnen gegeneinander montierten Schlagapparaten unter Anwendung der Meißelspül- bohrring mit kurzem Hub.

Als Führung für den Neigungswinkel, dienten vom Tagkranz bis zur Sohle eingebaute Patentrohre von 270 mm Durchmesser, welche während des Bohr- prozesses mit versenkt wurden.

Leider wirkte hierbei der Spülstrom nicht zweck-

entsprechend, denn es gelang trotz besonderer Maßregeln nicht, den Bohrschlamm zu Tage zu heben.

Derselbe hatte sich zum Teil auf der Schachtsohle, zum Teil in der Rinne selbst abgelagert, sodafs man sich später gezwungen sah, die Spülbohrung durch Trockenbohrung zu ersetzen und den Schmand mittelst Ventilbüchsen zu entfernen. Es war dies eine überaus langwierige Arbeit, welche nur halb zum Ziele führte. Außerdem blieben infolge der Abweichungen einzelner Bohrlöcher zwischen denselben feste Gesteinsrippen stehen, die unter Anwendung von Kreuzmeißeln von 400 mm Durchmesser aufgebohrt werden mußten. Nachdem man diese Arbeit beendet und das Vorhandensein der allerdings vom Schlamm und nachgerollten Schwimmsandschichten nicht vollständig freigelegten Rinne durch Taucher konstatiert hatte, begann man mit weiteren Pressversuchen. Obwohl hierbei das Eigengewicht des Schachtes auf ca. 60 000 Ctr. erhöht wurde, blieb die Anwendung des Pressverfahrens wider Erwarten gänzlich ohne Erfolg. Man nahm deshalb zunächst nochmals eine genaue Untersuchung der Schachtsohle durch Taucher vor, welche folgendes ergab.

An der nordwestlichen Seite des Schachtes war der Senkschuh gebrochen; zwei weitere Tübbingsfelder waren

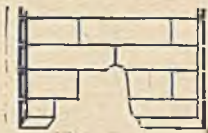


Fig. 3.

zum Teil gesprungen und herausgedrückt (siehe Fig. 3). Nach diesem Ergebnis der Untersuchung war das

Gelingen des Abteufens äußerst fraglich geworden. An eine Auswechslung des Senkschuhes konnte kaum gedacht werden, da dies unter dem bedeutenden Wasserdruck unmöglich erscheinen mußte.

Ueber die Ursache des Bruches läßt sich leider nichts Bestimmtes sagen, weil die Untersuchungen unter Wasser bei dem locker gewordenen Gebirge mit großen Schwierigkeiten verbunden waren. Die einzelnen Aussagen der Taucher stimmten deshalb auch nicht immer überein. Es liegt aber die Vermutung nahe, daß der Senkschuh in seinen Dimensionen entweder der durch die angesetzten Bohrlöcher entstandenen Spannung und Erschütterung oder aber der darauf folgenden Pressung nicht widerstehen konnte.

Ist das Letztere der Fall gewesen, so kann der Unfall nur dem Umstande zugeschrieben werden, daß man die ausgebohrte Rinne nicht freilegen konnte. Die Aushebung der Rinne mittelst einer anderen Bohrmethode und zwar mit Diamantbohrung hätte sich vielleicht besser bewährt, da man die Bohrkerns hierbei direkt gewinnen und sowohl die Erschütterung durch die Meißelbohrung als auch die Abweichung der einzelnen Bohrlöcher hätte vermeiden können.

Um den vorhandenen Schacht, dessen Herstellung bisher schon eine namhafte Summe gekostet hat, doch zu verwerten, zieht man nunmehr den Einbau einer neuen Tübbings-Kuvelage in Betracht.

Von der Anwendung des Gefrierverfahrens nach Poetsch mußte mit Rücksicht auf den Tübbingsbruch abgesehen werden.

Ueber den weiteren Verlauf des Abteufens soll später eingehender berichtet werden.

Verwendung des elektrischen Lichtbogens zum Durchschmelzen von Eisenteilen.

Auf einer Zeche des Oberbergamtsbezirks Dortmund wurde die Trennung eines Teiles (Krumses) an dem Pumpengestänge einer oberirdischen Wasserhaltung in ähnlicher Weise, wie dies im Glückauf, Jahrgang 37 (1901), Nr. 21, S. 456 beschrieben ist, unter Verwendung eines elektrischen Lichtbogens mit Erfolg durchgeführt.

Das betreffende Eisenstück von 330 : 430 mm Querschnitt war im Schacht bei 12 m unter der Rasenlängebank an einer räumlich sehr beengten Stelle zu durchkreuzen und liefs sich wegen Verrostens der Schrauben und der Keile weder lösen, noch wegen der Stärke des Materials mit Hammer und Meißel trennen.

Der zum Durchschmelzen verwandte elektrische Strom wurde von einem Gleichstrom-Nebenschluß-Dynamo von 110 Volt und 320 Amp. Leistung, welcher der Zeche als Lichtmaschine diente, abgenommen. Der

negative Pol der Dynamomaschine war an die Kolbenstange der Wasserhaltung angeschlossen, während mit dem positiven Pol ein Kohlenstift von 20 mm Durchmesser, welcher in einem gut isolierten Gasrohr befestigt war, verbunden wurde.

Das Gasrohr war mit einem Stützpunkt versehen, um den Kohlenstift mit der Hand möglichst senkrecht führen zu können. Zur Sicherung gegen Feuersgefahr wurde unter der Schmelzstelle ein Eimer mit Sand aufgestellt und eine kleine Handfeuerspritze in Bereitschaft gehalten. Zum Schutze gegen das grelle Licht dienten rote und grüne Glasscheiben, welche mit der Hand vor die Augen gehalten werden sollten.

Die Arbeit vollzog sich bei 60—70 Volt und 320 Amp. sowie bei einer durchschnittlichen Entfernung der Kohlenspitze von der Schmelzstelle von 40—50 mm in der Weise, daß zunächst ein senkrechter Schlitz 20

bis 30 mm tief eingeschmolzen und dann allmählich vertieft wurde. Die Führung der Kohle, welche sich bei zunehmender Tiefe immer schwieriger gestaltet, mußte von unten nach oben geschehen, damit das flüssige Eisen abtropfen konnte.

Das Durchschmelzen wurde von 6 Personen, welche sich untereinander nach $\frac{1}{2}$ —1 Stunde ablösten, mit einigen Unterbrechungen in etwa 12 Stunden erledigt.

Während des Arbeitens im Schacht machten sich Beschwerden irgendwelcher Art bei den beteiligten Personen nicht bemerkbar. Nach dem Ausfahren traten indessen bei allen mehr oder minder heftige Schmerzen im Gesicht, an den Händen, und bei denjenigen, welche sich nicht ständig der Schutzgläser bedient hatten, auch in besorgniserregender Weise in den Augen auf. Die Schmerzen zwangen drei Personen zu zweitägigem Feiern,

schwanden jedoch nach 2—3 Tagen. Die Haut wurde an den schmerzenden Stellen spröde und schälte sich ab, indessen waren nach acht Tagen sämtliche Einwirkungen verschwunden.

Eine zweite Unzuträglichkeit bei derartigen Durchschmelzungen besteht darin, daß bei einer unbeabsichtigten Unterbrechung des Lichtbogens, selbst wenn ein größerer Widerstand in die Leitungen eingebaut ist, infolge der wechselnden Belastung die Antriebsmaschine des Dynamo durchgehen kann bezw. unangenehme Spannungen in dem Transmissionsriemen zwischen Antriebsmaschine und Dynamo auftreten können.

Neben ausgiebigen Vorrichtungen gegen die Finwirkung des elektrischen Lichtbogens auf die Haut und die Augen ist daher bei solchen Durchschmelzungen ein zuverlässiger Maschinenwärter notwendig. J.

Oelprüfungsapparat.

Ein Oelprüfungsapparat, welcher gestattet, die Schmierfähigkeit von Oelen unter den Verhältnissen zu prüfen, unter welchen sie auch bei den verschiedenen Temperaturen im Betriebe Verwendung finden, ist von Dr. S. Kapff in Aachen und E. Fein in Stuttgart konstruiert worden.

Das Wesentliche des Apparates besteht darin, daß, wie dies Fig. 1 im Schnitt zeigt, eine direkt mit einem kleinen Elektromotor M verbundene Spindel S auf einem Spurzapfen Z in dem zu prüfenden Oele läuft und der von der jeweiligen Schmierfähigkeit des betreffenden Oels abhängige Kraftverbrauch an den Präzisions-Instrumenten einer Schalttafel abgelesen werden kann, wodurch die genaueste Kraftmessung ermöglicht ist.

Der gehärtete Spurzapfen Z ist in der Hülse I eingeschraubt, welche wiederum sich im inneren Teil des Gefäßes L, das mit dem zu prüfenden Oel gefüllt wird, befindet.

Mittels der Schraube A kann das untersuchte Oel leicht abgelassen werden. Ein Wechsel des zu prüfenden Oeles wird jedoch am einfachsten durch Herausziehen und Umstülpen des Gefäßes L bewerkstelligt. In den Hohlraum unter dem Spurzapfen Z ragt das Thermometer T zum Messen der Temperatur des Oeles, während in die äußere Abteilung des Gefäßes L, welches mit einem Deckel D abgeschlossen ist, zur Erreichung einer gleichmäßigen Temperatur des im Innern befindlichen Oeles, Wasser, Sand oder dergleichen eingegossen wird.

Der unter dem Apparat angebrachte Heizkörper H dient zur Erhöhung der Temperatur des zu untersuchenden Oeles und lassen sich hierzu die allgemein gebräuchlichen Gasherdchen und Spiritusbrenner etc. verwenden.

Um eine genaue zentrische Lage des Spurzapfens mit der Welle des Motors zu erreichen, ist das Gefäß L und das untere Lager des Motors in den Hohlkörper des ganzen Apparates eingedreht.

Die Verbindung des Motors mit dem Spurzapfen findet durch eine Kupplungshülse K statt, die sich nach Lösen ihrer Befestigungsschraube auf dem Zapfen verschieben läßt,

sodafs der untere Teil des Apparates herausgenommen werden kann.

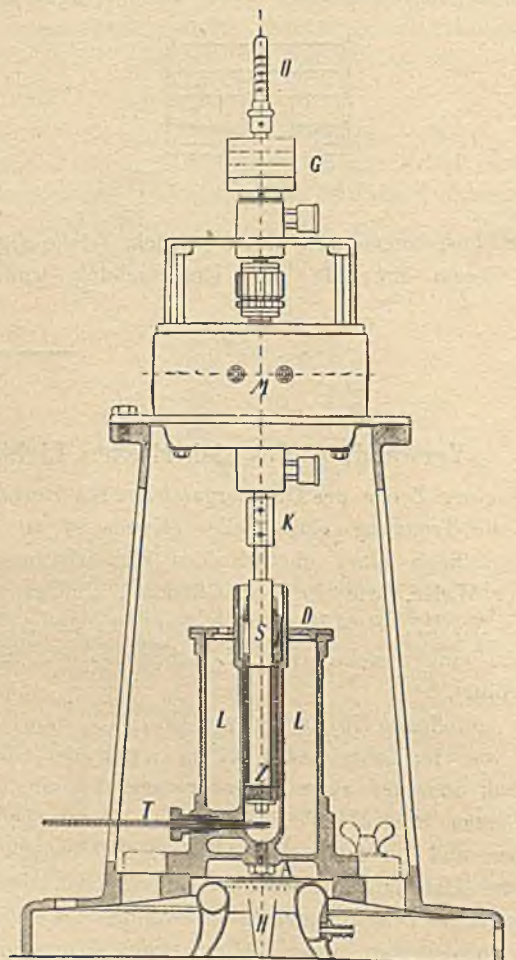


Fig. 2.

Durch Anbringen eines Gewichtes G auf der Achse des

Motors kann die Belastung des Spurzapfens in gewissen Grenzen reguliert werden.

Der Elektromotor selbst ist mit Serienwicklung versehen. Fig. 2 giebt ein Schema der Schaltung.

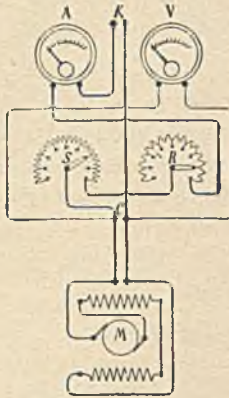


Fig. 2.

Mittels der Stromregulatoren S und R, wovon der erstere die grobe, der letztere die feine Regulierung ermöglicht, läßt sich die Tourenzahl des Motors in weiten Grenzen regulieren. Derselbe wird in zwei verschiedenen Wickelungsarten ausgeführt, in der Weise, daß die Tourenzahl sich zwischen 800 und 3000 oder 2000 und 8000 beliebig einstellen läßt.

Die Anzahl der Umdrehungen wird mittels des Gyrometers U, das auf dem oberen Teil der Achse angebracht ist, ermittelt, während der Kraftbedarf mittels der Präzisionsinstrumente, des Ampèremeters A, welches die Stromstärke und des Voltmeters V, welches die Klemmenspannung des Motors anzeigt, gemessen wird. Das Produkt aus Stromstärke und Spannung (Ampère und Volt) giebt den Energiebedarf des Motors in Watt an, derselbe ändert sich je nach der Umdrehungszahl, nach der Qualität und nach der Temperatur des Oeles. Da es sich bei der Messung hauptsächlich um relative Werte handelt, so genügen die erhaltenen Zahlen. Es ist jedoch leicht möglich, auch den absoluten Kraftverbrauch des Elektromotors bezw. Oeles zu bestimmen, indem einerseits dessen Leerlaufstrom, andererseits dessen Widerstand gemessen und die der Tourenzahl entsprechende Leerlaufenergie, sowie der Spannungsverlust im Motor, welcher sich aus dem Produkt: „Quadrat der Stromstärke mal Widerstand“ ($i^2 \cdot w$) zusammensetzt, vom obigen Resultate abgezogen wird.

Die Kurven der Abbildung Fig. 3 geben relative Werte an. Hierbei ist der Energiebedarf in Watt als Abscisse aufgetragen, während die Ordinate in Abteilung a die Anzahl der Umdrehungen, in Abteilung b die Zeit in Minuten und in Abteilung c die Temperatur des Oeles darstellt.

Die drei Kurven des Systems a zeigen einerseits den Leerlauf des Motors, andererseits den Energieverbrauch zweier Oelsorten bei einer Temperatur von 25° bis 28° und bei verschiedenen Umdrehungszahlen; es ist deutlich ersichtlich, daß sich für die verschiedenen Oele andere Werte ergeben.

Abteilung b zeigt die Kurven von 2 Oelen bei 36° bis 41° und 1600 Umdrehungen. Beim Inbetriebsetzen ist der Kraftbedarf des Motors ein höherer, bis die Massen in Bewegung sind, wie dies auch im Großbetrieb der Fall

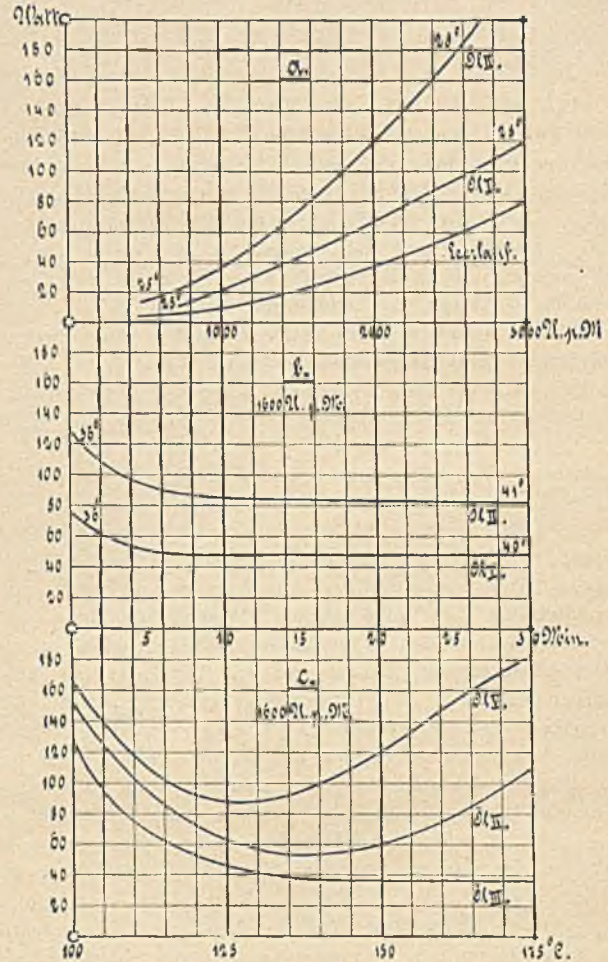


Fig. 3.

ist; nach 10 bis 15 Minuten hat dann der Kraftbedarf eine gleichmäßige Gröfse.

In Abteilung c wurden drei Cylinder Oele von 100° auf 175° erhitzt; es läßt sich dabei einerseits der sehr große Unterschied im Kraftbedarf in seiner Abhängigkeit von der Temperatur erkennen, andererseits zeigt sich hier am deutlichsten der Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Cylinderöl. Oel III behält seine Schmierfähigkeit auch bei 175° noch vollständig, während die Oele IV und V schon bei 140° resp. 125° anfangen sich zu verändern und ihre Schmierfähigkeit zu verlieren; bei der Temperatur also, wo diese Oele zu wirken haben, verbrauchen die Oele IV und V, wie die Abteilung c der Fig. 3 zeigt, bedeutend mehr Kraft als Oel III.

Der Apparat ist für Gleichstrom von 110 bis 220 Volt gebaut und erfordert im höchsten Fall bei einer Betriebsspannung von 110 Volt 5, bei 220 Volt 2,5 Ampère.

Bergbau und Metallindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1901.

(Nach Engineering and Mining Journal.)

Das Jahr 1901 hat für die Bergbau- und Metallindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika im allgemeinen wesentliche Fortschritte mit sich gebracht. Diese Industrien befinden sich am Schlusse des Jahres noch in gesicherterer und günstigerer Lage als zu Ende 1900.

Die wesentlichste Rolle in der gesamten Mineralindustrie spielt der Kohlenbergbau, weil von ihm das Gedeihen und der Fortschritt der ganzen Industrie in weitem Mafse beeinflusst wird. Die Kohलगewinnung hat im abgelaufenen Jahre sogar die im Vorjahre erreichte außerordentliche Höhe übertroffen und sich, soweit bis jetzt ersichtlich ist, auf ungefähr 300 Millionen Tons von je 2000 engl. Pfund belaufen. Damit ist wiederum die Förderung Großbritanniens und die jedes anderen Landes weit überholt. Der größte Teil dieser Kohlenmengen wurde in den Vereinigten Staaten selbst verbraucht, denn trotz ihrer Zunahme in den beiden letzten Jahren ist die Ausfuhr von Kohle der Gesamterzeugung gegenüber ein unbedeutender Faktor geblieben. Ungefähr den fünften Teil der Förderung haben die Anthrazitgruben Pennsylvaniens geliefert, deren Ertrag noch vor einer kleinen Reihe von Jahren den überwiegenden Teil des gesamten Kohlenbedarfs in der Union deckte. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes, die Erschließung der ausgedehnten Weichkohlenfelder, die veränderten Methoden in der Eisengewinnung haben in den neueren Jahren den Abbau und den Verbrauch an bituminöser Kohle auf eine beträchtliche Höhe gebracht. Die Weichkohle aus Pennsylvanien, Westvirginien, Ohio, Illinois, Indiana und anderen Staaten des Westens liefert nicht nur die Haushaltsfeuerung für die mittleren und westlichen Teile des Landes, sondern hat auch in ausgedehntem Mafse den Anthrazit in Hochöfen, Fabriken und sonstigen Gewerbsanstalten der Staaten verdrängt, wo diese Kohle früher die Alleinherrschaft hatte, nämlich in Neuengland, den Staaten an der atlantischen Küste und im Ohiothale. Weichkohle und Koks dienen nun im ganzen Lande zur Dampferzeugung und zu metallurgischen Zwecken, indessen Anthrazit von Jahr zu Jahr mehr auf die Nachfrage für Ofenfeuerung im Haushalt in den östlichen Staaten angewiesen ist. In allen Gebieten westlich von Buffalo und Pittsburg wird Anthrazit wegen der hohen Transportkosten mehr als Luxusfeuerung angesehen, und sein Verbrauch ist auf die großen Städte beschränkt. Die kleinsten Sorten Anthrazitkohle, welche bis vor kurzer Zeit auf den Gruben zum Staub gerechnet wurden, werden allein noch in Fabrikbetriebe in größerer Ausdehnung verbraucht und auch in der Hauptsache nur in Städten wie New-York und Boston, wo das Brennen bituminöser Kohlen verboten ist. Eine Ausdehnung des Anthrazitabsatzes ist deshalb jetzt fast nur von der Zunahme der Bevölkerung und der Strenge des Winterwetters zu erwarten.

Ueber das Koks geschäft im vergangenen Jahre ist vor Allem zu sagen, daß Erzeugung und Verbrauch von Koks bedeutender waren als je zuvor, besonders infolge der Lebhaftigkeit in der Eisenindustrie. Die große Inanspruchnahme des Connellsviller Koks kohlenfeldes, welches noch der Hauptsitz der Koksindustrie ist, hat Koks fabrikanten und Eisenindustrielle bewogen, für eine mögliche Erschöpfung der dortigen Lager Vorkehrungen zu treffen und große Käufe von Kohlenland in Westvirginien und anderen

Gebieten mit gut verkokender Kohle abzuschließen. Der Gebrauch der Nebenprodukt-Koksöfen machte während des Jahres einige Fortschritte und wird voraussichtlich künftig schneller zunehmen.

Im Anschluß an die Kohle ist die Mineralölfeuerung in Betracht zu ziehen. Die Entdeckungen der Oellager in Kalifornien während der letzten Jahre haben eine sich steigende Verwendung von Rohpetroleum und Mineralölrückständen zur Feuerung an der pacifischen Küste zur Folge gehabt und zu einer wesentlichen Einschränkung des Kohlenverbrauchs dortselbst geführt. Auch die industrielle Thätigkeit in Kalifornien, die wegen der hohen Frachtkosten für Kohle früher nicht gedeihen und den Vorteil der großen Entfernung der östlichen Fabrikcentren für Verbrauchsgegenstände nicht ausnutzen konnte, bekam durch die neue Feuerung einen kräftigen Anstoß.

Von weit größerer Wichtigkeit für die Petroleumindustrie als die verhältnismäßig geringe Produktion von kalifornischem Oel wurde die Erbohrung von Petroleumquellen in Texas. Die Erschließung der Lucasquelle bei Beaumont am Ende des Jahres 1900 war der Beginn einer Zeit eifriger Forschung mit glücklichen Erfolgen, durch die das Vorhandensein eines Oelfeldes in Texas von sehr großer Ergiebigkeit nachgewiesen wurde. Die Entdeckung zog Unternehmer aus allen Teilen der Vereinigten Staaten und vom Auslande heran, und die Ausbeutung des Feldes wurde mit außerordentlicher Geschwindigkeit ins Werk gesetzt. Seit der ersten Auffindung von Petroleum in Pennsylvanien und der Eröffnung der mächtigen Petroleumquellen bei Baku ist die Entdeckung dieses Mineralölgebietes von Texas das wichtigste Ereignis in der Petroleumindustrie. Die Grenzen des neuen Feldes sind noch nicht mit Bestimmtheit festgelegt, aber auf jeden Fall verspricht es ein sehr bedeutendes Erzeugungsgebiet für Mineralöl zu werden, mit dem die Oel- und auch die Kohlenindustrie der Welt zu rechnen hat. Die vorteilhafte Verwendbarkeit des dort gewonnenen Oeles zur Feuerung wird auf den Kohlenhandel des Südwestens der Vereinigten Staaten und auch anderer Gebiete einen merklichen Einfluß ausüben. Eine kräftige Entwicklung der Industrie und des Wohlstandes von Texas selbst wird außerdem die unmittelbare Folge der Oelentdeckung in diesem Staate werden.

Die Eisenindustrie, welche nach dem Kohlenbergbau die größte wirtschaftliche Bedeutung für die Vereinigten Staaten besitzt, hatte im Jahre 1901 eine sehr erhebliche Produktion aufzuweisen. Die Menge des erzeugten Roheisens, welche den Maßstab für die gesamte Thätigkeit der Eisenbranche abgibt, war nicht nur größer als jede bisher in der Union in einem Jahr erzielte, sondern erreichte auch die Produktion von Deutschland und Großbritannien zusammen. Dementsprechend gestaltete sich auch die Herstellung von Handelseisen, Stahl und fertigen Eisenwaren. Indessen konnte diese gesteigerte Produktion doch die Nachfrage nicht völlig befriedigen, und die Hütten hatten schon am Ende des Jahres ihre Erzeugnisse für die erste Hälfte von 1902 fast völlig kontraktlich vergeben. — Die Erzeugung einer so großen Eisenmenge machte die Gewinnung und Beförderung einer entsprechend gesteigerten Quantität von Eisenerzen notwendig. Vom Lake

Superior allein wurden über 20 Millionen Tons Eisenerz verschifft, und die Massen wurden über die Seen ohne bedeutende Hemmnisse und Verzögerungen hinübergeschafft, wobei nur die ungenügenden Dockanlagen am Eriesee und die Unfähigkeit der Eisenbahnen, für prompte Abfuhr zu sorgen, einige Störungen verursachten. — Das Ausfuhrgeschäft der Eisenindustrie war weniger bedeutend als im Vorjahre, einesteils wegen der gesunkenen Nachfrage in den wirtschaftlich weniger glücklichen Gebieten des Auslandes, andererseits wegen des großen Bedarfes im Inlande, der alles verfügbare Eisen an sich zog und den Fabrikanten keine Zeit ließ, den Handel nach dem Auslande zu fördern. Im Dezember war man sogar veranlaßt, Stahlbillets aus Deutschland zu kaufen.

Auch in der Goldgewinnung war im Jahre 1901 ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen, anscheinend hat dieselbe eine Werthöhe von 82 bis 83 Millionen Dollar erreicht. Der Zuwachs kam von fast allen Goldfundorten der Union, in der Hauptsache allerdings von Colorado, Californien und den Black Hills. Die Entwicklung der Goldindustrie im fernen Norden Alaskas wurde durch verschiedene Ursachen hintangehalten, und die Produktion dieses Gebietes zeigte deshalb nur eine mäßige Zunahme. Wichtige Ereignisse des Jahres im Goldbergbau bildeten die vermehrte Ausbeutung goldarmer Erze und die ausgedehnte Anwendung des Cyanidverfahrens. Verbesserte Behandlung der Erze, angestrenzte Thätigkeit, Verminderung der Bergbau- und Aufbereitungskosten haben gemeinschaftlich dazu beigetragen, die Lage der Goldindustrie in den Vereinigten Staaten günstiger zu gestalten. Von Wichtigkeit war ferner die ausgedehnte Verwendung großer maschineller Anlagen für die Ausbeutung ärmerer Schwemmgoldablagerungen in Kalifornien.

Die Silberzeugung blieb im letzten Jahre der vorjährigen ungefähr gleich. Sowohl die Gewinnung aus nur auf Silber verarbeiteten Erzen als aus solchen, die zugleich Blei und Kupfer liefern, hat sich wenig geändert. Wie gewöhnlich hatten die Minen von Coeur d'Alene (Idaho) und von Leadville und San Juan (Colorado) den größten Anteil an der Silberblei-Produktion, während die Kupferminen von Butte und Arizona die Kupfersilbererze lieferten.

Der Kupferbergbau ergab einen etwas geringeren Ertrag als im Jahre 1900, die Mindererzeugung belief sich wahrscheinlich auf 2500 Tons. Die Abnahme war zumeist in dem Distrikt von Butte, Montana, zu bemerken, doch kamen auch verschiedene Minen von Arizona nicht auf die Höhe der Ausbeute von 1900. Die Minen am Oberen See vergrößerten ihre Erzeugung etwas, ebenso diejenigen von Utah und Californien, konnten aber den Ausfall in anderen Bezirken nicht ganz wett machen. Der Kupfermarkt erweckte wegen seines aufsergewöhnlichen Verlaufes während des Jahres ein lebhaftes Interesse. Das Bestreben, die Marktpreise künstlich auf einer unnatürlichen Höhe zu halten, endete mit einem Fehlschlage und gänzlicher Verwirrung des Geschäftes. Es herrscht die Erwartung, daß die unheilvolle Verquickung des Kupfers mit dem Spekulationsmarkte im neuen Jahre gelöst und die Kupferindustrie dann wieder eine normale Lage gewinnen wird. — In der metallurgischen Behandlung des Kupfers und namentlich in der elektrolytischen Raffinierung desselben haben die Vereinigten Staaten eine führende Rolle auch im Jahre 1901 behalten. Die Kupferwerke raffinierten nicht nur alles in der Union und ziemlich alles in Mexiko und

Kanada gewonnene Rohkupfer, sondern vermochten auch einen Kontrakt abzuschließen für die Reinigung des Blasenkupfers der Schmelzwerke an den großen Mount Lyell-Minen in Tasmanien, trotz des scharfen Wettbewerbs der Raffinerien von Swansea für diesen Vertrag. Auch von Südamerika kommt Kupfer in steigender Menge nach den Raffinerien der Union, die schon mit der Möglichkeit rechnen, daß sie in nicht ferner Zeit auch das Kupfer von Chile und Peru zu verarbeiten bekommen werden.

Etwas abgenommen hat ebenfalls die Erzeugung von Blei; an silberhaltigem Blei wurden 20 000 Tons weniger, an Weichblei ohne Silbergehalt 10 000 Tons mehr als 1900 gewonnen, wobei an der Mehrerzeugung besonders die Minen von Missouri beteiligt waren. Trotz der sich hiernach ergebenden Minderproduktion von 10 000 Tons blieb das Angebot der Nachfrage noch überlegen, zumal da erhebliche Vorräte aus dem Vorjahre herübergenommen waren. Das Nachlassen des Absatzes auf dem europäischen Markte mit der Abschwächung der Preise im Auslande bewirkte auch in den Vereinigten Staaten im letzten Teile des Jahres einen Preisfall für Blei, so daß die Marktlage etwas unbefriedigend war.

An Zink wurde mehr als im Jahre 1900 hervorgebracht. Die Hauptereignisse des Jahres für die Zinkindustrie wurden die Ergiebigkeit des Jopliner Bezirks in Missouri und die Fortschritte in der metallurgischen Behandlung der Zinkerze. Der Verbrauch hielt mit der Erzeugung von Zink ziemlich gleichen Schritt. Die Ausfuhr des Metalls, die in den Vorjahren einen erheblichen Umfang angenommen hatte, ließ im Jahre 1901 bedeutend nach infolge der gedrückten Marktlage im Auslande. Indessen wurden beträchtliche Mengen Zinkerz nach Deutschland und Belgien abgesetzt.

In der Gewinnung minderwertiger Metalle, wie Quecksilber, Nickel u. s. w. erreichten die Vereinigten Staaten im abgelaufenen Jahre befriedigende Ergebnisse. Nickel, mit dem die Union den Weltmarkt zu einem großen Teile versorgt, wird daselbst zumeist aus kanadischen Erzen erschmolzen, während die Ausbeute der eigenen Nickelminen ziemlich gering ist. Das Schürfen nach Nickel wird aber jetzt eifriger betrieben, und man erwartet für die Zukunft eine Zunahme der Förderung von Nickelerzen. Die United States Steel Corporation versucht augenscheinlich, die Vorräte von Nickel, die sie zur Nickelstahlfabrikation gebraucht, aus eigenen Minen zu gewinnen, denn sie hat die Besitzungen der Nickelcorporation, einer englischen Gesellschaft in New-Caledonien, unter ihre Kontrolle gebracht. Für die amerikanische Nickelindustrie ist das ein bedeutungsvolles Ereignis.

Der Abbau von Salzen, Bauxit, Borax und anderen Mineralien, welche die Rohstoffe für die chemischen Fabriken der Vereinigten Staaten abgeben, hat im Jahre 1901 im Anschluß an die vermehrte Thätigkeit solcher Fabriken eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Namentlich kamen hierbei in Betracht die Salzbergwerke von Michigan sowie die nahe bei ihnen und an den Niagarafällen entstandenen großen Fabriken für Bleichpulver und andere chemische Salzprodukte. Die billige Versorgung von Rohmaterial in dem einen und die wohlfeile Beschaffung der für den elektrolytischen Prozeß benötigten Kraft im andern Falle sind für diese Anlagen sehr vorteilhaft.

Für das große Gebiet der übrigen nicht metallischen Mineralien und der daraus gewonnenen Produkte, unter

anderen des Cements, der Bausteine und der sonstigen Thon- und Erdenwaaren war das Jahr 1901 ein günstiges. Der allgemeine Ueberfluß an Geldmitteln und die Ausdehnung der gewerblichen Unternehmungen hat eine lebhaft

Bauthätigkeit und damit eine große Nachfrage für nicht-metallische wie metallische Konstruktionsmaterialien hervorgerufen und deren Produzenten vermehrte Einnahmen gebracht.

Das Erzfeld Nautanen.

Von Björn Kjellberg. *)

Ungefähr eine Meile östlich von Gellivare tritt ein schieferartiges Gestein auf, welches eine beachtenswerte Menge von Kupfer und im Zusammenhang damit etwas Gold und Silber führt. Vorzugsweise in einem Gebiete, das sich vom Nautanen-Feld ungefähr auf zwei Meilen gegen Süden erstreckt und eine Breite von ungefähr einer halben Meile besitzt, finden sich eine Menge Kupfererzablagerungen, die sich in der Hauptsache in zwei Typen teilen lassen. Bei dem einen treten die Kupfererze (größtenteils Kupferkies) als linsenförmige Imprägnationen des Gesteins auf; bei dem anderen hingegen finden sie sich in Form von Buntkupfererz und Kupferglanz in Quarzausscheidungen des Gesteins.

Bei nicht weniger als drei Vorkommen letztgenannter Art, die räumlich weit von einander geschieden sind, hat man makroskopisch sichtbares Gold nachgewiesen.

Zu den Ablagerungen des erstgenannten Typus gehört das Erzfeld Nautanen. Dasselbe liegt 13 Kilometer nordöstlich von Gellivare.

Das Gestein in diesem Bezirke ist größtenteils von dunkelgrauer Farbe, feinkörnig bis zu kleinem Korn groß und deutlich geschiefert. Im übrigen variiert sein Aussehen und erscheint bald glimmerschieferartig, bald granitisch. Das Streichen geht ungefähr von N nach S, das Einfallen im westlichen Teile scharf nach W, im östlichen Teile nach O.

Als zufällige Bestandteile treten in demselben Granat, Hornblende, Turmalin, Magnetit sowie Kupfer- und Schwefelkies auf. Indessen sind diese Minerale, makroskopisch betrachtet, nicht gleichmäßig im Gestein verteilt, vielmehr herrscht bald das eine, bald das andere vor. Am gleichmäßigsten verteilt und auch am häufigsten auftretend sind Granat, Hornblende und Magnetit. In untergeordneter Menge und nur lokal finden sich Epidot, Malakolit, Flußspat, Apatit, Kalkspat und Zeolithe sowie Kupfererz, Kupferglanz, Malachit, Kupferlasur, Molybdänglanz und Magnetkies. Stellenweise kommt Magnetit in größeren Mengen vor und bildet dann schichtenförmige Imprägnationen oder auch gangartige Aussonderungen innerhalb des Gesteins. Kupfer- und Schwefelkies treten sehr oft entweder für sich oder zusammen in Verbindung mit solchen magnetreichen Zonen auf.

Die bis heute untersuchten kupfererzführenden Gebieteile enthalten linsenförmige Ablagerungen, deren Längenerstreckung gewöhnlich 20—40 m bei einer Durchschnittsmächtigkeit von ungefähr 3 m beträgt. Diese Bildungen liegen bald vereinzelt, bald reihenweise hinter einander. Ihre Beschaffenheit ist, je nachdem der Magnetit als schichtenförmige Imprägnation oder als gangartige Aussonderung auftritt, ganz verschieden. In ersterem Falle sind die fraglichen Erzminerale in einer oder mehreren Adern in

der Mitte der Linse reichlicher ausgeschieden. Diese Adern werden von an demselben Mineral ärmeren Partien umgeben. Ein scharfer Uebergang in das taube Gestein ist in diesem Falle nicht vorhanden. Derartige Bildungen treten in fast sämtlichen, in dem Felde vorkommenden Gesteinstypen oder, richtiger gesagt, in den Abarten des Hauptgesteins, von welchem letzterem sie sich nur durch mikroskopische Untersuchung unterscheiden lassen, auf.

Die Ablagerungen der zweiten Art führen sowohl Magnetit als auch Kupfer- und Schwefelkies in größeren Individuen ausgeschieden und speziell den Magnetit in reichlicherer Menge. Die Erzlinen liegen hier ausgeprägt Ende an Ende aneinander. Ihr Auftreten beschränkt sich in der Hauptsache auf den südöstlichen Feldesteil, in welchem das Gestein eine festere Beschaffenheit besitzt als im übrigen Felde und porphyrisch ausgeschiedene Granatkörner führt.

Buntkupfererz und Kupferglanz treten, soweit bis jetzt bekannt, nur im südwestlichen Feldesteil auf. Diese Minerale finden sich teilweise als Imprägnationen im Gestein teils auf Quarzadern in letzterem. In seiner Beschaffenheit weicht dieses Gestein in etwas von demjenigen ab, welches den Kupferkies führt, insofern ersteres etwas lockerer und sandiger ist als letzteres. Sonstige Unterschiede könnten nur mikroskopisch nachgewiesen werden.

Malachit und Kupferlasur treten in Form von Zersetzungsprodukten zusammen mit den eben genannten Kupfermineralen auf.

Molybdänglanz findet man bisweilen in den magnetitreichen Kupferkiesablagerungen, am gewöhnlichsten jedoch in Quarzgängen, das kieselsäurereiche Gestein durchsetzend.

Die Kupfererze sind:

1. Kupferkies, in mehr oder weniger reinen Magnetit eingesprengt; der Gehalt an Kupfer beträgt 2 bis 3 pCt., der Gehalt an Eisen (als Magnetit) 30 bis 35 pCt.;
2. Kupferkies in mehr oder weniger magnetitführendes Gestein eingesprengt; Gehalt an Kupfer $1\frac{1}{4}$ bis 2 pCt., an Eisen (als Magnetit) 10 bis 20 pCt.;
3. Kupferkies, in glimmerreiches, magnetitarmes Gestein eingesprengt; Kupfergehalt von 3 bis 7 pCt.;
4. Buntkupfererz und Kupferglanz in mehr oder weniger magnetitführendem Gestein; Gehalt an Kupfer z. T. 4 bis 8, z. T. $1\frac{1}{4}$ bis 2 pCt.

Aus 5 verschiedenen Feldesteilen entnommene Proben von geschiedenen prima Erzen haben folgendes Analysenergebnis ergeben: Kupfer 4,4 pCt., Eisen 31,5 pCt., Silber 57 Gramm pro Tonne und Gold in Spuren.

Proben von geschiedenen Buntkupfererzen aus denselben Ablagerungen enthielten bei einem Kupfergehalt

*) Nach „Teknisk Tidskrift.“

von 10,5 pCt.: 8 Gramm Gold und 74 Gramm Silber pro Tonne.

Mit Oel auf 15 bis 20 pCt. Kupfergehalt angereicherter Kupferkies aus verschiedenen Feldesteilen hat einen zwischen 3 und 9 Gramm pro Tonne variierenden Goldgehalt und einen entsprechenden Silbergehalt von 40 bis 80 Gramm ergeben.

Technik.

Eine elektrische Sicherheitslampe der Berliner Akkumulatoren- und Elektrizitätsgesellschaft wurde auf Grube König bei Saarbrücken praktisch erprobt. Die Lampen haben einen 2zelligen Akkumulator mit Platinplatten, welche nach einem patentierten Verfahren hergestellt sind. Der Elektrolyt wird durch eine Trockenfüllung aufgenommen. Die Platten sind in einen Hartgummikasten eingebaut, welcher von einem Gehäuse aus Aluminium umgeben wird. Durch einen eingebrannten, säurefesten Lackanstrich ist das Aluminium gegen Oxydation geschützt. Der Verschluss des Akkumulatorenbehälters erfolgt durch einen Federriegel. Die Lampe wird in 2 Typen, als Einzel- und als Doppellicht ausgeführt. Bei den letzteren sind zu beiden Seiten des rechteckigen Gehäuses Glühlampen angebracht, von denen die eine, beim etwaigen Ausbrennen der anderen, vermittelt einer funkenfreien Schaltung in Betrieb genommen werden kann. Für die Glühlampen werden 100—150 Brennstunden als Lebensdauer bei einem Stromverbrauch von 0,5—0,6 A. angegeben. Das Gewicht der Doppellicht-Lampe beträgt 2,7 kg, das der Einzellicht-Lampe 2,5 kg. Das erste Modell kostet 35, das zweite 30 Mk. Nach einem dem Minister für Handel und Gewerbe erstatteten Bericht der Königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken hat sich die Lampe bei den Versuchen auf Grube König gut bewährt. Die Einführung der Trockenfüllung beseitigt den bei den früheren Lampensystemen mit Naßfüllung auftretenden Uebelstand, daß der Elektrolyt bereits bei nur mäßiger Bewegung der Lampe aus dem Behälter trat und dabei eine Oxydation der Schalteile verursachte, bezw. letztere mit ausgeschiedenen Salzen überzog, welche Kurzschlüsse hervorriefen. Ein weiterer Vorteil der Trockenfüllung besteht darin, daß die Lampe weniger oft gereinigt werden muß. Allerdings wird durch das Einbringen der indifferenten Füllmasse die Brenndauer nach dem Ergebnis der Versuche auf 10 Stunden verringert. Doch fällt das weniger ins Gewicht, weil die Lampen nicht dauernd, sondern nur bei Rettungsarbeiten benutzt werden sollen, und dabei eine genügende Anzahl in Reserve gehalten werden kann.

Die Versuche auf Grube König erstreckten sich einmal darauf, die Spannung der betriebsfertigen Lampen allwöchentlich mittelst eines Taschenvoltmeters nachzumessen und diejenigen Lampen, welche eine geringere Spannung als 4,25 V. aufwiesen, von neuem zu laden. Dabei wurde die Brenndauer bei einer Spannung von 4,25—4,50 V. zu 10—15 Stunden, die Lichtstärke im Mittel zu 1,2 bis 1,5 Normkerzen ermittelt.

Sodann wurden die Lampen bei den Grubenfahrten durch die Beamten benutzt, behufs Prüfung ihrer Handlichkeit und Dauerhaftigkeit. Die Lampe bestand diese Probe gut, da sie nicht beschädigt und dem Träger durch ihr Gewicht nicht lästig wurde.

Makroskopisch sichtbares Gold ist in dem Felde von Nautanen nicht gefunden worden.

Bei dem heutigen Stand der magnetischen und sonstigen Separationsprozesse, für welche sich diese leicht brechbaren und nicht allzu feinkörnigen Erze besonders eignen, dürfte diese Lagerstätte für das an Kupfererzen verhältnismäßig arme Schweden von Bedeutung werden. He.

Schließlich ist eine Lampe auf ihre Sicherheit gegen Entzündung explosibler Gase in der Versuchslutte erprobt worden, wobei gleichfalls durchaus zufriedenstellende Ergebnisse erzielt wurden. Sowohl in einem ruhenden als auch mit 2—6 m Geschwindigkeit bewegten 8prozenteigen Schlagwettergemisch verhielt sich die Lampe beim Ein- und Ausschalten ganz unempfindlich und selbst beim Zerschneiden der Glühlampe (mit einem in die Lutte eingeführten Stöfser) konnten keine Explosionen hervorgerufen werden.

Die Lampe hat u. a. bei den Betrieben der Kgl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken, der Fürstlich Hohenloheschen Bergwerksverwaltung, der Donnersmarkhütte und der vereinigten Königs- und Laurahütte in Oberschlesien sowie der Bergwerksgesellschaft Hibernia, der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft und der Bergwerks-Aktien-Gesellschaft Consolidation in Westfalen Verwendung gefunden.

Einige Erfahrungen und Ergebnisse bei der Anwendung hochüberhitzten Dampfes in Dampfmaschinen.*) Durch die Verwendung des überhitzten Dampfes ist ein bedeutender Schritt zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Dampfmaschinen gemacht worden, weil die Maschinen, welche mit überhitztem Dampf arbeiten, wesentlich weniger Dampf verbrauchen als gleiche Maschinen, die mit gesättigtem Dampf arbeiten.

Da der überhitzte Dampf die aufgenommene Wärme ebenso leicht verliert, als er sie aufnimmt, so ist für eine gute Isolierung der Dampfleitungen Sorge zu tragen.

Die Leitungen sind so zu bemessen, daß der Dampf mit einer um 30—40 pCt. größeren Geschwindigkeit als gesättigter Dampf dieselben durchströmt.

Als Leitungsmaterial eignet sich am besten Schmiedeeisen und Stahl. Kupfer ist nicht verwendbar, weil dasselbe bei den hohen Temperaturen ca. 40 pCt. seiner Festigkeit verliert. Flanschenverbindungen sind so wenig als möglich vorzuziehen. Bei langen, geraden Leitungen ist auf die entsprechend größere Ausdehnung Rücksicht zu nehmen.

Die Gewichtseinheit des überhitzten Dampfes hat ein größeres Volumen als die gesättigten Dampfes, daraus ergibt sich ein Vorteil, der um so größer ist, je höher die Temperatur ist, ferner ist derselbe bei niedrigem Drucke verhältnismäßig größer als bei höheren Drücken.

Um den vollen Nutzen der Dampfüberhitzung zu gewinnen, soll die Dampftemperatur an der Verwendungsstelle möglichst 350—400° betragen. Die lokalen Umstände, besonders auch die Bauart der Dampfmaschinen sind bei der Wahl des Ueberhitzungsgrades vor allem genügend in Betracht zu ziehen. Die Verwendung hochüberhitzten

*) Auszugsweise nach einem im Januarheft der Zeitschrift der Dampfkesseluntersuchungs- und Versicherungs-Gesellschaft a. G. in Wien erschienenen Aufsätze von Ingenieur R. Lenke wiedergegeben.

Dampfes erfordert keine hohe Kesselspannungen, 11 Atm. ist die höchste empfehlenswerte Spannung.

Der große Temperaturunterschied zwischen einströmendem und ausströmendem Dampf bei Kondensationsmaschinen verursacht große Kondensverluste, daher ist die Verwendung überhitzten Dampfes für diese Art Maschinen besonders empfehlenswert.

Unfälle an Dampfkesseln des Ueberwachungsvereins zu Essen. 1.) Wassermangel infolge Nachlässigkeit der Kesselwärter führte bei zwei Zweiflammrohrkesseln zur Deformierung der ersten Flammrohrschüsse. In dem einen Falle war der Kessel mit Blackscher Sicherheitspfeife ausgerüstet, dieselbe hatte jedoch ein Warnungssignal nicht gegeben. Der unversehrt vorgefundene Schmelzpfropfen zeigte zwar Ansatz von Kesselstein, begann aber, wie durch die Physikalisch-Technische Reichsanstalt nachgewiesen ist, erst bei 136° C. zu erweichen.

Der Kessel arbeitete zur Zeit des Unfalles mit circa 3,8 Atm., dementsprechend mit einer Dampftemperatur von 149,4° C., sodass ein Schmelzen des Pfropfens noch hätte vor sich gehen müssen, wenn die Inkrustation von Kesselstein nicht vorhanden gewesen wäre.

Der gefundene Schmelzpunkt ist aber für Sicherheitspfropfen entschieden zu hoch, da hierdurch für die Periode des Anheizens keinerlei Sicherheit gegeben ist. Bekanntlich sollen, laut Angaben der Lieferanten dieser Sicherheitspfeifen in ihren Prospekten die Metallpfropfen keinen wesentlich höheren Schmelzpunkt als 100° C. haben.

Der Unfall zeigt wiederum, daß die Blackschen Sicherheitspfeifen doch einer besonderen Kontrolle bedürfen. Vor allen Dingen sind die Pfropfen derselben von Zeit zu Zeit auf Reinheit zu prüfen, und man soll sich nur solcher Pfropfen bedienen, für deren Legierungen die Höhe des Schmelzpunktes glaubwürdig festgelegt ist.

2.) Schlechte Lage des Feuers veranlafte an dem ersten Flammrohrschuß eines Seitwellrohrkessels eine lokale Ueberhitzung, die aber noch begünstigt wurde durch Fettablagerungen auf der Wasserseite. Es ist schon an früherer Stelle auf die Unsitte hingewiesen, die Feuer längere Zeit mit dem Schüreisen nur einseitig, oder nicht auf der ganzen Länge zu bearbeiten, da hierdurch die Entstehung einer Stichflamme begünstigt wird.

3.) Der Eckkessel einer Gaskesselbatterie — ein Zweiflammrohrkessel — hatte zwecks Reinigung und Instandsetzung längere Zeit kalt gelegen. Bei einer seitens der Zechenverwaltung vorgenommenen Druckprobe in Höhe des Konzessionsdruckes erwiesen sich keinerlei Mängel.

Das Unterlassen der Gase unter den Kessel soll nach Angabe des Maschinensteigers mittags 1 Uhr, wie immer allmählich erfolgt sein, um eine langsame Erwärmung des Kessels und des Mauerwerks zu erzielen.

Gegen 10 Uhr abends sollen erst ca. 1½ Atm. Spannung im Kessel gewesen sein. Da nun der Druck nicht höher steigen wollte, auch das Wasser in den Gläsern immer schnell fiel und fortwährendes Speisen nötig machte, so stellte man die Gase wieder ab.

Die bald darauf vereinsseitig ausgeführte Untersuchung ergab, daß unten in der hinteren Rundnaht des vierten Mantelbundes — der Mantel hat 7 Bunde — ein Riß, über 20 Nietlöcher reichend, entstanden war, der sich auf

eine Länge von ca. 300 mm auch noch ins volle Blech erstreckte und zwar auf der Seite, welche nach dem freiliegenden Seitenmauerwerk zu lag.

Die Erklärung für den Unfall ist in ungleichmäßiger und jedenfalls auch zu schneller Erwärmung des Kessels zu suchen. Da dieser am Ende der Batterie liegt, ist die eine Seite — die nach dem Nachbarkessel zu — wärmer wie die andere, deshalb werden die Gase naturgemäß auf ihrem Wege im Unterzuge hauptsächlich an dieser Stelle entlangstreichen und den Kessel in der einen Hälfte mehr erwärmen als in der andern. Aus diesem Grunde ist der Druck auch nur langsam in die Höhe gegangen, denn während einer Zeit von 8 Stunden sind erst 1½ Atm. Druck erzielt worden, während die übrigen Kessel sonst schon nach 5—6 Stunden die Dampfspannung der andern erreicht hatten und beigedreht werden konnten.

Es ist nur anzunehmen, daß der Kesselwärter durch das lange Warten ungeduldig geworden ist und durch weiteres Öffnen des Rauchschiebers (in lebhafteres Zuströmen der Gase und schnelleres Steigen der Dampfspannung herbeizuführen bestrebt war. Diese plötzlich eingetretene, große Wärmezuführung bedingte eine ebenso plötzliche Ausdehnung der Mantelbleche, welche in der Mitte des Kessels am größten sein mußte. Hier hätte theoretisch der Riß erfolgen müssen, natürlich trat er aber in einer der zunächst liegenden Nähte auf, die ja nicht dieselbe Festigkeit wie das volle Blech besitzen. Da aus den schon erwähnten Gründen die Erwärmung des Kessels auf der einen Seite an sich schon größer war wie auf der andern, war der Unterschied der Spannung der beiden Hälften in der Längsachse eine so große, daß das Blech zerriß.

Der Unfall mahnt zur Vorsicht beim Inbetriebsetzen von Gaskesseln.

Kohlenstaubfeuerungen. Wie das Organ des Centralverbandes der preussischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine berichtet, sind auf der Warschau - Wiener Bahn Versuche angestellt worden, die darauf abzielen, die Lokomotiven mit Kohlenstaub zu heizen. Dieselben sollen befriedigend ausgefallen sein, so daß man beabsichtigt, diese Form des Brennstoffes einzuführen. Der Kohlenstaub ist aus schlesischen Gruben bezogen worden.

Volkswirtschaft und Statistik.

Die Dampfmaschinen in Preußen 1901. Sind die Bemühungen von Wissenschaft und Praxis fortgesetzt darauf gerichtet, die unvermeidlichen Verluste bei der Umwandlung von Wärme in Arbeit mehr und mehr einzuschränken und dadurch den Betrieb der wichtigsten Kraftmaschine unserer Zeit, der Dampfmaschine, der Vollkommenheit immer näher zu bringen, so sind auch die Erfolge nicht ausgeblieben. Die Thatsache, daß in Preußen die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen seit 22 Jahren in weit stärkerem Maße zunahm als deren Zahl, ist in erster Linie mit auf jene Bemühungen zurückzuführen, wenn auch gleichzeitig das Bestreben vorwaltete, kleinere Maschinen zu beseitigen und immer größere, also leistungsfähigere zur Aufstellung zu bringen.

Am 1. April 1901 wurden in Preußen 96 856 feststehende und bewegliche Dampfmaschinen gezählt, während

zur Fortbewegung von Schiffen noch 2440 Maschinen dienten*); nicht enthalten sind in diesen Ziffern die in der Verwaltung des Landheeres und der Kriegsflotte verwendeten Dampfmaschinen sowie die Lokomotiven, für welche eine gesonderte Erhebung vorbehalten ist. Mag im übrigen in ersterer Summe die eine oder andere Hülfsmaschine fehlen, so kann sie doch als ein treffendes Zeugnis des hohen Standpunktes angesehen werden, bis zu welchem nach und nach die Verwendung der Dampfkraft in der gewerblichen Thätigkeit Preussens gediehen ist. Man bedenke, daß zu Anfang 1879 erst 35 337 feststehende und bewegliche Dampfmaschinen gezählt wurden, was im Verlaufe von 22 Jahren also eine Vermehrung auf fast das Dreifache ergibt. Nun wurde aber als Leistungsfähigkeit dieser Maschinen 1901 die Summe von 3 960 735 Pferdestärken ermittelt gegen 934 884 Pferdestärken im Jahre 1879; das ergibt also eine Steigerung auf über das Vierfache, wenn auch die die Leistungsfähigkeit wiedergebenden Ziffern insofern als völlig gleichmäßige nicht angesehen werden können, als ihre Ermittlung bisher auf verschiedene Art erfolgte, nämlich teils durch den Indikator, teils durch Bremsung, teils auf andere Art; so wurde die Leistungsfähigkeit der 75 958 feststehenden Dampfmaschinen Preussens im Jahre 1901 nach den Mitteilungen auf den bezüglichen Katasterbogen der Statistik bei 4355 Maschinen (5,73 v. H.) durch den Indikator, bei 281 (1,69 v. H.) durch Bremsung, bei 85 (0,11 v. H.) durch den Indikator und Bremsung, bei 70 237 Maschinen (92,47 v. H.) endlich auf andere Weise — vornehmlich durch Rechnung — gefunden. Diese Ungleichmäßigkeit soll demnächst dadurch beseitigt werden, daß ein gleichartiges Verfahren zur Ermittlung der Leistungsfähigkeit für die Zwecke der Statistik vorgeschrieben werden wird. Wie sich diese Verhältnisse nun bei den drei Hauptarten der preussischen Dampfmaschinen gestalteten, lehrt folgende Uebersicht. Es betrug:

bei den Dampf- maschinen	die Zahl		die Leistungsfähigkeit in Pferdestärken			
	1879	1901	1879		1901	
			im ganzen	durchschnittl.	im ganzen	durchschnittl.
feststehenden .	29 895	75 958	887 780	30	3 709 662	49
beweglichen .	5 442	20 898	47 104	9	251 073	12
auf See- und Flussschiffen .	623	2 440	50 309	81	368 043	151
zusammen	35 960	99 296	985 193	27	4 328 778	44

Die hier mitgeteilten Durchschnittsziffern ergeben also, daß die Leistungsfähigkeit einer Schiffsmaschine in Preussen seit 22 Jahren sich fast verdoppelte und diejenige einer feststehenden Dampfmaschine um über 60 v. H. stieg; wenn sich die Leistungsfähigkeit einer beweglichen Dampfmaschine hingegen nur um $33\frac{1}{3}$ v. H. hob, so wird die Steigerung hier durch die Bedingung der Transportfähigkeit eingeschränkt.

Von hervorragender Wichtigkeit für den heimischen Maschinenbau ist die Frage, wie viel Dampfmaschinen Preussens im Inlande, wie viel im Auslande hergestellt wurden. Diese Verhältnisse liegen für den deutschen Gewerfleiß im ganzen günstig, wie die nachstehende Zusammenstellung erkennen läßt. Von den am 1. April 1901 in Preussen gezählten Dampfmaschinen (mit obigen Ausnahmen) waren erbaut

in	feststehende	bewegliche	Binnenschiffs-	Seeschiffs-	überhaupt
Dampfmaschinen					
Preussen	56 813	8 533	1 351	290	66 987
dem übrigen Deutsch- land	12 248	4 693	286	146	17 373
Großbritannien .	2 140	7 546	23	53	9 762
der Schweiz . . .	390	2	66	—	458
Holland	170	37	189	12	408
Belgien	312	27	3	3	153
Amerika (Verein. Staaten)	150	3	—	—	345
Oesterreich-Ungarn	78	4	1	—	83
Frankreich	75	6	—	—	81
sonstigen Ländern	27	1	6	7	41
unbekannt wo . .	3 555	46	3	1	3 605
im ganzen	75 958	20 898	1 928	512	99 296

Bei 3,6 v. H. aller Maschinen also war das Ursprungsland unbekannt; im übrigen sind die Staaten in dieser Zusammenstellung nach der Gesamtzahl der aus ihnen stammenden preussischen Dampfmaschinen geordnet. Wir sehen, daß 67,5 v. H. der Maschinen in Preussen selbst und 84,9 v. H. überhaupt im Deutschen Reiche erbaut wurden; sodann folgt England, welches 9,8 v. H. der preussischen Dampfmaschinen lieferte; alle übrigen Länder bleiben weit hiergegen zurück; an ihrer Spitze steht die Schweiz, aus welcher 0,46 v. H. der Maschinen kamen. Während bei den feststehenden Dampfmaschinen sich die Verhältnisse ähnlich wie bei der Gesamtzahl gestalteten, darf bei den beweglichen die verhältnismäßig große Zahl (36,1 v. H.) der aus Großbritannien stammenden Maschinen dieser Art deshalb nicht auffallen, weil England das Mutterland der Lokomobile ist und die älteren Maschinen dieser Art in Preussen fast sämtlich von dort stammen; neuerdings hat Deutschland auf diesem Gebiete allerdings England erreicht, wenn nicht überflügelt. Bei der verhältnismäßig großen Zahl von Dampfmaschinen auf Flussschiffen (9,8 v. H.), welche Holland lieferte, handelt es sich überwiegend um Rheindampfschiffe, welche bisher zum größten Teil in Holland gebaut wurden, ein Vorgang, der sich neuerdings ebenfalls zu Gunsten des heimischen Gewerfleißes zu ändern beginnt.

Erzeugung und Verbrauch von Roheisen in Schottland 1901. Nach den Angaben der Ironmasters' Association wurden in Schottland im Jahre 1901 1 113 990 Tons Roheisen erzeugt gegen 1 153 896 Tons im Vorjahre, also 39 906 Tons weniger. Davon wurden im Jahre 1901 (und 1900) an Ort und Stelle verbraucht: in Gießereien 160 159 Tons (295 538), in Schmiedeeisen und Stahl erzeugenden Werken 675 773 Tons (669 253), im ganzen 835 932 Tons (964 791). Für Gießzwecke wurden demnach 135 379 Tons weniger, zur Erzeugung von Schmiedeeisen und Stahl 6520 Tons mehr verarbeitet als 1900, und der Gesamtverbrauch in Schottland belief sich auf 128 859 Tons weniger als 1900. Zur Versendung gelangten in der Küstenschiffahrt 153 020 Tons (168 354), mit der Bahn nach England 5328 Tons (6337), nach dem Auslande 157 817 Tons (118 090), im ganzen 277 447 Tons (331 499), oder 1901 54 052 Tons weniger als im Vorjahre. Verbrauch in Großbritannien und Ausfuhr zusammen ergaben eine Summe von 1 113 379 Tons (1 296 290), so daß die Vorräte auf Lagern und in den Hütten am letzten Tage des Jahres 1901 nur um 611 Tons größer waren als am Ende von 1900 und sich auf 135 257 Tons (134 646) beliefen.

An Hochöfen waren am 31. Dezember 1901 nur 81 im Betriebe gegen 83 im Vorjahre. (Nach Engineering.)

*) Vergl. Nr. 38 II. der „Statistischen Korrespondenz“ vom 12. Oktober 1901.

Aus- und Einfuhr von Steinkohle, Braunkohle und Koks im deutschen Zollgebiet.

(Nach den monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes vom Kaiserlichen Statistischen Amt.)
Einfuhr.

Von	Januar 1902.			Januar 1901.			Ganzes Jahr 1901.		
	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t
Freihafen Hamburg . . .	—	—	5 570,5	—	—	5 527,3	—	—	51 439,7
Belgien	35 818,1	—	16 815,1	35 973,2	—	22 448,4	457 622,6	—	226 625,6
Frankreich	543,6	—	4 981,6	479,6	—	4 091,2	—	—	58 133,0
Großbritannien	254 685,2	—	2 716,8	257 040,6	—	2 406,1	5 205 663,9	—	33 178,7
Niederlande	15 191,8	—	—	9 726,4	—	—	127 108,3	—	—
Oesterreich-Ungarn . . .	41 975,0	492 329,9	1 939,7	42 924,4	643 079,4	2 389,4	484 129,6	8 108 906,7	29 381,7
Britisch Australien . . .	—	—	—	—	—	—	8 153,4	—	—
Ver. Staaten v. Amerika .	0,5	—	—	30,5	—	—	5 691,2	—	—
Aus allen Ländern insges.	348 680,4	492 330,2	32 224,4	346 468,7	643 081,4	37 009,8	6 297 388,7	8 108 942,7	400 197,4

Ausfuhr.

Nach	Januar 1902.			Januar 1901.			Ganzes Jahr 1901.		
	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t
Freihafen Hamburg . . .	57 961,0	—	331,4	61 802,8	—	470,6	720 904,6	—	5 675,6
Frb. Bremerhaven, Geestem.	19 047,5	—	—	17 609,6	—	—	201 474,4	—	—
Belgien	185 736,3	—	8 018,1	114 180,1	—	17 427,6	1 761 790,5	—	113 679,7
Dänemark	5 679,9	—	1 158,0	3 299,0	—	1 592,3	50 915,0	—	14 359,5
Frankreich	54 473,9	—	51 244,0	48 411,2	—	82 753,9	796 987,4	—	753 646,8
Griechenland	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großbritannien	2 656,2	—	—	2 932,2	—	—	32 236,4	—	—
Italien	2 814,5	—	2 877,5	3 095,6	—	2 585,5	31 858,1	—	32 695,0
Niederlande	264 934,2	43,2	15 251,3	246 838,3	235,5	8 255,8	4 025 631,3	1 175,0	130 164,2
Oesterreich-Ungarn . . .	451 526,2	1 199,8	48 592,1	527 798,5	2 129,3	50 592,2	5 671 172,9	19 901,7	607 280,6
Rumänien	4 531,0	—	—	985,0	—	—	48 460,6	—	—
Rußland	46 132,8	—	10 439,4	31 213,8	—	15 724,3	838 949,9	—	186 324,2
Finland	550,6	—	—	585,6	—	—	7 202,9	—	—
Schweden	1 313,2	—	517,5	1 241,4	—	827,6	25 132,3	—	25 385,3
Schweiz	88 068,3	—	12 469,4	86 541,1	—	10 860,2	1 028 598,6	—	129 232,0
China	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Klantschon	—	—	—	45,0	—	—	4 997,5	—	—
Chile	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Norwegen	415,7	—	477,5	320,1	—	445,0	7 224,1	—	10 697,9
Britisch Australien . . .	—	—	—	—	—	970,0	—	—	7 925,0
Spanien	—	—	1 365,0	—	—	0,3	—	—	2 627,8
Mexiko	—	—	697,6	—	—	3 738,0	—	—	60 602,2
Ver. Staaten v. Amerika .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nach allen Ländern insges.	1 186 077,0	1 243,1	154 739,8	1 196 153,0	2 568,5	197 729,5	15 266 266,6	21 717,5	2 096 930,9

Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen der Bergwerks- und Hüttenindustrie aufser Steinkohle, Braunkohle und Koks im deutschen Zollgebiet.

(Nach den monatlichen Nachweisen über auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes vom Kaiserlich Statistischen Amt.)

Gegenstand	Einfuhr			Ausfuhr		
	1902	1901		1902	1901	
	Januar	Januar	Ganzes Jahr	Januar	Januar	Ganzes Jahr
Rohes Blei, Bruchblei und Bleiabfälle	t	t	t	t	t	t
Roh Eisen	2 035,3	3 141,1	52 886,4	2 261,0	1 102,1	20 819,8
Eisen und Eisenwaren (ohne Roh Eisen)	13 208,7	33 445,6	267 503,3	34 659,1	10 795,3	150 447,5
Bleierze	9 155,8	14 919,4	133 153,6	248 148,3	136 466,1	2196 793,5
Eisenerze	7 527,6	5 681,3	100 195,8	84,9	45,2	891,0
Kupfererze	215 308,3	1989 98,4	4370 021,7	167 538,3	259 457,0	2389 269,3
Manganerze	253,2	113,4	4 613,5	1 017,1	1 841,4	27 278,8
Schlacken von Erzen, Schlackenwolle	11 837,6	11 727,0	222 009,7	175,8	151,1	5 583,6
Silbererze	60 952,4	55 454,9	733 930,7	1 623,2	3 090,2	27 269,3
Zinkerze	1 095,2	264,6	8 278,7	—	—	4,2
Gold (abgesehen vom gemünzten)	3 309,7	3 566,4	75 533,4	6 177,7	3 247,5	41 002,2
Silber (abgesehen vom gemünzten)	4,740	0,880	43,084	1,188	0,343	8,661
Kupfer (unbearbeitetes) .	14,647	6,325	197,855	18,598	27,904	328,723
Nickelmetall	4 181,5	6 177,8	53 620,0	345,7	437,5	5 090,5
Quecksilber	145,6	212,8	1 947,1	52,3	8,4	389,5
Theer	40,6	43,5	650,5	3,4	2,2	27,0
Zink (unbearbeitetes) . .	2 591,1	2 096,8	37 508,0	2 078,7	2 233,1	31 432,8
Zinn (unbearbeitetes) . .	1 841,2	1 309,4	20 180,1	5 312,5	2 799,0	63 312,9
	941,6	972,4	12 909,9	161,1	114,1	1 683,4

Salzgewinnung des Halleschen Oberbergamtsbezirks im vierten Kalendervierteljahre 1901.

	Zahl der betriebenen Werke	Mittlere Belegschaft derselben	Darunter eigentl. Berg- bzw. Salinen-Arbeiter	Einnahme						Von der Förderung (Spalte 6) kommen im Durchschnitt auf 1 Mann der Belegschaft	Bestand am Schlusse des Vierteljahres	
				Bestand am Anfange des Vierteljahres		Neue Förderung		Zusammen			t	kg
				t	kg	t	kg	t	kg			
1	2	3	4	5		6		7		8	9	
A. Steinsalz	10	917	661	1 271	959	78 056	790	79 328	749	85	1 523	578
In demselben Zeitraum 1900	10	828	594	2 929	270	83 739	558	86 668	828	101	2 774	519
B. Kalisalz	9	5 066	3 851	17 205	918	480 936	295	498 142	213	95	16 829	852
In demselben Zeitraum 1900	7	4 725	3 632	11 753	244	495 180	157	506 933	401	105	9 852	456
C. Siedesalz												
a) Speisesalz	6	664	234	8 440	479	27 208	179	35 648	658	41	7 153	257
In demselben Zeitraum 1900	6	650	234	4 003	167	29 440	069	33 443	236	45	3 814	838
b) Vieh- u. Gewerbesalz	—	—	—	256	310	2 168	513	2 424	823	—	375	585
In demselben Zeitraum 1900	—	—	—	162	037	2 250	500	2 412	537	—	213	470

Die Förderung betrug mithin im Jahre 1901 (1900) an Steinsalz 305 661 t (301 968), an Kalisalz 1 854 949 t (1 806 755), an Siedesalz: 1. Speisesalz 109 190 t (108 724), 2. Vieh- und Gewerbesalz 7596 t (8692).

Brennmaterialien-Verbrauch der Stadt Berlin für das Jahr 1901.

Steinkohlen, Koks und Briketts						Braunkohlen und Briketts			
Englische	Westfälische	Sächsische	Ober-schlesische	Nieder-schlesische	zusammen	Böh-mische	Preuß. u. Sächsische Briketts	Kohlen	zusammen
in Tonnen									

I. Empfang der im Weichbilde von Berlin liegenden Stationen:

a. Eisenbahnen	2 509	106 492	6 560	841 529	238 251	1 195 341	33 910	1 008 877	11 044	1 053 831
b. Wasserstraßen	446 467	73 560	—	314 267	5 580	841 540	9 084	3 050	2 620	14 754
	1 666 Amerikanische									
Summe des Empfanges	448 976	180 052	6 560	1 155 796	243 831	2 036 881	42 994	1 011 927	13 664	1 068 585
	1 666 Amerikanische									

II. Versand der im Weichbilde von Berlin liegenden Stationen:

a. Eisenbahnen	7 105	3 715	—	50 268	8 732	69 820	156	8 294	10	8 460	
b. Wasserstraßen	11 910	315	—	6 813	—	19 208	411	1 280	10	1 710	
	170 Amerikanische										
Summe des Versandes	19 015	4 030	—	57 081	8 732	89 028	567	9 574	20	10 161	
	170 Amerikanische										
Bleiben im Jahre 1901 in Berlin	1496 Amerikanische										
	429 961	176 022	6 560	1 098 715	235 099	1 947 853	42 427	1 002 353	13 644	1 058 424	
Im Jahre 1900 blieben in Berlin	190 Amerikanische										
	360 752	182 215	1 442	1 029 535	219 146	1 793 280	47 024	952 375	12 348	1 011 747	
Mithin (+ Zunahme, — Abnahme)	+ 1306 Amerikanische	+ 69 209	— 6 193	+ 5 118	+ 69 180	+ 15 953	+ 154 573	— 4 597	+ 49 978	+ 1 296	+ 46 677

III. Empfang der nicht im Weichbilde von Berlin liegenden Stationen:

a) auf der Eisenbahn.

Zusammen	24 708	73 918	565	336 447	104 481	540 119	15 219	270 101	10 847	296 167
Jahr 1900	32 151	55 298	700	293 074	86 664	467 887	18 189	225 889	12 156	256 234
Mithin (+ Zunahme, — Abnahme)	— 7 443	+ 18 620	— 135	+ 43 373	+ 17 817	+ 72 232	— 2 970	+ 44 212	— 1 309	+ 39 933

b) auf dem Wasserwege.

Zusammen	90 377	36 435	—	294 806	975	422 593	7 434	—	1 375	8 809
Jahr 1900	48 090	47 240	—	318 489	1 915	415 734	4 567	11	862	5 440
Mithin (+ Zunahme, — Abnahme)	+ 42 287	— 10 805	—	— 23 683	— 940	+ 6 859	+ 2 867	— 11	+ 513	+ 3 369

Absatz spanischer Erze nach Amerika. Von Bilbao gehen jetzt regelmäßig Schiffsloadungen von Eisenerzen nach Philadelphia.

Es handelt sich um einen ersten Geschäftsabschluss für Lieferung von 35 000 t, welchem mehrere andere folgen

sollen. Der Waggonmangel in den Vereinigten Staaten sowohl als auch die aus dem Wechselkurs entspringenden Vorteile erklären die neue Belebung des spanischen Erzhandels mit den Vereinigten Staaten.

(Nach L'Echo des Mines et de la Métallurgie.)

Handwritten note: Vorzug für den Transportplan & Lieferung von Eisen...

Produktion der deutschen Hochofenwerke im Januar 1902. (Nach Mitteil. d. Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller.)

	Bezirk	Werke (Firmen)	Produktion im Jan. 1902 t
Puddel- Roheisen und Spiegeleisen.	Rheinland - Westfalen, ohne Saarbezirk und ohne Siegerland . . .	18	24 649
	Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau	21	32 878
	Schlesien	9	28 142
	Pommern	1	3 342
	Königreich Sachsen	—	—
	Hannover und Braunschweig . . .	1	1 250
	Bayern, Württemberg u. Thüringen .	1	4 000
	Saarbezirk, Lothringen u. Luxemburg	9	14 077
	Puddel-Roheisen Summa	60	108 338
	im Dezember 1901	60	120 186
im Januar 1901	62	132 446	
Bessemer- Roheisen.	Rheinland - Westfalen, ohne Saarbezirk und ohne Siegerland . . .	3	26 418
	Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau	2	1 933
	Schlesien u. Pommern	1	3 951
	Hannover und Braunschweig . . .	1	3 910
	Bessemer-Roheisen Summa	7	36 212
	im Dezember 1901	8	37 941
im Januar 1901	6	40 761	
Thomas- Roheisen.	Rheinland - Westfalen, ohne Saarbezirk und ohne Siegerland . . .	12	137 481
	Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau	—	—
	Schlesien u. Pommern	3	15 947
	Hannover und Braunschweig . . .	1	18 927
	Bayern, Württemberg u. Thüringen .	1	4 300
	Saarbezirk, Lothringen u. Luxemburg	17	195 166
Thomas-Roheisen Summa	34	371 821	
im Dezember 1901	34	351 709	
im Januar 1901	37	389 997	
Gießerei- Roheisen u. Gußwaren 1. Schmelzung	Rheinland - Westfalen, ohne Saarbezirk und ohne Siegerland . . .	13	63 782
	Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau	5	12 870
	Schlesien	6	4 626
	Pommern	1	6 930
	Hannover und Braunschweig . . .	2	4 010
	Bayern, Württemberg u. Thüringen .	2	2 280
	Saarbezirk, Lothringen u. Luxemburg	10	45 819
	Gießerei-Roheisen Summa	39	140 317
	im Dezember 1901	36	131 709
	im Januar 1901	44	132 008

Zusammenstellung.

Puddel-Roheisen und Spiegeleisen	108 338
Bessemer-Roheisen	36 212
Thomas-Roheisen	371 821
Gießerei-Roheisen	140 317
Produktion im Januar 1902	656 688
Produktion im Dezember 1901	641 545
Produktion im Januar 1901	695 212
Produktion im Jahre 1901	7 785 887
Produktion im Jahre 1900	8 422 842

Kohlenverbrauch Belgiens in 1899, 1900 und 1901. Der „Moniteur des Intérêts matériels“ vom 23. Februar d. J. giebt die nachstehende Berechnung vom Kohlenverbrauche Belgiens in den letzten 3 Jahren:

	1901 t	1900 t	1899 t
Produktion	22 074 000	23 463 000	22 072 000
Einfuhr:			
Steinkohle	2 927 000	3 290 000	2 844 000
Koks	204 000	391 000	266 000
Briketts	12 000	15 000	8 000
Insgesamt	25 217 000	27 159 000	25 190 000

Davon ist in Abzug zu bringen die Ausfuhr:

	1901 t	1900 t	1899 t
Kohle	4 820 000	5 261 000	4 569 000
Koks	1 122 000	1 444 000	1 363 000
Briketts	500 000	423 000	368 000
Insgesamt	6 442 000	7 128 000	6 300 000
Es bleibt	18 775 000	20 031 000	18 890 000
Zu (—) resp. Abnahme (+) d. Vorräte	+ 65 000	— 184 000	+ 202 000

Es ergibt sich ein Gesamtverbrauch von 18 840 000 19 847 000 19 092 000

Bei dieser Berechnung ist die Tonne Koks auf 1350 kg, Kohle und die Tonne Briketts auf 700 kg Kohle veranschlagt. Die Vorräte haben in 1901 um 65 000 t und 1899 um 202 000 t abgenommen, die dem Verbrauch jedesmal zuzurechnen sind, dagegen haben sie in 1900 um 181 000 t zugenommen. Das Jahr 1900, das den Höhepunkt des Aufschwungs bezeichnete, wies auch das Verbrauchsmaximum auf und übertraf den Verbrauch von 1899 um 750 000 t oder fast 4 1/2 pCt. In 1901 erfuhr der Verbrauch einen starken Rückgang und blieb um 1 Mill. Tonnen gegen das Vorjahr und um 250 000 gegen 1899 zurück.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Gesetzentwurf betreffend Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern. Der Beschlussfassung des Hauses der Abgeordneten ist Anfang Februar von dem Minister der öffentlichen Arbeiten, dem Finanzminister und dem Minister für Handel und Gewerbe der Entwurf eines Gesetzes unterbreitet worden, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Laut Entwurf soll der Staatsregierung ein weiterer Betrag von zwölf Millionen Mark zu dem angegebenen Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Nach der beigelegten Denkschrift sind die bisher im Gesamtbetrag von zwanzig Millionen Mark bewilligten Mittel vollständig erschöpft und weitere erhebliche Mehrbedürfnisse bereits angemeldet, sodas eine Erhöhung der in dem vorjährigen Gesetzentwürfe, welcher nicht zur Verabschiedung gelangte, vorgesehenen Mittel um vier Millionen Mark vorgesehen werden mußte. Für den Bereich der Bergverwaltung sind bis zum 1. Okt. 1901 insgesamt 2 115 462 M in Anspruch genommen worden.

In einer am 24. vor. Mts. in Dortmund unter Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen abgehaltenen Versammlung ist ein Provinzialverein zur Förderung des Kleinwohnungswesens gegründet worden, welcher dieselben Ziele wie der vorstehende Gesetzentwurf verfolgt. Nach den Ausführungen des Landrats Heydweiller bezweckt der Verein, möglichst vielen Familien gesunde und preiswürdige Wohnungen zu verschaffen und das Massenquartierwesen nach Möglichkeit einzuschränken.

Verkehrswesen.

Kohlen-, Koks- und Brikettversand. Von den Zechen, Kokereien und Brikettwerken des Ruhrbezirks sind vom 16. bis 22. Februar 1902 in 6 Arbeitstagen 93 132 und auf den Arbeitstag durchschnittlich 15 522 Doppelwagen zu 10 t mit Kohlen, Koks und Briketts beladen und auf der Eisenbahn versandt worden gegen 95 490 und

auf den Arbeitstag 15 915 Doppelwagen in demselben Zeitraum des Vorjahres bei gleicher Anzahl Arbeitstage. Es wurden demnach vom 16. bis 22. Februar des Jahres 1902 auf den Arbeitstag 393 und im ganzen 2358 D.-W. oder 2,4 pCt. weniger gefördert und zum Versand gebracht, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Kohlen- und Kokswagen-Verkehr im Monat Januar 1902.

Bezirk	1.—15. Januar				16.—31. Januar				Im ganzen Monat Januar	
	Wagen-				Wagen-				Wagen-	
	Anforderung	Gestellung	Anforderung	Gestellung	Anforderung	Gestellung	Anforderung	Gestellung		
	insgesamt		pro Fördertag durchschnittlich		insgesamt		pro Fördertag durchschnittlich		Anforderung	Gestellung
Ruhr:										
a. Staatsbahnen . 1902	175 283	175 283	15 255	15 255	199 016	199 016	14 291	14 291	374 299	374 299
1901	189 463	189 428	15 789	15 786	218 914	218 883	15 637	15 635	408 377	408 311
b. Dortmund-Gron.- Eensch. Eisenb. 1902	5 554	5 554	463	463	5 765	5 765	443	443	11 309	11 309
1901	6 297	6 297	525	525	7 135	7 135	510	510	13 432	13 432
c. Oberschlesien . . 1902	61 931	61 931	5 597	5 597	67 562	67 562	4 817	4 817	129 493	129 493
1901	72 687	72 687	6 032	6 032	87 153	87 153	6 207	6 207	159 840	159 840
d. Niederschlesien . 1902	13 059	13 059	1 089	1 089	13 375	13 375	957	957	26 434	26 434
1901	13 348	13 348	1 112	1 112	15 460	15 460	1 104	1 104	28 808	28 808
Eisenb.-Direkt.-Bezirke Köln und Saarbrücken										
a) Saarbez. 1902	25 631	25 631	2 264	2 264	33 284	33 284	2 370	2 370	68 915	68 915
b) Kohlenbez. Aachen 1902	6 168	6 168	561	561	6 999	6 999	517	517	13 167	13 167
c) Koblenz. i. Homberg 1902	1 974	1 974	162	162	2 374	2 374	169	169	4 348	4 348
d) Rh. Braunkohl. . . 1902	6 945	6 945	633	633	7 341	7 341	626	626	14 286	14 286
insgesamt 1902	40 718	40 718	3 612	3 612	49 998	49 998	3 581	3 581	90 716	90 716
1901	40 994	41 217	3 406	3 425	50 200	50 381	3 581	3 594	91 194	91 598
Magdeburg (Eisenb.- Dir.-Bez. Magdeb., Halle u. Erfurt) . 1902	43 913	43 913	3 659	3 659	44 905	44 905	3 207	3 207	88 818	88 818
1901	49 907	49 901	4 148	4 148	57 302	57 298	4 084	4 084	107 209	107 199
Eisenb.-Dir.-Bezirke Kassel 1902	1 076	1 222	89	101	1 132	1 280	81	91	2 203	2 502
1901	877	994	58	66	1 088	1 249	68	78	1 965	2 243
Hannover 1902	1 443	1 443	120	120	1 825	1 285	130	130	3 268	3 268
1901	1 713	1 713	143	143	2 195	2 195	157	157	3 908	3 908
Königreich Sachsen										
a) Zwickau 1902	6 025	6 025	548	548	7 467	7 467	533	533	13 482	13 482
b) Lugau-Oelsnitz . . 1902	4 636	4 642	421	422	5 587	5 698	399	400	10 223	10 240
c) Meuselwitz 1902	4 493	4 632	374	386	5 390	5 641	381	396	9 823	10 173
d) Dresden 1902	1 285	1 285	117	117	1 486	1 486	106	106	2 771	2 771
insg. Königr. Sachsen 1902	16 439	16 584	1 460	1 473	19 860	20 082	1 419	1 435	36 299	36 666
1901	19 407	19 734	1 618	1 645	24 891	25 191	1 777	1 799	44 298	44 925
Königreich Bayern 1902	2 029	2 134	183	192	2 506	2 643	177	187	4 535	4 777
1901	2 451	2 551	202	210	2 808	3 080	200	221	5 259	5 631
Elsafs Lothringische Eisenbahnen										
a) Saarbezirk 1902	4 889	4 889	408	408	5 678	5 678	405	405	10 567	10 567
b) Rheinhäfen 1902	1 221	1 221	102	102	1 249	1 249	89	89	2 470	2 470
insgesamt 1902	6 110	6 110	510	510	6 927	6 927	494	494	13 037	13 037
1901	5 063	5 063	422	422	6 293	6 293	450	450	11 356	11 356
Insgesamt in den vorstehenden Bezirken im Monat Januar 1902									780 416	781 319
pro Fördertag durchschnittlich									30 605	30 640
Insgesamt im Monat Januar 1901									875 646	877 251
pro Fördertag durchschnittlich									33 679	33 740

Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen.

a) Vereinigte Preussische und Hessische Staatsbahnen.

	Betriebs- Länge km	Einnahmen.						
		Aus Personen- und Gepäckverkehr		Aus dem Güterverkehr		Aus sonstigen Quellen	Gesamt-Einnahme	
		überhaupt	auf 1 km	überhaupt	auf 1 km		überhaupt	auf 1 km
		M.	M.	M.	M.	M.	M.	
Januar 1902	31 355,93	23 165 000	758	66 098 000	2 118	6 711 000	95 974 000	3 065
gegen Jan. 1901	590,63	1 085 000	22	—	—	—	—	—
Vom 1. April bis Ende Jan. 1902	—	331 845 000	10 946	745 348 000	24 063	68 333 000	1 145 526 000	36 877
				4 293 000	179	193 000	3 401 000	168

b) Sämtliche deutschen Staats- und Privatbahnen, einschließlich der preussischen, mit Ausnahme der bayerischen Bahnen

	Betriebs- Länge km	Einnahmen.						
		Aus Personen- und Gepäckverkehr		Aus dem Güterverkehr		Aus sonstigen	Gesamt-Einnahme	
		überhaupt M.	auf 1 km M.	überhaupt M.	auf 1 km M.	Quellen M.	überhaupt M.	auf 1 km M.
Januar 1902	45 019,54	30 744 484	698	82 936 860	1 849	10 155 068	123 836 412	2 754
gegen Jan. 1901	1 139,83	1 563 772	19	—	—	—	—	—
Vom 1. April bis Ende Jan. 1902 (bei den Bahnen mit Betriebsjahr vom 1. April)	—	375 058 233	10 075	826 121 347	21 778	77 454 823	1278 634 403	33 628
Gegen die entspr. Zeit 1901	—	4 263 826	339	23 836 016	1 266	819 498	33 919 340	1 667
Vom 1. Jan. bis Ende Jan. 1902 (bei Bahnen mit Betriebsjahr vom 1. Januar*)	—	4 575 919	712	10 037 673	1 536	2 214 631	16 828 223	2 574
Gegen die entspr. Zeit 1901	—	294 761	29	—	—	—	—	—
				321 980	92	132 092	159 308	94

*) Zu diesen gehören u. a. die sächsischen u. badischen Staatseisenbahnen, die Main-Neckarbahn u. die Dortmund-Gronau-Enschedeider Bahn.

Kohlenbewegung in dem Duisburger Hafen.

A. Kohlen-Anfuhr.

	auf der Eisenbahn Tonnen	Auf der Ruhr Tonnen	Summe Tonnen
im Jan. 1902	197 765,00	—	—
„ „ 1901	166 715,00	—	—

B. Kohlen-Abfuhr.

	Koblenz und oberhalb Tonnen	Köln und oberhalb Tonnen	Düsseldorf und oberhalb Tonnen	Duisburg und oberhalb Tonnen
im Jan. 1902	121 569,00	444,00	—	50,00
„ „ 1901	99 597,00	895,00	—	1 355,00

Noch: B Kohlen-Abfuhr.

	Bis zur holl. Grenze Tonnen	Holland Tonnen	Belgien Tonnen	Summe Tonnen
im Jan. 1902	1 502,00	23 401,00	20 343,00	167 309,00
„ „ 1901	727,00	6 870,00	6 743,00	116 187,00

Kohlenbewegung in dem Ruhrorter Hafen.

A. Kohlen-Anfuhr.

	auf der Eisenbahn Tonnen	auf der Ruhr Tonnen	Summe Tonnen
im Jan. 1902	339 018,00	—	339 018,00
„ „ 1901	296 603,00	—	296 603,00

B. Kohlen-Abfuhr.

	Koblenz und oberhalb Tonnen	Köln und oberhalb Tonnen	Düsseldorf und oberhalb Tonnen	Ruhrort und oberhalb Tonnen
im Jan. 1902	168 531,00	1 215,00	2 219,00	3 136,35
„ „ 1901	104 346,00	424,00	515,00	1 897,50

Noch: B. Kohlen-Abfuhr.

	Bis zur holl. Grenze Tonnen	Holland Tonnen	Belgien Tonnen	Summe Tonnen
im Jan. 1902	1 939,65	47 079,90	51 062,75	275 183,65
„ „ 1901	1 346,95	37 309,25	19 003,80	164 842,50

Wagengestellung im Ruhrkohlenreviere für die Zeit vom 16. bis 22. Februar 1902 nach Wagen zu 10 t.

Datum	Es sind		Die Zufuhr nach den Rheinhäfen betrug:			
	verlangt	gestellt	im Essener und Elberfelder Bezirke		Wagen zu 10 t	
Monat	Tag	Elberfelder	Bezirke	aus dem Bezirk	nach	Wagen zu 10 t
Februar	16.	1 287	1 287	Essen	Ruhrort	8 654
	17.	14 350	14 350	„	Duisburg	5 041
	18.	15 625	15 625	„	Hochfeld	1 146
	19.	15 485	15 485	Elberfeld	Ruhrort	50
	20.	15 487	15 487	„	Duisburg	34
	21.	15 773	15 773	„	Hochfeld	—
22.	15 125	15 125	Zusammen		14 925	
Zusammen:		93 132	93 132			
Durchschnittl.:		15 522				
Verhältniszahl:		16 298				

Amtliche Tarifveränderungen. Mit Gültigkeit vom 1. 2. d. J. wird nachstehende Station der kgl. Eisenb.-Dir. Cöln in den Ausnahmetarif für die Beförderung von Steinkohlen u. s. w. von deutschen Stationen (Ruhrgebiet) nach Belfort transit über Alt-Münsterol vom 1. 6. 1898 wie folgt aufgenommen:

km	a)	b)
552 Bedburg	14,38	12,64
Strafsburg, 5. 2. 1902. Die geschäftsführende Verwaltung: kaiserl. Gen.-Dir. der Eisenb. in Els.-Lothr.		

In den norddeutsch-sächsischen Güterverkehr (Tarifheft No. 1) werden am 15. 2. d. J. einbezogen: 1. die Stationen Bodenburg, Westerhausen und Bloh der Eisenb.-Dir.-Bez. Hannover und Münster, sowie der oldenburgischen Staatseisenb.; 2. die Station Obernkirchen der Rinteln-Stadthagener Eisenb. als Versandstation in den Ausnahmetarif 6 a für Kohlen. Ueber die anzuwendenden Frachtsätze erteilen die betheil. Abfertigungsstellen Auskunft. Dresden, 7. 2. 1902. Kgl.-Gen.-Dir. der sächs. Staatseisenb., als geschäftsführende Verwaltung.

Oberschles.-österr. Kohlenverkehr über Mittelwalde bezw. Mittelsteine u. s. w. Kohlentarif vom 1. 11. 1897. Bis auf Widerruf, längstens bis Ende Dezember 1902 werden im vorbezeichneten Kohlentarife die Frachtsätze nach Starkenbach Stadt um 2 Heller

für 100 kg ermäßigt. Dagegen werden die Frachtsätze nach den Stationen Hradsko, Jablonetz a. Isar, Priwłak-Ponikla, Rochlitz und Sittowa-Haje der Lokalbahn Starkenbach-Rochlitz um 1—3 Heller für 100 kg erhöht. An Stelle dieser kommen jedoch bis auf Widerruf, längstens bis Ende Dezember 1902 besondere Ausnahmesätze zur Anwendung, die teilweise keine, teilweise eine Erhöhung von nur 1 Heller für 100 kg enthalten. Soweit hiernach Erhöhungen eintreten, bleiben die bisherigen niedrigeren Sätze noch bis Ende März 1902 in Geltung. Kattowitz, 1. 2. 1902. Kgl. Eisenb.-Dir., im Namen der beteil. Verwaltungen.

Rhein.-westf.-Berlin-Stettin-ostdeutscher Kohlenverkehr. Mit dem 10. d. Mts. wird die Station Mocker i. Westpr. des Dir.-Bez. Bromberg in den Ausnahmetarif 6 vom 20. 8. 1902 als Empfangsstation aufgenommen. Näheres bei den beteil. Güterabfertigungsstellen. Essen, 5. 2. 1902. Kgl. Eisenb.-Dir.

Saarkohlenverkehr nach der Mittel- und Westschweiz. Am 1. 4. d. J. wird zum Kohlentarif Nr. 14 vom 1. 4. 1899 eine anderweite Schnitttafel A herausgegeben, welche erhöhte Entfernungen ab den deutschen Versandstationen und zum Teil um 1 bis 2 Cts. für 100 kg erhöhte Frachtsätze enthalten wird. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbureau. St. Johann-Saarbrücken, 14. 2. 1902. K. Eisenb.-Dir., namens der beteil. Verwaltungen.

Rheinisch-niederdeutscher Kohlenverkehr. Mit dem 20. d. Mts. wird die Station Grabowhöfe der großh. mecklenb. Friedrich Franz-Eisenb. in die — Frachtsätze für Sendungen von mindestens 45 t enthaltende — Abt. B des Ausnahmetarifs 6 vom 1. 5. 1897 aufgenommen. Näheres bei den beteil. Güterabfertigungsstellen. Essen, 11. 2. 1902 K. Eisenb.-Dir.

Rhein.-westfäl.-Berlin-Stettin-ostdeutscher Kohlenverkehr. Vom 1. 4. d. J. ab treten die nach Station Lagerhof bei Gesundbrunnen, Berlin, im Ausnahmetarif 6 vom 20. 8. 1900 nebst Nachträgen vorgesehenen Frachtsätze außer Kraft. Essen, 10. 2. 1902. K. Eisenb.-Dir.

Niederschl. Steinkohlenverkehr nach den Stationen der Dir. Bez. Bromberg, Danzig und Königsberg i. Pr. Vom 15. 2. d. J. ab wird die an der Strecke Bromberg-Inowrazlaw gelegene Haltestelle Gr.-Neudorf des Dir. Bez. Bromberg in den vorbezeichneten Verkehr einbezogen. Ueber die Höhe der Frachtsätze geben die beteil. Dienststellen nähere Auskunft. Breslau, 11. 2. 1902. K. Eisenb.-Dir., im Namen der beteil. Verwaltungen.

Süddeutsch-österr.-ungar. Eisenbahnverband. (Teil V, Heft 1 vom 1. 11. 1897. Saarkohlentarif nach Oesterreich) Mit 1. 3. 1902 gelangt zu dem vorbezeichneten Tarifhefte der Nachtrag II zur Einführung. Derselbe enthält Aenderungen und Ergänzungen des Haupttarifes und wird auf Verlangen kostenlos abgegeben. München, 10. 2. 1902. Gen.-Dir. der k. b. Staatseisenb.

Kohlenverkehr aus dem Ruhr- und Wurmgebiet etc. nach Stationen der Dir.-Bez. Elberfeld und Essen. Vom 25. 3. d. J. ab werden die Frachtsätze Ruhrort Rhein-Niederseesmar in 0,34 *M.* und Kohlscheid-Vollme in 0,42 *M.*, sowie mit sofortiger Gültigkeit der Frachtsatz Riemke (Zeche Hannibal)-Kierspe in 0,21 *M.* für 100 kg berichtigt. Essen, 8. 2. 1902. K. Eisenb.-Dir.

Vereine und Versammlungen.

Deutsche Geologische Gesellschaft. Sitzung am 5. Februar 1902. Vorsitzender: Herr Geheimrat Prof. Branco. Herr Prof. Jaekel stellte eine Reihe von Thesen auf, die sich auf die Lebensweise fossiler Cephalopoden beziehen und in der nächsten Sitzung diskutiert werden sollen. Sie lauten:

1. Die Orthoceren waren keine frei lebenden Tiere, sondern safsen fest wie die Conularien.
2. Die Belemniten waren keine energischen Schwimmer (die Belastung des distalen Endes durch das schwere Rostrum spricht dagegen), sondern sie lebten am Boden und safsen mit dem Paxillum im Schlamm fest.
3. Die Cyrtoceren sind keine Zwischenformen zwischen gestreckten und eingerollten, sondern Rückschläge von gekrümmten Formen.
4. Die Formen mit verengter Körperöffnung waren bodensessil und die Verengung diente als Schutz vor Verunreinigungen.
5. Der Siphon ist der durch die Kammerbildung eingeengte Teil des Körpers.
6. Die Kammerbildung bezweckt Emporhebung des Körpers über den Schlammgrund, wie alle derartigen Septalbildungen.
7. Die Narbe der Anfangskammer der Nautiliden ist dann die Ablösungsstelle von der Urkammer.
8. Die Nautiliden würden also in der ersten Jugend sesshaft, später frei sein.
9. Die Ammonoiden tragen diese Haftschele als Anfangskammer bei sich, ebenso die Belemniten, diese sind also frei, wie wir dies
10. von den Eiern der Dibranchiaten und deren Entwicklung wissen.

Wir haben es bei den Cephalopoden demnach mit einer physiologischen Reihe einerseits von festgewachsenen zu freien Formen mit gelegentlichen Rückschlägen, andererseits mit Bezug auf die Schale von einfachen zu komplizierten Formen und dann zu den rückgebildeten Formen mit ganz reduzierter Schale zu thun.

Herr Geh. Bergrat Beyschlag sprach über die Erzlagerstätten Oberschlesiens. Die für die Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirkes namens der geologischen Landesanstalt durch den Vortragenden und Herrn Dr. Michael ausgeführten Untersuchungen haben ergeben, daß das Karbon als Wasserträger wegen seiner Undurchlässigkeit gar nicht in Frage kommt. Zwischen der Benthener und der Tarnowitzer Karbonmulde ist Trias eingemuldet, die mit gering mächtigem Buntsandstein beginnt; dann folgt der Muschelkalk; zuunterst cavernöser Kalk, dann die Orzescher Schichten, aus Dolomit bestehend, hierauf mittlerer und oberer Muschelkalk. An drei Stellen waren bisher große Wassermengen in diesem Triasgebiete bekannt, und die Untersuchung ergab, daß diese Wasser auf ausgedehnten Spalten zirkulieren, welche die Triasmulde begrenzen und sie tektonisch zu einem Grabeneinbrüche stempeln. Die hier auftretenden Wassermengen sind dreimal größer, als die Niederschläge des Einzugsgebietes und kommen wahrscheinlich von den Beskiden her. Diese wasserführenden Spalten werden begleitet von Dolomiten, welche keine Niveaubeständigkeit besitzen, sondern diesen Wassern ebenso ihre Entstehung aus Kalksteinen verdanken, wie die Erzführung des oberschlesischen Muschelkalkes. Die alte Meinung, daß diese Erze primär, mit dem Muschelkalk zugleich entstanden seien, muß heute

zu Gunsten der Anschauung von der metasomatischen Entstehung als beseitigt gelten. Es giebt in Oberschlesien zwei Systeme von Verwerfungen: ein älteres, vor der Trias entstanden, nach oben mit dem Karbon abschneidendes, und ein jüngeres, tertiäres, auch die Trias durchsetzendes und zum Teil die alten Spalten wieder benutzendes. Letztere Spalten haben die Wasser herbeigebracht, welche den Kalkstein dolomitisiert und die Erze an Stelle des aufgelösten Kalksteins abgelagert haben. In dem mächtig umgewandelten Dolomite kann man zwar die Verwerfungen nicht beobachten, aber überall, wo im Dolomit die Erzführung einen Haken schlägt, liegt darunter im Karbon eine Verwerfung. — Auf dem Wellenkalk findet sich die Erzführung in zwei übereinander lagernden, oft aussetzenden, vielfach gescharten Lagern von sulfidischen Erzen. Erst aus diesen sind bei der tertiären Denudation, welche auf dem Kalkgebirge eine Art von Karstlandschaft erzeugte, die oxydischen und karbonatischen Erze hervorgegangen, die dann in den Taschen und Einsturztrichtern der damaligen Oberfläche abgelagert und von jüngeren tertiären und diluvialen Schichten überkleidet wurden. Es sind also zwei Generationen von Erzen im Oberschlesischen Muschelkalk zu unterscheiden.

Herr Prof. Beushausen weist auf die Analogie mit alerischen Lagerstätten hin. Herr Dr. Michael sprach über eine zum Zwecke der Wasserversorgung in der turonen Oppelner Kreidescholle angesetzte Tiefbohrung. Dieselbe durchsank 60 m Kreide, 150 m Keuper, dann alle 3 Abteilungen des Muschelkalkes und wurde dann noch 60 m in den oberen Buntsandstein fortgesetzt. An der oberen Grenze des letzteren wurde das erwartete Wasser nicht angetroffen, weil die Facies hier eine völlig andere ist als in der nur 2 Meilen entfernten zu Tage anstehenden Trias. Die Bohrung wird auf fiskalische Kosten zu wissenschaftlichen Zwecken weitergeführt, da die tiefsten Kerne noch 18 cm Durchmesser besitzen.

Herr Dr. Lotz berichtete über die Auffindung marinen Tertiärs bei Iserlohn im Sauerland, dessen mariner Charakter durch den Fund eines Walfischwirbels bewiesen wird.

Herr Dr. Denckmann sprach über das Alter der Meggener Erzlagerstätte. Dieselbe wird unterlagert von Lenneschiefer und oberem Mitteldevon und überlagert von Bidesheimer Schiefer, über welchem Cypridineschiefer folgt. Derselbe sprach ferner über einen neuen Fund von Prolecaniten bei Iserlohn.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. K. K.

Generalversammlungen. Steinkohlenbergwerk Stock & Scherenberg. 8. März d. Js., nachm. 2 Uhr, im Lokale der Wwe. Aufermann zu Hafslinghausen.

Steinkohlenbauverein Gottessegen zu Lugau. 15. März d. Js., mittags 1/21 Uhr, im „Schwanenschloß“ zu Zwickau i. S.

Marktberichte.

Essener Börse. Amtlicher Bericht vom 24. Februar 1902, aufgestellt von der Börsen-Kommission.

Kohlen, Koks und Briketts.

Preisnotierungen im Oberbergamtsbezirke Dortmund.
Sorte. Pro Tonne loco Werk

I. Gas- und Flammkohle:

- a) Gasförderkohle 12,00—13,50 *fl.*
- b) Gasflammförderkohle 10,25—11,50 „

- c) Flammförderkohle 9,50—10,50 *fl.*
- d) Stückkohle 13,25—14,50 „
- e) Halbgeseibte 12,50—13,25 „
- f) Nufskohle gew. Korn I) 12,50—14,00 „
- „ „ „ II) 11,25—12,50 „
- „ „ „ III 10,25—11,50 „
- „ „ „ IV 7,50—8,50 „
- g) Nufgruskohle 0—20/30 mm 8,50—9,50 „
- „ 0—50/60 „ 5,50—7,50 „
- h) Gruskohle 5,50—7,50 „

II. Fettkohle:

- a) Förderkohle 9,75—10,75 „
- b) Bestmelierte Kohle 10,75—11,75 „
- c) Stückkohle 12,75—13,75 „
- d) Nufskohle gew. Korn I) 12,75—13,75 „
- „ „ „ II) 11,50—12,50 „
- „ „ „ III 10,50—11,50 „
- „ „ „ IV 10,50—11,00 „
- e) Kokskohle 9,00—10,00 „

III. Magere Kohle:

- a) Förderkohle 9,00—10,00 „
- b) Förderkohle, melierte 10,00—11,00 „
- c) Förderkohle, aufgebesserte je nach dem Stückgehalt 11,00—12,50 „
- d) Stückkohle 13,00—14,50 „
- e) Anthrazit Nufs Korn I 17,50—19,00 „
- „ „ „ II 19,50—23,00 „
- f) Fördergrus 8,00—9,00 „
- g) Gruskohle unter 10 mm 6,50—7,00 „

IV. Koks:

- a) Hochofenkoks 15,00 „
- b) Gießereikoks 17,00—18,00 „
- c) Brechkoks I und II 18,00—19,00 „

V. Briketts:

Briketts je nach Qualität 12,00—15,00 „

Marktlage andauernd still. Nächste Börsenversammlung findet am Montag, den 3. März 1902, nachmittags 4 Uhr, im „Berliner Hof“, Hotel Hartmann, statt.

λ Ausländischer Eisenmarkt. In Schottland zeigte der Roheisen-Warrantmarkt letzthin große Regsamkeit. Das Hauptinteresse war beim Spekulationsgeschäft; bestimmend wirkten namentlich die Berichte aus Amerika, welche die Hoffnungen festigten, daß sich demnächst einige Ausfuhr dorthin entwickeln werde. Schottische Warrants gingen plötzlich um 2 s., Cleveland um 1 s. 3 d. in die Höhe. Zuletzt wurde in ersteren zu 53 s. 2 1/2 d. bis 53 s. 4 1/2 d. Kassa und zu 53 s. 6 d. bis 53 s. 11 d. über einen Monat gethätigt. Clevelandeisen ging zu 47 s. 2 d. bis 48 s. bezw. zu 47 s. bis 47 s. 11 d. Cumberland Hämatitwarrants notierten 57 s. bis 58 s. 11 1/2 d. für Lieferung in einem Monat. Die gewöhnlichen schottischen Roheisensorten sind gleichfalls zum Teil höher gehalten worden. Schottisches Hämatit wird zu 60 s. an die Stahlwerke geliefert. Die Ausfuhr ist im ganzen besser als in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs. Der Rückgang der Warrantvorräte in Glasgow ist trotz gleichbleibender Erzeugung befriedigend. Die Fertigeisen- und Stahlwerke haben keinen neuen Impuls erfahren. Die Notierungen blieben unverändert und manche werden als recht unlohnend bezeichnet. Von der amerikanischen Nachfrage wird auch hier manches abhängen. Der Wettbewerb von seiten des Kontinents

hat nachgelassen. Im allgemeinen gelten die weiteren Aussichten als ziemlich ermutigend.

Die Lage des englischen Eisen- und Stahlmarktes kann nach den letzten Berichten aus Middlesbrough noch nicht als eigentlich befriedigend bezeichnet werden, denn trotz der Haussebewegung auf dem Roheisen-Warrantmarkte blieb das Geschäft in allen Fertigerzeugnissen flau, und man glaubt nicht an eine wirkliche Besserung in Roheisen, so lange die verbrauchenden Industriezweige darniederliegen. Die Verbraucher sehen in den Vorgängen auf dem Warrantmarkte nur vorübergehende Erscheinungen auf Grund der Spekulation und verhalten sich abwartend. Clevelandwarrants hatten durch spekulative Nachfrage allerdings letzthin einen guten Markt. Die Preise stiegen auf 47 s. 11 $\frac{1}{2}$ d. oder um 5 s. 2 d. über den Minimalatz vom Dezember; solche Ziffern sind seit Januar 1901 nicht mehr verzeichnet worden. Im übrigen ist die Fortdauer dieser Haussebewegung ungewiss.

Clevelandeisen No. 3 G. M. B. wurde auf 47 s. 3 d. erhöht, No. 1 auf 48 s. 9 d. Die geringeren Sorten sind nicht in demselben Mase gestiegen, wie sich bei ihnen überhaupt die Vorgänge auf dem Warrantmarkte weniger bemerkbar zu machen pflegen. Giesereirohisen No 4 stieg auf 46 s., graues Puddelrohisen auf 45 s. 6 d., meliertes auf 45 s., weisses auf 44 s. 6 d. Hämatitrohisen hat endlich eine geringe Besserung verzeichnen können, nachdem die Preise vormem vielleicht tiefer herabgedrückt waren, als es die Verhältnisse rechtfertigten. Günstig ist im Gegensatz zum letzten Halbjahre 1901 die jetzige weichende Tendenz der Kokspreise. Gemischte Lose der Ostküste notierten zuletzt 55 s. 6 d. — Die Lage der Fertigeisen- und Stahlwerke ist gedrückt, und die Aussichten für die Zukunft sind noch wenig versprechend. Neue Aufträge gehen nur schleppend ein, und manche Werke sind unregelmäßig beschäftigt. Benachteiligt sind namentlich Winkel und Grobbleche, weniger allerdings durch Flaue des Geschäftes als durch die ungünstige Witterung. Letztere hat den Betrieb an den Schiffswerften schon seit einiger Zeit völlig lahmgelegt, sodass alle Materiallieferungen stocken. Gleichzeitig ist allerdings auch die Nachfrage im Schiffbau unbedeutend, einige Firmen konnten seit Herbst keine nennenswerten Aufträge verzeichnen. Die Notierungen blieben zuletzt im wesentlichen auf den Sätzen der Vorwochen. Gewöhnliches Stabeisen ist inzwischen auf 6 L. herabgesetzt worden, nachdem es über ein halbes Jahr um 5 s. höher gestanden. Schiffsplatten in Stahl behaupten sich auf 5 L. 12 s. 6 d., in Eisen auf 6 L., Schiffswinkel in Stahl auf 5 L. 10 s., in Eisen auf 5 L. 15 s. Stahlschienen haben nachgeben müssen, schwere Stahlschienen wurden zuletzt bereits zu 5 L. abgegeben.

Auf dem belgischen Eisenmarkte hat in den letzten Wochen eine erfreuliche Besserung angehalten, und es herrscht wieder größeres Vertrauen in die Situation. Man fühlt namentlich, dass der deutsche Wettbewerb seit einiger Zeit nachgelassen, Aufträge werden jetzt zu lohnenderen Preisen gebucht als in den Vorwochen. Allerdings dauern die früheren Klagen über zu hohe Gestehungskosten noch fort, und die Werke, die keine eigenen Hochöfen haben, sind besonders im Nachteil. Die Rohmaterialien sind seit einem Monat um etwa 5 bis 6 Frcs. gestiegen; die Halbfertig- und Fertigfabrikate haben entsprechend steigende Tendenz angenommen. Noch sind die Preise

zu ungewiss, als dass sich die Produzenten auf Kontrakte von längerer Dauer einließen. In Baumaterial liegen für das laufende Jahr gute Aufträge vor, sodass die der Bauhätigkeit ungünstige Witterung die Preise nicht beeinflusst hat. In Feinblechen liegen auf mehrere Wochen gute Aufträge vor. Träger in Eisen und Stahl notierten im Ausfuhrgeschäft zuletzt 110 bis 115 Frcs. f.o.b. Antwerpen, dagegen 125 bis 130 Frcs. frei belg. Bahnen. Grobbleche in Stahl erzielen für Ausfuhr 145 Frcs., im Inlande 150 Frcs.

Der französische Eisenmarkt ist im allgemeinen stetig. In Paris kommen die Preise noch schwer vom Fleck. Handelseisen steht noch auf 15 Frcs, Träger gehen zu 16,50 Frcs. Im übrigen sind die Aussichten nicht ungünstig, zumal grössere Aufträge an Bahnmateriale und Baumaterial zu erwarten stehen. An der oberen Marne gehen Aufträge jetzt ziemlich regelmässig ein, sodass die Produzenten wenigstens etwas mehr als zuvor die Situation beherrschen. Bemerkenswert ist, dass die Werke über den 30. Juni hinaus keine Aufträge annehmen. Handelseisen hält sich einstweilen auf 15,75 Frcs. Im Norddepartement sind die Aussichten für die Haussebewegung noch ungewiss. Bislang sind 15 Frcs. noch nicht überschritten worden. Auch in den übrigen Distrikten sind nennenswerte Aenderungen nicht zu verzeichnen.

Der amerikanische Eisenmarkt ist ausserordentlich fest, und die Aussichten sind günstiger als je, zumal die Haussebewegung nicht übertrieben worden ist. In Rohisen ist die Erzeugung fast durchweg bis zum 1. Juli verschlossen. Bessemereisen ist für das dritte Vierteljahr zu 16,75 Doll. verkauft worden. Die letzten Notierungen zeigen Erhöhungen gegen die Vorwoche. Nördl. Giesereirohisen Nr. 1 notierte zuletzt 17 bis 17,50 Doll., Nr. 2 desgleichen, graues Puddelrohisen 16 bis 16,50 Doll., Südl. Giesereirohisen Nr. 2 12 bis 12,50 Doll. Die Stabeisenwerke sind flott beschäftigt, doch kamen seit der letzten Erhöhung wenig neue Aufträge hinzu. Qualitätsstabeisen notiert 1,75 bis 1,80 Cents. Stahlknüppel stiegen bei grosser Knappheit auf 30,50 Doll. Bleche gewinnen an Festigkeit. Schiffsbleche in Stahl wurden auf 1,85 bis 1,90 Cents erhöht. Winkel und Träger in Stahl erzielen jetzt 1,85 bis 1,95 Cents. Drähte wurden kürzlich um 1 Doll. erhöht, Stahlschienen blieben zuletzt fest auf 28 Doll.

Metallmarkt. Mit Ausnahme von Zink, welches in der vergangenen Woche recht fest lag, sind die Metallpreise zurückgegangen.

Kupfer flau, G. H. L. 55. 3 Monate L. 55.

Zinn stetig, Straits L. 114. 10. 3 Monate L. 110. 10.

Blei matt. Span. L. 11. 15, engl. L. 12.

Zink fest. Gew. Marken L. 18, bes. L. 18. 5.

Notierungen auf dem englischen Kohlen- und Frachtenmarkt. (Börse zu Newcastle-on-Tyne.) Kohlenhandel ruhig, aber fest. Beste northumbrische steam coals 10 s. 9 d. pro Tonne f.o.b., steam smalls unverändert zu 4 s. 6 d. bis 4 s. 9 d., Bunkerkohle stetig zu 8 s. 3 d. bis 8 s. 9 d. für beste ungesiebte Durham-Sorten. Gaskohlen sind zahlreicher am Markte. Der f.o.b.-Preis schwankte je nach Qualität der Kohle und Lage der Gruben zwischen 9 s. und 10 s. Koks fest zu 17 s. bis 17 s.

6 d. für den Export; Hochofenkoks schwächer zu 14 s. 6 d. bis 15 s. 3 d.

In der Lage des Frachtgeschäfts ist eine Aenderung

nicht eingetreten. Frachten vom Tyne bis London 3 s. 1 1/2 d. bis 3 s. 3 d., bis Hamburg 3 s. 9 d. bis 3 s. 10 1/2 d., bis Havre etwa 4 s. 1 1/2 d. und bis Genua 5 s. 6 d. bis 5 s. 9 d.

Marktnotizen über Nebenprodukte. (Auszug aus dem Daily Commercial Report, London.)

	19. Februar						26. Februar					
	von			bis			von			bis		
	L.	s.	d.	L.	s.	d.	L.	s.	d.	L.	s.	d.
Teer p. gallon	—	—	13/8	—	—	1 1/2	—	—	13/8	—	—	1 1/2
Ammoniumsulfat (London Beckton terms) p. ton	11	7	6	—	—	—	11	6	3	11	7	6
Benzol 90 pCt. p. gallon	—	—	9 1/2	—	—	—	—	—	9	—	—	—
" 50 " " "	—	—	8 1/4	—	—	8 1/2	—	—	8 1/4	—	—	—
Toluol p. gallon	—	—	9	—	—	—	—	—	9	—	—	—
Solvent-Naphtha 90 pCt. p. gallon	—	—	11	—	1	—	—	—	11	—	1	—
Karbonsäure 60 pCt.	—	1	10 1/2	—	—	—	—	1	10 1/2	—	—	—
Kreosot p. gallon	—	—	15/8	—	—	1 3/4	—	—	1 1/2	—	—	15/8
Anthracen A 40 pCt. unit	—	—	2	—	—	—	—	—	2	—	—	—
Anthracen B 30—35 pCt. unit	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Pech p. ton f.o.b.	—	39	—	—	39	6	—	39	6	—	40	—

Patent-Berichte.

Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Kl. 10 a. Nr. 161 077. 18. Juli 1901. K. 14 645. Doppelkrümmer zur Gasentnahme bei Koksöfen, mit U-förmig gestalteten Enden, die derart in die mit Flüssigkeit gefüllte Tauchung der Vorlage resp. des Steigerohres fassen, das das Condensat aus dem Gase nicht in die Tauchungen fließen kann. Heinrich Koppers, Carnap.

Kl. 10 a. Nr. 161 085. 16. August 1901. K. 14 792. Neuerung in der Zufuhr erhitzter Luft zu Koksöfen, gekennzeichnet durch Benutzung einer schmiedeeisernen ausgemauerten Heißwindleitung in der Anordnung, das dieselbe unterhalb des Ofens zugänglich angeordnet und so mit den Luftverteilungs Kanälen der Oefen verbunden ist, das die Regulierung von außen her mittelst Steinschieber erfolgt. Heinrich Koppers, Carnap.

Kl. 35 a. Nr. 160 868. 28. August 1901. B. 17 651. Sicherheitsverschluss für seigere Schächte unter Benutzung eines Klappthores, bei dessen Bewegung gleichzeitig der Förderkorb festgestellt wird. Wilhelm Breiing, Recklinghausen.

Kl. 42 d. Nr. 159 975. 19. August 1901. E. 4768. Registrier- und Kontrolapparat für Seilförderung, mit einer von dem eigentlichen Apparat getrennten, durch ein Uebertragungselement mit demselben verbundenen Rollenführung für das Seil. Emil Eppner, Breslau, Königsstr. 3.

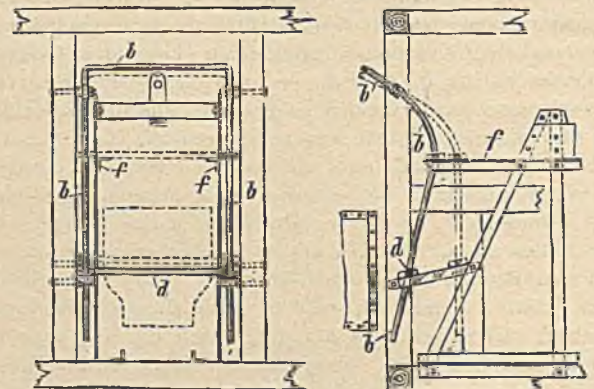
Deutsche Reichspatente.

Kl. 5 d. Nr. 123 575. Elektrische Signaleinrichtung für Förderwerke. Von Richard Schütz in Berge-Borbeck und Johann Glasmachers in Essen a. Ruhr. Vom 1. Januar 1901.

Bei der Signaleinrichtung ist an jeder Schachtthür in der Signalleitung ein Ausschalter angebracht. Dieser Ausschalter wird von der Thüre in der Weise beeinflusst, das der Stromkreis nur dann geschlossen ist, wenn sämtliche Schachtthüren geschlossen sind. Infolge dessen kann der Anschläger kein Signal geben, so lange noch eine Schachtthüre offen steht.

Kl. 5 d. Nr. 123 010. Schachtverschluss. Von Friedrich Günther in Recklinghausen. Vom 2. Oktober 1900.

Der Schachtverschluss wird von einem zwischen den Anschlaghölzern drehbar gelagerten Bügel b und von einer Querstange d gebildet. Die Letztere kann sich auf dem Bügel, den sie mit Oesen umfaßt, frei bewegen. Wird der



Bügel in den Schacht vorgeschoben, so hebt der aufsteigende Förderkorb die Querstange mittelst eines Anschlages f, und der Schacht wird geöffnet. Beim Heben oder Senken des Förderkorbes kehren Bügel und Querstange in ihre Ruhelage zurück, d. h. der Schacht verschließt sich selbstthätig.

Kl. 5 d. Nr. 123 574. Verstellbare Lagerung der Gegenscheiben bei Antriebsmaschinen für Seil- oder Ketten-Förderung. Von Jaroslav-Karlik in Gottesberg, Schlesien. Vom 12. Juli 1900.

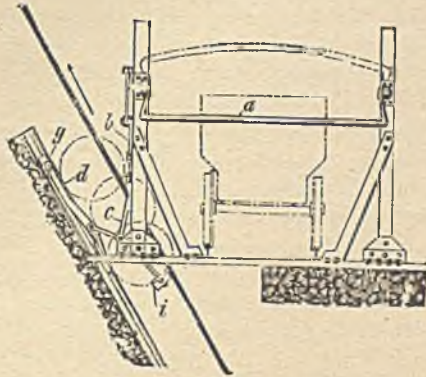
Die verstellbare Lagerung der Gegenscheiben bei Antriebsmaschinen für Seilförderung wird dadurch erreicht, das die Achse der Gegenscheiben in verschiebbaren Gleitlagern ruht.

Durch Zugstangen steht die Achse der Gegenscheiben mit Gewichtshebeln in Verbindung. Werden die Seile übermäßig angespannt, so wird durch die Zugstangen und die Hebel ein Gewicht gehoben, und ein dauerndes Strecken der Seile wird vermieden.

Kl. 5 d. Nr. 123 867. Selbstthätiger Sicherheits-Verschluss für Bremsberge, bei welchem durch

den Druck eines Rades des Bremsbocks auf eine gebogene Hebelschiene eine Auslösung des Verschlusses erfolgt. Von Wilh. Möllenkamp in Dortmund. Vom 17. Juni 1900.

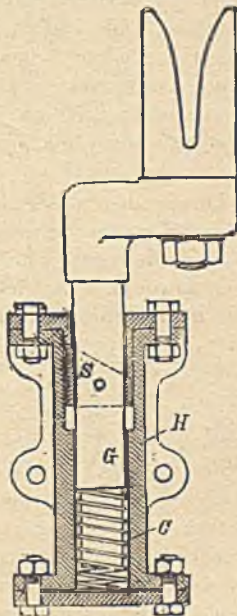
Bei dem Bremsbergverschluss wird durch den Bremsbock die Hebelschiene d niedergedrückt. Hierdurch wird der Sperrhaken c ausgelöst, der Verschlussbügel a fällt infolge seines Eigengewichtes nieder und verschließt den Schacht.



Der Sperrhaken e legt sich infolge der Wirkung des Gewichtes i unter die Klaue des Schiebers b und verhindert so lange ein Heben des Bügels a, b's durch die Aufwärtsbewegung des Bremsbocks die Schiene d wieder niedergedrückt wird und der Sperrhaken e den Schieber b freigibt.

Kl. 20 a. Nr. 122 817. Mitnehmer für maschinelle Streckenförderungen. Von Ernst Heckel in St. Johann a. d. Saar. Vom 4. November 1900.

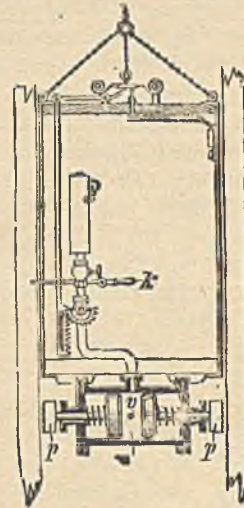
Der Gabelhalter wird zur wirksameren Schmierung und zum Schutz gegen Verschmutzung von einem Gehäuse H



umschlossen, welches den keilförmigen Stelling S, und die Schraubenfeder C zur Zurückführung der Mitnehmergabel G aufnimmt.

Kl. 35 a. Nr. 123 732. Fangvorrichtung für Förderschalen u. dgl. mittelst durch Luft- oder Gasdruck gegen die Führungsbäume geprefster Bremsbacken. Von Theodor Eichhorn in Königshütte, O.-S. Vom 6. Juli 1900.

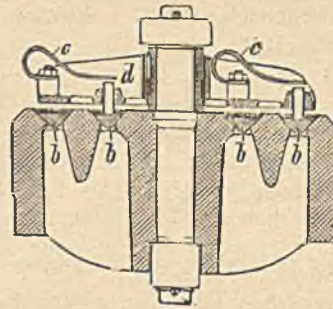
Bei dieser Fangvorrichtung werden die Bremsbacken p durch Gas- oder Luftdruck im Cylinder m gegen die Führungsbäume geprefst. Im Innern der Förderschale ist ein mit dem Einlaßventil für das Gas in Verbindung



stehender Handhebel k und ferner ein von der Schale aus zu erreichendes Auslaßorgan bei v vorgesehen, um bei Seilbruch ein Niederfahren mit der Schale zu ermöglichen.

Kl. 59 a. Nr. 123 804. Ventil für Pumpen, Compressoren u. dgl. mit losen, an einem in bestimmten Grenzen beweglichen Führungsteller angebrachten Ventilkegeln. Von Haniel & Lueg, Düsseldorf-Grafenberg. Vom 20. März 1900.

An einem in bestimmten Hubgrenzen beweglichen Führungsteller d sind mehrere kleinere Ventilkegel b b' angebracht, die sowohl durch Federn c c', die an dem



beweglichen Führungsteller d angebracht sind, als auch durch den Führungsteller d selbst beeinflusst werden. Beim Öffnen des Ventils werden zuerst die Ventilkegel b b' allein oder gegen schwachen Federdruck gehoben, bis nach entsprechender Anspannung der Federn c c' die Mitnahme des Führungstellers d unter gleichbleibender Belastung der Dichtungskegel erfolgt, so weit, bis die Hubgrenze des Führungstellers erreicht wird, worauf eine vermehrte, stetig steigende Belastung der Ventilkegel durch weitere Anspannung der Federn c c' eintritt.

Submissionen.

5. März d. Js. Polizei-Präsidium Königsberg i. Pr. Lieferung der in der Zeit vom 1. April cr. bis dahin 1903 erforderlichen Steinkohlen.

5. März d. Js., mittags 12 Uhr. Kgl. Direktion der Rentenbank Stettin. Lieferung von Briketts und

Steinkohlen zum Heizen von etwa 14 Oefen und Küche für das Jahr vom 1. April cr. bis dahin 1903.

5. März d. Js., vorm. 10 Uhr. Obersekretär des Landgerichts Königsberg i. Pr. Lieferung von schlesischen Steinkohlen zur Heizung der Oefen des Land- und Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft und der Gefängnisse für die Zeit vom 1. April bis Ende März k. Js.

6. März d. Js., mittags 12 Uhr. Kreisausschufs des Kreises Teltow, Berlin. Lieferung von Maschinenkohlen für die Kreiskrankenhäuser in Britz und Groß-Lichterfelde während der Zeit vom 1. April cr. bis dahin 1903, und zwar für Britz etwa 25000 Ctr., für Groß-Lichterfelde etwa 27000 Ctr.

7. März d. Js. Präfektur in Rouen, Frankreich. Lieferung von 2500 t Steinkohlen für den Dampferdienst im Hafen von Havre.

7. März d. Js., vorm. 11 Uhr. Direktion der städtischen Kanalisation und Wasserwerke Hannover. Lieferung von 2800 t Kesselfeuerkohlen für die Zeit vom 1. April cr. bis 31. März 1903.

12. März d. Js. Ministerium für Waterstaat in Haag. Lieferung von Steinkohlen für Dampfkessel-Feuerung.

14. März d. Js. Verwaltungskommission des Etablissements „Meerenberg“ in Bloemendael, Niederlande. Lieferung von 2700 t Steinkohlen und 480 t Koks

15. März d. J., mittags 12 Uhr. Verwaltung der Artillerie-Werkstätten in Sevilla, Spanien. Lieferung von 4500 Meter-Centnern Steinkohlen.

15. März d. Js., vorm. 10 Uhr. Intendantur 14. Armeekorps in Karlsruhe i. B. Lieferung von ungefähr 10 t Ruhr-Stückkohlen, 32 t Anthracitkohlen, 430 t Ruhr-Nufskohlen und 610 t Steinkohlenbriketts für das Rechnungsjahr 1902.

15. März d. Js., vorm. 11 Uhr. Strafgefängnis Plötzensee. Lieferung von a) für das Strafgefängnis Plötzensee 1200 t Kesselkohlen, 700 t Heizkohlen, 100 cbm kief. Klobenholz, 1801 t Gaskohlen; b) für das Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit 12 a 400 t Kesselkohlen, 650 t Heizkohlen, 175 t Braunkohlen, 200 cbm kief. Klobenholz; c) für das Strafgefängnis Tegel 1200 t Koks, 430 t Steinkohlen O.-Schl., 330 t Braunkohlen, 15 t Godesberger Schmiedekohlen; d) für das Stadtvogtei-gefängnis An der Stadtbahn 15 1000 t Steinkohlen O.-Schl.; e) für das Frauengefängnis Barnimstraße 10 300 t Braunkohlen für die Zeit vom 1. Juni 1902 bis 31. Mai 1903

25. März d. Js., nachm. 2 1/2 Uhr. Mairie in Sevran, Frankreich. Lieferung von 2100 t Steinkohlen für Dampfkesselfeuerung.

5. Mai d. J., nachm. 2 Uhr. Hôtel de ville in Bourges, Frankreich. Lieferung von 1500 t Steinkohlen in 3 Losen à 500 t, 3000 t Steinkohlen-Briketts in 6 Losen à 500 t, 1000 t Koks für Gießereizwecke in 2 Losen à 500 t, 200 t Anthracit in 1 Los, 80 t Schmiedekohlen in 1 Los, für die Pyrotechnische Central-Militärschule in Bourges.

Direktion der Charlottenburger Wasserwerke. Lieferung von ca. 7250 t Förderkohlen für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1902.

Bücherschau.

Die Bewetterung der Bergwerke. Von Robert Wabner, Bergingenieur, vorm. Lehrer an der Bergschule zu Tarnowitz O.-S. Mit einem Atlas von 30 Tafeln. Leipzig, Verlag von Arthur Felix 1901.

Der Verfasser hat beabsichtigt, die Versorgung der Bergwerke mit frischer Luft im Zusammenhange zu behandeln. Bei dem maßgebenden Einfluß, den dieser Teil der Bergbaukunde für den ganzen Grubenbetrieb besitzt und bei dem Mangel einer geeigneten Bearbeitung, die auch die modernen Fortschritte in der Bewetterung der Bergwerke berücksichtigt, dürfte die Lösung dieser Aufgabe einem fühlbaren Bedürfnis abhelfen. Sie ist dem Verfasser im allgemeinen in befriedigender Weise gelungen.

In dem ersten Abschnitt sind die Ursachen der Wetterverderbnis in den Gruben und die Abwendung der durch diese Verderbnis entstehenden Gefahren in eingehender und zugleich anregender Weise auseinandergesetzt. Besonderes Interesse verdienen darin die neuen Untersuchungen des Professors Haldane in Oxford über die Wirkung der einzelnen, in der Grube vorkommenden Gase auf den Menschen. Ueberraschend wirkt aber die Ansicht des Verfassers, daß die in Schlagwettern arbeitenden Bergleute eigentlich Nase und Mund durch Respiratorien aus feinem Metalldraht, ähnlich den Drahtkörben der Sicherheitslampen zu bedecken hätten, damit sich im Falle einer Explosion die Entzündung nicht bis in die Luftwege und die Lunge fortsetzen könne. Statt diesen Maulkorb zu empfehlen, hätte er doch gleich noch einen Schritt weiter gehen und für den ganzen Kopf eine aus Draht gefertigte Panzerhaube, für die Hände entsprechende Handschuhe in Vorschlag bringen können.

Der zweite Abschnitt behandelt die Bestimmung des Wetterstromes, welcher die Wetterverderbnis in der Grube zu beheben im stande ist. Er enthält die Beschreibung der in der Wetterführung gebräuchlichen Meßinstrumente, insbesondere der Depressionsmesser und Anemometer und giebt wichtige und einfache Fingerzeige über deren richtige Anwendung, die leider noch nicht allgemein auf den Gruben bekannt sind.

Sodann folgt in kurzer aber verständlicher Weise eine theoretische Erörterung über die Bestimmung der Widerstände, welche sich der Bewegung der Wetter in der Grube entgegenstellen sowie eine Entwicklung der Widerstandsgesetze und der dafür gebräuchlichen Formeln.

Die nun folgende Beschreibung der Mittel zur Herstellung des Wetterzuges in einer Grube nimmt den größten Teil des Buches ein. Darin ist gleich im Anfang die theoretische Entwicklung über die Entstehung des natürlichen Wetterzuges von Interesse. Nicht richtig ist es aber, die Dampfleitungen in den Schächten als eine billige Einrichtung zur Beförderung des Wetterwechsels der Gruben zu bezeichnen, weil bei der Verwendung des Dampfes zu Heizzwecken nur ein kleiner Teil der zur Erzeugung des Dampfes aufgewandten Energie nutzbar gemacht wird. Die Mitteilungen über Wetteröfen nehmen einen größeren Raum ein, als der Bedeutung der Sache entspricht, namentlich sind die theoretischen Berechnungen über die Leistungen dieser Apparate von geringem Werte, weil sie mit den praktischen Resultaten doch nie übereinstimmen. Unter den eigentlichen Wettermaschinen sind neben zahlreichen veralteten Rädern, die nur noch geschichtliches Interesse besitzen, auch sämtliche modernen Ventilatoren eingehen

beschrieben und in zahlreichen Abbildungen dargestellt. Die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Systeme ist im allgemeinen einleuchtend, doch dürften einzelne Angaben auf starken Widerspruch stoßen, so z. B. die, daß das Mortierrad alle andern Schleuderräder an Wirkung übertrifft und die andern Räder immer mehr verdrängt, zumal diese Ansicht nicht durch genügende Versuche bewiesen wird.

Der fünfte Abschnitt endlich beschäftigt sich mit der Art und Weise, wie der erzeugte Wetterstrom so vorteilhaft als möglich ausgenutzt und in der Grube verteilt werden kann. Er giebt indessen nur einen Ueberblick über die verschiedenen Methoden der Wetterführung und die dabei benutzten Hilfsmittel, ohne diesen recht wichtigen Teil der Wetterversorgung erschöpfend zu behandeln.

Besondere Erwähnung verdient der dem Buche beigefügte handliche Atlas, der auf 30 Tafeln mehr als 200 Abbildungen enthält, die sich durch Anschaulichkeit auszeichnen und zum Verständnis der erörterten Fragen wesentlich beitragen. St.

Jahrbuch für den oberschlesischen Industriebezirk.

II. Jahrgang mit 2 Kartenbeilagen, bearbeitet von R. Kornaczewski, Kattowitz 1902. Verlag von Gebrüder Böhm.

Das 250 Seiten starke Buch enthält in seinem ersten Teil eine Uebersicht über sämtliche großgewerblichen Betriebsanlagen des oberschlesischen Industriebezirks, wie: Bergwerke, Hütten, Kokereien, Maschinenfabriken, Sprengstofffabriken u. s. w. und zwar geordnet einmal nach Besitzern und zweitens nach Gewerbezweigen. Bei den Gruben sind die Namen der Betriebsleiter, die Schüchte und Wäuschen angeführt und Angaben über Produktion, Arbeiterzahl und Maschinen gemacht. Ähnliche Daten sind auch bei den Hütten und Fabriken zu finden, bei letzteren sind außerdem etwaige Spezialitäten erwähnt. Die statistischen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1900, reichen aber auch z. T. in das Jahr 1901 hinein. Die Personalien sind im Sommer 1901 aufgenommen, die bis Mitte Dezember eingetretenen Veränderungen sind in einem Nachtrag aufgeführt.

Der zweite Teil des Jahrbuches bringt die Organisation der Behörden sowie eine Uebersicht über die kommunalen Verhältnisse der Stadt- und Landkreise des Industriebezirks.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Vereinen, der Knappschaft, den Berufsgenossenschaften und Hilfskassen, der parlamentarischen Vertretung des Industriebezirks. Es folgen Notizen über das Verkehrswesen und die Arbeitsgebiete einiger oberschlesischer Elektrizitätsgesellschaften.

Als Anhang ist die Allgemeine Bergpolizei-Verordnung für den Bezirk des Oberbergamts Breslau vom 18. Januar 1900 beigegeben.

Eine Uebersichts- und Verkehrskarte der Kreise Pleß und Rybnick sowie eine Uebersichtskarte der Kreise Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Zabrze, Tarnowitz und Tost-Gleiwitz vervollständigen das Jahrbuch, welches Interessenten empfohlen werden kann. Gr.

Zeitschriftenschau.

(Wegen der Titel-Abkürzungen vergl. Nr. 1.)

Mineralogie. Geologie.

Die Thermalquellen und das Grundwasser. Von Koenig. B. H. Ztg. 21. Febr. S. 93/6.

The iron making resources of Australia. (Forts.) 1 Abb. Ir. Coal Tr. R. 21. Febr. S. 449/50. Beschreibung der Erze am Blythe river.

Bergbautechnik (einschl. Aufbereitung etc.).

Mechanical engineering as applied to coal mines. Von Wilkins. Min. & Miner. Febr. S. 292/5. Praktische Winke für die Einrichtung der Tages- und Maschinenanlagen einer Grube.

Overwinding device for hoisting engines. Min. & Miner. Febr. S. 295. Sicherheitsapparat gegen das Uebertreiben des Förderkorbes. Durch Hebelapparat wird eine Dampfbremse bethätigt. 2 Abb.

The Wankie coalfield, Rhodesia. Coll. G. 21. Febr. S. 390/2. Ueber die Aussichten der südlich vom Zambesi gelegenen Wankiegrube.

The Hibernia mining company of Herne, Westphalia. Eng. Min. J. 8. Febr. S. 212. 2 Abb.

The mining in New South Wales. Von Plummer. Eng. Min. J. 8. Febr. S. 212.

Maschinen-, Dampfkesselwesen, Elektrotechnik.

Die Preßlufsterzeugung. Von Heinel. Zschft. f. komprimierte und flüssige Gase. Jan. S. 158/63.

Note sur le régime des moteurs à explosion (moteurs à quatre temps). Von Moreau. Ann. Fr. 9. Heft. S. 203/69. Theoretische Entwicklungen über die Viertaktmotoren. Auf Grund derselben wird empfohlen, starke Kompression des Gases, kurze Cylinder und gleichmäßige Mischung des Gases mit der Luft.

Gas and gasoline engine ignition. Von Stritmatter. Am. Man. 13. Febr. Ueber die Wartung der Gasmotoren. (Forts. folgt.)

A mechanical scale remover for boilers. Eng. Min. J. 15. Febr. S. 250. 1 Abb.

The Dürr water-tube boiler. Von Thompson. 2 Abb. Ir. Coal Tr. R. 21. Febr. S. 446/7.

Die Dampferzeugung. Von Haage. Dampfk. Ueb. Z. 19. Febr. S. 115/17. Feststellung der Erzeugungskosten des Dampfes. a. Der relative Wert des Brennmaterials, b. Die Ausnutzung der Kohle in der Kesselanlage.

Ueber den Wert der Rostverhütungsmittel. Dampfk. Ueb. Z. 19. Februar. S. 118/120. Beurteilung verschiedener Rostschutzmittel.

Hüttenwesen, Chemische Technologie, Chemie, Physik.

Die Hauptkosten des Herdfrischens nach Jacobsson. Oest. Z. 22. Febr. S. 105/6. Den wesentlichsten Einfluß auf die Kosten übt der Siliciumgehalt des Roheisens aus. Sodann kommt der Preis der Holzkohle und endlich die Höhe der Arbeitslöhne und sonstigen Unkosten in Betracht.

Briquetting Mesaba ore. Am. Man. 13. Februar. S. 180/2. In einem Hochofen mit einer Tagesleistung von 600 t wird der tägliche Verlust an staubförmigem Mesaba-Eisenerz auf 40—50 tons geschätzt. Die Erze werden deshalb brikettiert.

Unmittelbare Eisenerzeugung. Von Otto. Chem. Ztg. 26. Febr. S. 181/2.

Lead smelting. Von Brinsmade. Verschiedene Methoden der Bleigewinnung in Missouri, Vorteile und Nachteile derselben. Der schlesische Flammofenprozess wird für den vorteilhaftesten gehalten.

The Charlier rolling oil melting blast furnace. Ir. Age. 13. Febr. S. 17. 2 Abb.

Ancient copper smelting in Mexico. Von Pritchett. Eng. Min. J. 15. Febr. S. 246. Primitive, mehrere

Jahrhundert alte Schmelzeinrichtungen, welche jetzt noch in entlegenen Teilen Mexikos benutzt werden.

Heizwert und Verdampfungsfähigkeit der Kohle. Von Dosch. Dingl. P. J. 22. Febr. S. 117/21. 7 Tabellen. (Schluß folgt.)

Ueber den Heizwert des Torfs nach Andersson & Dillner. Oest. Z. 22. Febr. S. 102/4. Beschreibung verschiedener schwedischer Torfarten, die nach ihrer Bildung als Weißmoortorf, Riedgrastorf und Schlammortorf unterschieden werden und Angabe von Versuchen mit denselben.

Ueber die Messung hoher Temperaturen. Von Wanner. Oest. Z. 22. Febr. S. 99/101. Mittels Photometers wird die Lichtintensität des in hoher Temperatur befindlichen Körpers gemessen und daraus nach einer von Plank aufgestellten Formel die Temperatur berechnet. Die theoretisch abgeleitete Formel ist durch zahlreiche Experimente bestätigt worden. Messungen bis zu 3700° ausgeführt.

Zur mechanischen Theorie der Explosivstoffe. Von Pietet. Ztschft. f. komprimierte und flüssige Gase. Januar. S. 153/7.

American methods of by-product coke making. Am. Man. 6. Febr. S. 154/5.

Schlackencement in den Vereinigten Staaten von Amerika. Oest. Z. 22. Febr. S. 104/5. Die Produktion betrug 493 150 Fafs à 400 Pfund im Jahre 1900. Angabe von Analysen und Versuchen über Druck- und Zugfestigkeit.

Volkswirtschaft und Statistik.

Der Bergwerks-, Salinen- und Hüttenbetrieb im preussischen Staate während des Jahres 1900. Z. f. B. H. S. 49. Band, 2. statistische Lief.

Statistik der Knappschaftsvereine des preussischen Staates im Jahre 1900. Z. f. B. H. S. 49. Band, 3. statistische Lief.

Fluctuations in the prices of metals since 1890. Ir. Age. 13. Febr. S. 14. 1 graphische Darstellung.

Labor in America from the standpoint of an english Unionist. Ir. Age. 13. Febr. S. 18/20.

The coal resources of India and their development. Von Dunstan. Coll. G. 21. Febr. S. 409/10. (Forts. folgt.)

The mining district of Guanajuato, Mexico. Eng. Min. J. 8. Febr. S. 206/9. Entwicklung der geschichtlichen Verhältnisse, Statistische Zahlen über Gold- und Silberausbeute, Dividenden der einzelnen Gesellschaften, Ausfuhr etc.

Present mining conditions in the Transvaal. Eng. Min. J. 8. Febr. S. 210/1.

Pig iron production in 1901. Eng. Min. J. 8. Febr. S. 211. Die Gasamtroheisenproduktion der Ver. Staaten betrug im Jahre 1901 rund 15 880 000 tons gegen rund 13 790 000 in 1900. Es entfielen auf Pennsylvania 46,2, auf Ohio 20,9, auf Illinois 10,1 und auf Alabama 7,7 pCt.

Comparisons of value in minerals. Am. Man. 6. Febr. S. 146. Betrachtungen über den Wert der verschiedenen Metalle.

South American Copper. Engg. 21. Febr. S. 255/6.

Verkehrswesen.

Verein für Eisenbahnkunde zu Berlin. Versammlung am 10. Dezember 1901. Gl. Ann. 15. Febr. S. 65/73. 5 Abb. Geschäftsbericht. Vortrag von Petri:

Die Schwebebahn Barmen-Elberfeld-Vohwinkel. Geschichte und Einrichtung der Schwebebahn, Verkehrs-Entwicklung, Stadtbahnen, Schwebebahnen über vorhandenen Bahnen, Bergbahn-Loschwitz, Schnellbahnen. Diskussion.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn in Berlin. Von Langbein. Z. D. Ing. 22. Febr. (Forts.) von S. 245. S. 261/272. 1 Taf. 6 Textbl. 12 Textfig. Die Maschinenanlagen. Die architektonische Ausbildung. (Schluß folgt.)

Verschiedenes.

Reisebericht über eine Studienreise durch die wichtigsten Erzgebiete Skandinaviens. Von Glinz. B. H. Ztg. 7. Febr. (Schluß.) Röhrenfabrik, Festigkeitsprüfungsmethode für Stahl, Thulandersche Beschickvorrichtung für Hochöfen, Kleinbessemerie, Dunderlandsthal in Ranen, Aufbereitungsversuche für Magneteisenerz und Eisenglanz, Sala (Bleihütte, Bartletts Concentrator), Kongsberg (Silberhütte).

Die Kohlenversorgung der Goldminen am Witwatersrand. Oest.-Ung. M.-Ztg. 15. Febr. Transvaal hat Ueberfluß an billiger Kohle. Im südlichen Transvaal liegen die Flötze sehr flach. Dieselben sind bis zu 20 Fufs mächtig und gut abbaufähig. Keine Stelle der Goldfelder am Witwatersrand ist weiter als 20 engl. Meilen von einem Kohlenlager entfernt. In unmittelbarer Nähe des Randgebietes sind die Kohlen allerdings minderwertig und führen bis zu 20 pCt. Asche.

Smoke abatement in St. Louis. Ir. Age. 13. Febr. S. 8/12. Ueber die verschiedenen Mittel zur Rauchverhütung.

Mining methods in the New-York subway. Von Newland. Eng. Min. J. 1. Febr. S. 174/7. Interessante Arbeiten bergmännischen Charakters in der Untergrundbahn New-Yorks.

Note sur l'industrie minérale dans la région de Glasgow. Von Verney. Bull. St. Ét. I. Lfg. 1902. S. 241/77. Statistische Angaben. Berg- und hüttenmännische Betriebe.

Quelques notes sur l'explosion et le congrès international des ingénieurs à Glasgow in 1901. Ann. Belg. S. 83/120. (Forts.)

Death from carbon monoxide. Coll. G. 11. Febr. S. 340. Beobachtungen bei einer Kohlenoxydvergiftung in der Swanwick-Grube.

Personalien.

Bei dem Berggewerbegericht zu Aachen ist der Bergrat Ziervogel daselbst unter Belassung in dem Amt als Vorsitzender der Kammer Aachen entgültig zum Gerichtsvorsitzenden ernannt worden.

Der Bergassessor Lwowski, Hülfсарbeiter beim Oberbergamt zu Bonn, ist mit der vorläufigen Verwaltung des Bergreviers Wetzlar beauftragt worden. Der Bergassessor Hiby, Hülfсарarbeiter bei der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken ist vom 1. 3. 1902 bis 1. 6. 1903 nach Amerika, Australien, Japan und China beurlaubt und der Bergassessor Müller, bisher Hülfсарarbeiter beim Bergrevier Coblenz, der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken überwiesen worden.

Zu dieser Nummer gehört die Beilage: Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung im Abgeordnetenhaus (1. Teil) nach dem amtlichen stenographischen Berichte.

Beratung

des

Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung im Preussischen Abgeordnetenhaus.

(Nach dem amtlichen stenographischen Berichte.)

23. Sitzung am 8. Februar 1902.

Präsident von Kröcher: Wir gehen jetzt über zum Etat der

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Meine Herren, der Herr Direktor der Geologischen Landesanstalt, unser Kollege Herr Schmeißer, hat dem Hause von seiten der Geologischen Landesanstalt eine Anzahl Karten überweisen lassen, die im Foyer aufgehängt sind, und die die Herren wohl schon gesehen haben. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich der Geologischen Landesanstalt und ihrem Direktor den Dank des Hauses für diese Geschenke ausspreche.

Zu dem Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung gehören die

Nachrichten von dem Betriebe der unter der Preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1900 — Drucksache Nr. 8,

ferner der Antrag der Budgetkommission, Drucksache Nr. 49, nebst einer Denkschrift auf Drucksache zu Nr. 49.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Stengel.

Ich eröffne die Besprechung über die Einnahme Kap. 9 Tit. 1. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Stengel, Berichterstatter: Meine Herren, dieser Etat schließt ab mit einem Minderüberschuß gegen das Vorjahr von ca. 3 600 000 *M.* Dieser Minderüberschuß setzt sich zusammen aus Mindereinnahmen von 1 700 000 *M.* und Mehrausgaben inklusive der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben von 1 900 000 *M.* Was nun den Tit. 1 anbelangt, so konnte er etwas höher angesetzt werden wegen etwas höherer Förderung auf den Saarwerken. Natürlich bildet bei diesem Etat die Haupteinnahme der Ertrag der fiskalischen Steinkohlengruben. In der That liefern die fiskalischen Steinkohlengruben mehr als $\frac{5}{6}$ des gesamten Ueberschusses, den die staatlichen Bergwerke ergeben. Die Preise, welche für die Steinkohlen festgesetzt sind, sind genau dieselben wie im vorigen Jahre, nämlich 7,50 bis 8 *M.* per Tonne in Oberschlesien und 10,50 *M.* per Tonne für das Saarrevier. Nun hat bei der Ueberreichung des Etats der Herr Finanzminister uns dargelegt, daß die Rechnung des

vorigen Jahres voraussichtlich mit einem Mehrüberschuß von etwa 6 Millionen Mark für diesen Etat abschließen würde, und es könnte ja bei dem Einen oder dem Anderen die Meinung entstehen, daß die Ansätze des Etats zu niedrig wären und auch in diesem Jahre ein erheblicher Mehrüberschuß zu erwarten sei. Eine solche Meinung würde aber doch auf Täuschung beruhen. Die Verhältnisse liegen in diesem Jahre wesentlich anders. Im vorigen Jahre hatten wir mit der Kohlennot zu thun, und diese Kohlennot hat ja auch in den Diskussionen dieses Hauses eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt. In diesem Jahre ist selbstverständlich von Kohlennot nicht mehr die Rede. Im Gegenteil hat die Förderung im letzten halben Jahre erheblich abgenommen. In der That beträgt die gesamte Kohlenförderung im preussischen Staate im Jahre 1901 ungefähr 1 500 000 Tonnen weniger als im Jahre 1900. Und da diese Verminderung der Förderung hauptsächlich in den letzten Monaten stattgefunden hat, so ist das doch ein Zeichen, daß wir für das Jahr 1902 wahrscheinlich nicht mit einem größeren Ertrage zu rechnen haben, als der Etat dies vorgesehen hat. Im Ruhrgebiet allein hat ja die Minderförderung im Dezember volle 8% betragen. Bei den Hütten ist ein Minderertrag von 1 847 940 *M.* vorgesehen infolge des bedeutenden Rückganges der Metallpreise, namentlich der Bleipreise. Ich möchte noch erwähnen, daß auf eine Anfrage, die in der Kommission an die Vertreter der Staatsregierung gestellt war, nur vertrauliche Mitteilungen gemacht worden sind über das Gesetz, das den Ankauf von bedeutenden Kohlenfeldern im Ruhrbezirk vorsieht. Da aber diese Mitteilungen vertraulicher Art waren, so bin ich selbstverständlich nicht in der Lage, etwas darüber zu berichten. Ich möchte auch empfehlen, diese Angelegenheit jetzt lieber ganz aus der Diskussion zu lassen, weil die Einbringung des Gesetzes wohl in der allernächsten Zeit bevorsteht und dann die Diskussion über diese Angelegenheit mit mehr Vorteil und Ausführlichkeit geführt werden kann.

Präsident von Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Kittler.

Kittler (Thorn), Abgeordneter: Meine Herren, das allgemeine Berggesetz vom Jahre 1865 findet in West-

preußen mit Ausnahme von Salz- und Soolquellen keine Anwendung. Es ist nun schon seit längerer Zeit der Wunsch vorhanden, daß auch in Westpreußen das Berggesetz eingeführt wird, und besonders haben die Handelskammer von Thorn und die Centralstelle für Förderung industrieller Unternehmungen im Osten Anträge in dieser Richtung gestellt. Der Grund hierfür liegt darin, daß in einer Anzahl von Kreisen in verschiedenen Gegenden von Westpreußen Braunkohle gefunden worden ist, und daß die Hoffnung besteht, daß auch wirklich abbaufähige Kohlenfelder gefunden werden. Die Untersuchungen und Bohrungen sind aber ziemlich kostspielig, und es ist nicht zu erwarten, daß sich Unternehmer finden werden, solche Bohrungen anzustellen, wenn sie nicht eine gewisse Sicherheit haben, daß, wenn sie das Glück haben, Kohle zu finden, sie sie auch wirklich ausbeuten können. Das ist jetzt nur möglich durch eine Verständigung mit den Grundeigentümern. Eine solche Verständigung aber ist kaum möglich, weil die Erfahrung fehlt, welche Entschädigung etwa angemessen ist.

Ich habe hier einen Brief von einem Gutsbesitzer aus Westpreußen, der auf seinem eigenen Grund und Boden bohren ließ und bei etwas über 23 m ein Kohlenflöz anbohrte. Er hat das Bohrloch bis auf etwas über 29 m abgeteuft, also über 5 m Braunkohle durchbohrt, ohne das Ende des Flötzes zu erreichen. Er ließ nun an verschiedenen anderen Stellen bohren, um festzustellen, wie weit das Kohlenlager sich erstreckte. Gleichzeitig stellte er beim Königlichen Oberbergamt in Breslau den Antrag, ihm das Eigentum für Braunkohlen für ein größeres Grubenfeld zu verleihen. Dieser Antrag mußte abgelehnt werden, weil in Westpreußen das Berggesetz nicht gilt. Der Gutsbesitzer stellte sofort alle weiteren Bohrversuche ein, weil er die Kastanien für andere Leute nicht aus dem Feuer holen wollte. Ähnliche Fälle mögen auch anderswo vorgekommen sein.

Es liegt auf der Hand, daß es zur wirtschaftlichen Hebung des Ostens erheblich beitragen würde, wenn in Westpreußen Braunkohlen in größerer Menge gefunden würden. Man braucht dabei gar nicht an die Industrie zu denken; sondern für jeden Bewohner Westpreußens wäre das ein großer Vorteil. Holz ist knapp und zu teuer, um allgemein als Brenn- und Heizmaterial verwendet zu werden; die Kohlen müssen aus weiter Ferne herangeschafft werden, und das verteuert sie natürlich.

Ich erlaube mir deshalb, die Bitte an den Herrn Minister zu richten, die Angelegenheit wohlwollend zu prüfen und uns, wenn möglich, schon in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, daß das Berggesetz auch auf Westpreußen ausgedehnt wird, wenn auch mit der Bestimmung, daß eine Entschädigung für den Grundeigentümer von vornherein vorgesehen wird, wie das in dem Berggesetz des Herzogtums Anhalt der Fall ist, wo 6% des Wertes der Kohlenförderung dem Eigentümer als Entschädigung zufließen. Ich bin überzeugt, daß, wenn das Gesetz diese Ausdehnung findet, dem Unternehmungsgeist ein lebhafter Ansporn gegeben und daß es auch gelingen wird, Kohlenfelder in Westpreußen zu finden. Ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß ein solcher Gesetzentwurf auch in diesem Hause volle Zustimmung findet.

Präsident von Kröcher: Der Herr Oberberghauptmann hat das Wort.

v. Velsen, Oberberghauptmann, Regierungskommissar: Die Einführung des allgemeinen Berggesetzes in Westpreußen für Braunkohle halte ich nicht für unbedenklich. Die Herren wollen erwägen, daß gesetzlich in Westpreußen die Braunkohle den Grundeigentümern gehört, und daß es doch wohl nicht gut angängig ist, dem Grundeigentümer, der zur Zeit der Berechtigte ist, das Eigentum zu entziehen, zweifellos nicht ohne Entschädigung. Sobald aber die Entschädigungsfrage aufgerollt wird, bin ich wieder sehr zweifelhaft, wieweit minderwertige Vorkommen dort Aussicht haben, mit Vorteil ausgebeutet zu werden. Daß auch, wenn der Bergbau vom Grundeigentümer getrieben wird, bezw. die Mineralien dem Grundeigentümer gehören, ein sehr umfangreicher Bergbau entstehen kann, sehen die Herren am besten im sogenannten Mandatsbezirk in der Lausitz, wo die Kohle auch dem Grundeigentümer gehört, genau wie in Westpreußen, wo aber gleichwohl ein außerordentlich blühender Kohlenbergbau sich entwickelt hat. Ich bin deshalb sehr zweifelhaft, wieweit die Bestrebungen des Herrn Vorredners Aussicht haben, namentlich bei den Interessenten Entgegenkommen zu finden, und ich bin ferner sehr zweifelhaft, ob das Hohe Haus, wenn eine derartige Vorlage gemacht würde, darauf eingehen würde, weil immer von vornherein die landwirtschaftlichen Interessenten darauf bestehen werden und meines Erachtens auch darauf bestehen müssen, eine volle Entschädigung zu verlangen. Wird aber volle Entschädigung gewährt, dann ist es nach dem bisher bekannten Umfange der Vorkommen sehr zweifelhaft, ob ein vorteilhafter Bergbau sich etablieren lassen wird. Daß wir unsererseits alles thun werden, um den dortigen Bergbau zu fördern, betrachte ich als selbstverständlich. Aber andererseits liegt die Sache so, daß, wie gesagt, die Kohle dem Grundeigentümer gehört und der in erster Reihe darüber verfügen kann.

Präsident von Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Reinicke (Mansfeld).

Reinicke (Mansfeld), Abgeordneter: Meine Herren, ich habe die Ehre, einen Wahlkreis zu vertreten, in dem eine hochentwickelte Industrie besteht, und zwar ist das neben einem nicht unbedeutenden Braunkohlenbergbau ganz besonders der Kupferbergbau und Hüttenbetrieb der Mansfeldischen Kupferschieferbergbauergewerkschaft. Wie ihnen bekannt, besteht dieser Bergbau bereits mehr als 700 Jahre und hat während dieses langen Zeitraums stets einer Masse Menschen eine lohnende Beschäftigung gegeben. Zur Zeit — schon seit mehr als 10 Jahren — werden circa 19 000 Arbeiter hierbei beschäftigt, und mit ihren Familien sind es mindestens 50 000. Hieran partizipieren noch ganz bedeutende Beamte. In der letzten Zeit — bereits vor 10 Jahren — hat der Mansfelder Bergbau durch die Wasserbrüche in den Schächten ganz kolossale Schwierigkeiten gehabt; danach stellten sich günstigere Aussichten, weil unter diesem Seeterrain ein vorzügliches Kupferlager sein sollte, worunter auch Kali stand. Der Kupferpreis stand zu dieser Zeit ganz leidlich hoch. Da kam nach dem verstorbenen Geheimrat Leuschner der Geheimrat Fuhrmann an die Spitze der Leitung und veranlaßte, weil es mit dem Bergbau gut ging, daß die Löhne gesteigert wurden. Das haben sich die Leute selbstverständlich, die bis dahin schon einen ganz leidlichen Verdienst hatten, ganz gut gefallen lassen. Aber wenn eine Lohnreduktion eintreten soll, dann ist das etwas anderes. Unsere Mansfelder Ge-

werkschaft hat stets für ihre Arbeiter ein warmes Herz gehabt; ich erinnere nur an die Knappschaft, die schon seit langen Jahren dort zum großen Segen bestanden hat. Ferner bekommen die Leute, wenn der Roggenpreis irgendwie über den Mittelpreis hinausgeht, den Roggen zu einem mäßigen Preise geliefert. In letzter Zeit hat sich das insofern geändert, als die Mansfelder Gewerkschaft große Bäckereien angelegt hat, in denen die Leute ihr Brot bekommen. Außerdem hat die Verwaltung veranlaßt, daß eine Masse Leute ansässig gemacht wurden, dadurch, daß sie in verschiedenen Ortschaften Ländereien erworben hat und den Leuten zu einem sehr mäßigen Preise Bauplätze überlassen; sie hat den Arbeitern Baukapital zu einem billigen Zinsfuß gegeben, überhaupt ein Geschenk, wenn sie bauten, von 200, 300 und 500 *M.* gegeben, und sie ist stets bemüht gewesen, nur das Beste ihrer Arbeiter im Auge zu haben.

Nun, meine Herren, ist hier noch ein wichtiger Punkt. Ich glaube, daß kaum in unserem deutschen Vaterlande eine Gegend sich befindet, die eine Anzahl so treuer Arbeiter beschäftigt, wie gerade unsere Mansfelder Gewerkschaft, unsere Mansfelder Lande. Es haben sich bereits 61 reichstreue Vereine gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unter allen Umständen die Sozialdemokratie fernzuhalten, und sich zur Pflicht machen, stets für Vaterland, König und Reich einzutreten. Es paßt sozusagen einer auf den andern auf, daß sich nicht mißliebige Elemente einschleichen können.

Nun arbeitet zur Zeit unsere Mansfelder Gewerkschaft durch den kolossalen Rückgang des Kupferpreises mit einer bedeutenden Unterbilanz. Der Kupferpreis ist augenblicklich so niedrig, wie kaum zuvor. Er beträgt 75 *M.* pro 100 kg gegen 85 *M.* im Jahre 1900, 88 *M.* im Jahre 1895, 140 *M.* im Jahre 1890, 143 *M.* im Jahre 1885, 154 *M.* im Jahre 1880. Meine Herren, das bedeutet einen Rückgang um die Hälfte, und da ist es wohl sehr leicht erklärlich, daß auf die Dauer da ein Arbeitgeber nicht existieren kann, und es kann nicht ausbleiben, daß selbstverständlich Lohnreduktionen eintreten müssen. Es haben bereits auch schon Versammlungen stattgefunden, um mit den Leuten in höchst ruhiger Form die Sache zu regeln. Es ist den Leuten erklärt worden, daß sie unter solchen Umständen nicht länger arbeiten können, und die Leute haben sich ohne weiteres bereit erklärt, sich eine Lohnreduktion gefallen zu lassen. Auf die Dauer kann das aber nicht so fortgehen.

Unsere Gewerkschaft hat auch zu der Zeit, wo sie die Wassereinbrüche hatte und die unteren und besten Lager erschaffen waren, keinen Arbeiter entlassen, sondern hat sich bemüht, diese Leute auf andere Weise zu beschäftigen, und ganz besonders darauf Rücksicht genommen, daß diese alten und angesessenen Leute durchaus nicht etwa brotlos werden sollen. Es ist dort nicht so wie bei den anderen Industrien; wenn es da einmal schlecht geht, setzen sie die Leute einfach auf die Straße. Das ist bei unserer Mansfelder Gewerkschaft nicht der Fall. Wenn das auf die Dauer so fortgehen sollte, was sollte aus der Arbeiterschaft werden? Die Leute haben sich dort durch große Sparsamkeit Häuser und kleine Ländereien erworben. Wir haben in dem anliegenden Sangerhäuser Kreis gesehen, wo der Kupferschieferbau zurückging, wie wertlos die Häuser wurden, und die Leute sind angewiesen, mit der Bahn nach Mansfeld zu fahren, dort die Woche zu arbeiten und

Sonnabends wieder zurückzukehren. Das ist aber immerhin mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Ich kann nun nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gerade in unserem Mansfelder Lande stets zwischen Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe große Einigkeit geherrscht hat. Das haben ja auch bereits die Wahlen bewiesen. Ich erinnere nur daran, daß bei den Reichstagswahlen circa 18000 Stimmen für den konservativen Abgeordneten abgegeben worden sind, wohingegen kaum 2000 für Sozialdemokraten stimmten, und diese rührten hauptsächlich aus den östlichen Teilen unseres Bezirks her, wo Braunkohlenbergbau und Steinbrüche betrieben werden.

Nun meine Herren, für die Dauer ist es unmöglich, daß die Mansfelder Gewerkschaft mit einem derartigen Verlust arbeiten kann, und es ist unbedingt nötig, daß sie hier einen Zollschutz erhält. Ich weiß ja nun ganz bestimmt, daß das nicht vor dieses Hohe Haus gehört, einen Zollschutz für derartige Sachen zu erwirken. Jedoch bereits im Jahre 1886 ist von dem Abgeordneten v. Rauchhaupt diese Frage auch schon angeschnitten worden, und von unserem hochverehrten eisernen Kanzler, dem Fürsten Bismarck, ist am 30. Dezember 1885 erklärt worden:

Ich vermag deshalb vom Standpunkte der Reichsgesetzgebung für die in der Eingabe vom 11. Mai ausgedrückten Wünsche noch nicht einzutreten, stelle aber anheim, mit dem Antrage auf Einführung eines Rohkupferzolles sich an die preussische Landesregierung zu wenden. Letztere wird zu erwägen haben, ob sie die Einführung eines solchen Zolles nach Prüfung der bei der Frage in Betracht kommenden konkreten Verhältnisse als ein Bedürfnis anerkennt, demgemäß einen bezüglichen Antrag beim Bundesrat zu stellen gewillt ist.

Da wir in diesem Hause nicht in der Lage sind, einen Antrag zu stellen, so möchte ich doch die Königliche Staatsregierung bitten, im Bundesrat auf Einführung eines Kupferzolles von der Höhe, die sich später ergeben wird, hinzuwirken. Ich erinnere nur daran, daß Amerika einen Eingangszoll auf Kupfer von 38 *M.* auf 100 kg hat, wogegen wir in Deutschland einen Kupferzoll überhaupt nicht haben; außerdem ist unser Kupfer auch viel wertvoller, weil es wegen seiner Dehnbarkeit und Geschmeidigkeit sich viel besser verwerten läßt als das mehr brüchige und spröde Kupfer vom Ausland.

Unser hochverehrter Herr Reichskanzler wie auch der Herr Landwirtschaftsminister haben bereits hier in diesem Hohen Hause erklärt, daß wir verpflichtet sind, unter allen Umständen hier für eine Heimatpolitik einzutreten, und deshalb habe ich, wie wir alle, das volle Vertrauen, daß diese Herren das thun werden. Ich möchte deshalb die Bitte auch an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe richten, sich dieser Ansicht anzuschließen. Denn das ist hier eine preussische Angelegenheit, und es kann hier bewiesen werden, daß auch Heimatpolitik getrieben wird. Ich bitte deshalb den Herrn Minister, sich dieser Angelegenheit wohlwollend gegenüberzustellen und bei Einbringung einer Petition auf Kupferzoll diese im Bundesrat geneigtest befürworten zu wollen.

Präsident von Krücher: Das Wort hat der Herr Minister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, nach Lage der Sache ist der Bundesrat und sind die

preussischen Stimmen im Bundesrat natürlich nicht in der Lage, die Zolltarifvorlage, die an den Reichstag gelangt ist, noch in diesem Stadium zu ändern. Anders wird die Sache liegen, wenn der Reichstag Beschlüsse nach der Richtung fassen sollte, wie der Herr Vorredner es gewünscht hat.

Ich darf aus der Rede des Herrn Vorredners hervorheben, daß diese Angelegenheit, so lange die Regelung der Zölle uns in Deutschland seit etwa 20 Jahren lebhafter beschäftigt hat, auch zu wiederholten Malen die Parlamente beschäftigt hat. Die Frage, ob man Rohfabrikate, die wieder in anderen Industrien gebraucht werden, mit Zöllen belasten darf, ist mit Ausnahme des Zolles auf Roheisen verneint worden. Es sind aber bei den Vorverhandlungen für den Zolltarif die Wünsche, die der Herr Vorredner für Kupfer geäußert hat, auch für Blei, Zink und andere Rohstoffe, wie Jod, Brom, Phosphor, verhandelt worden. Man hat sich aber in fast allen Fällen in den Vorinstanzen nicht von der früheren Auffassung frei machen können, daß die verarbeitenden Industrien erheblich mehr Hände beschäftigen als die den Rohstoff produzierenden Industrien, und daß deshalb die Interessen dieser die Rohstoffe verarbeitenden Industrien wichtiger seien als die der produzierenden.

Dazu kommt bei Kupfer speziell, daß es lange nicht in dem Maße im Inland erzeugt werden kann, in dem es gebraucht wird. Beim Kupfer hat sich die Konsumtion um deswillen in den letzten Jahren so ungeheuer gesteigert gehabt, weil die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie eine so immense war. Durch den Rückschlag, der auf diesem Gebiete erfolgt ist, ist jetzt leider periodisch ein erheblicher Rückgang in dem Konsum von Kupfer und damit auch ein erheblicher Preisfall eingetreten. Ich darf aber daran erinnern, daß in den vorangehenden Jahren die Erträge aus dem Kupfer sehr erheblich waren, und ich bitte die Herren in Mansfeld, nicht so schwarz in die Zukunft zu blicken. Ich habe die sichere Erwartung, daß eine neue Entwicklung der Elektrizitätsindustrie in nicht zu ferner Zeit eintreten und damit der Bedarf von Kupfer wieder steigen wird. Die Verhältnisse auf dem Kupfermarkt sind schwierig dadurch, daß die Hauptproduktionsstätten in den Vereinigten Staaten von Amerika ringartig geschlossen arbeiten, die Produktion nach ihrem Belieben regeln können und daher auch auf die Preisbildung einen Einfluß haben, gegen den selbst eine erhebliche Beeinflussung durch Eingangszölle bei uns in Fortfall kommen könnte. Ich darf daran erinnern, daß die Kupferpreise zu wiederholten Malen im Verhältnis von 1:2 gewechselt haben. Das sind Preisdifferenzen, die sich durch Zölle nicht ausgleichen lassen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Graf v. Kanitz.

Graf v. Kanitz, Abgeordneter: Ich kann mich im allgemeinen mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reinicke einverstanden erklären. Auch ich halte es nicht bloß vom wirtschaftlichen, sondern auch vom sozialen und politischen Gesichtspunkt aus für dringend wünschenswert, daß der einheimische Kupferbergbau erhalten und gefördert wird. Ich hoffe auch durch meine weiteren Ausführungen den Herrn Minister etwas günstiger für die Frage des Kupferzolls stimmen zu können. Es ist ja ganz richtig,

meine Herren, daß die Preise des Kupfers, wie wir soeben von dem Herrn Minister gehört haben, in den letzten Dezennien ganz außerordentlichen Schwankungen unterworfen gewesen sind. So haben wir beispielsweise in den Jahren 1880 einen Preis von 149 *M.* für den Doppelzentner gehabt. Derselbe fiel im Jahr 1894 auf 90 *M.*, stieg im Jahre 1899 auf den sehr hohen Betrag von 160 *M.* und steht jetzt wieder auf etwa 100 *M.* Dieser Preis von 100 *M.* für den Doppelzentner Rohkupfer ist ein entschieden unzulänglicher, namentlich wenn man die Armut der Kupfererze in Deutschland, insbesondere im Mansfelder Revier in Betracht zieht. Es werden dort Erze verarbeitet, die vielfach bloß 2 bis 3 pCt. Kupfer enthalten. Es ist ferner zuzugeben — und darin kann ich dem Herrn Minister nur beistimmen —, daß die gegenwärtige Depression und die ungünstige Geschäftslage und mangelnde Unternehmungslust wesentlich zu einer Verringerung des Konsums und zu einem Sinken der Preise beigetragen haben. Ich lege aber doch einen sehr großen Wert auf die Einfuhr und Ausfuhr von Rohkupfer, und Sie wollen mir freundlichst gestatten, daß ich Ihnen die außerordentlichen Verschiebungen gerade in dieser Hinsicht etwas näher vor Augen führe. 1880 wurden nach Deutschland nur 12 719 t Rohkupfer eingeführt. Diese Einfuhr hat sich 1900 auf 83 503 gesteigert, also auf das siebenfache, und zwar haben wir dieses fremde Kupferquantum mit 127 Millionen *M.* bezahlt. Von dieser riesigen Einfuhr entfiel aber der Betrag von 66 264 t auf die Vereinigten Staaten in Amerika, wofür wir denselben 101 384 000 *M.* bar gezahlt haben. Vergleiche ich damit die Ausfuhrziffern, so finde ich, daß die Ausfuhr an Rohkupfer 1880: 7204 t betragen hat, sie ist 1900 heruntergegangen auf 5505 t. Sie sehen also auf der einen Seite eine riesige Steigerung der Einfuhr, auf der anderen Seite Abnahme unserer Ausfuhr. Daß eine solche Verschiebung für den einheimischen Kupferbergbau geradezu verhängnisvoll sein muß, liegt doch auf der Hand.

Nun hat der Herr Minister die Ringbildung in Amerika besprochen und hat geglaubt, daß etwaige Zollmaßregeln gegen die Preisbeeinflussungen, welche von diesen Trustbildungen ausgehen, ziemlich unwirksam sein würden. Ich sehe aber nicht ein, warum wir nicht wenigstens einen Versuch damit machen können. Daß dieser große amerikanische Kupferring in voller Thätigkeit ist, das ist Ihnen allen bekannt. Die Methode, in welcher er zu produzieren gedenkt, ist allerdings noch nicht so ganz klar. Einstweilen hat ja die Morgangruppe, wie wir wissen, 150 Millionen Dollars, also mehr als 600 Millionen *M.*, aufgewendet zum Ankauf von Kupferbergwerken namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika; sie hat ferner die Praxis bis jetzt verfolgt, den Kupferpreis in Amerika selbst zu werfen, dadurch alle diejenigen Werke, welche dem Ring nicht beizutreten beabsichtigen, leistungsunfähig zu machen und sie in ihre Hand zu bekommen. Wir haben infolgedessen in Amerika eine außerordentliche Depression auf dem Kupfermarkte, die sich noch nicht in gleichem Maße in Europa fühlbar macht. Aber es versteht sich ganz von selbst, daß, wenn der amerikanische Kupfertrust mal erst die Ausdehnung gewonnen haben wird, welche er zu erreichen trachtet, daß dann auch alle diejenigen Manipulationen vorgenommen werden, welche wir an diesen Trustbildungen gewöhnt sind: daß die Preise im Inlande gesteigert werden, daß die überschüssige Ware zu billigen Preisen nach dem Ausland geworfen wird. Und darin erblicke

ich eine sehr ernste Gefahr gerade für den einheimischen Kupferbergbau.

Ich möchte doch mir hier die Frage gestatten, ob es vielleicht dem Herrn Minister bekannt ist, ob bei den neuesten Abmachungen zwischen den verschiedenen großen Dampferlinien, der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd, den englischen Rhedereigesellschaften, — ob bei diesen Abmachungen, wo es sich um die Festsetzung einheitlicher Frachtsätze für gewisse Güterklassen handelt, auch auf das Rohkupfer Bedacht genommen ist. Wir, meine Herren, legen ja bekanntlich einen sehr großen Wert auf die Frage der Frachtkosten; unsere ganze Industrie hängt mehr oder weniger von der Höhe der Eisenbahnfrachten ab. Eine fast ebenso große Bedeutung gewinnen jetzt aber die Schiffsfrachten. Diese Bedeutung ist in einer beständigen Steigerung begriffen, und wenn wir beispielsweise jetzt gehört haben, daß bei diesen Abmachungen zwischen den einzelnen Rhedereigesellschaften gerade diejenigen Artikel, welche Amerika vorzugsweise nach Europa herüberschickt, mit niedrigen Frachten bedacht sind, während für diejenigen Artikel, welche Europa nach Amerika schickt, höhere Frachtsätze in Aussicht genommen sind: wenn wir dies erwägen, meine Herren, so müssen wir darin noch eine Steigerung der Gefahr für unsern einheimischen Kupferbergbau erblicken, — wenn nicht gar das Rohkupfer zu denjenigen Frachtgütern gehört, welche ganz außerordentlich billig über den Ozean befördert werden sollen. Es ist recht bedauerlich, daß man über diese Abmachungen, welche für unsere ganze vaterländische Industrie von der allergrößten Bedeutung sind, bis jetzt so wenig Zuverlässiges gehört hat. Ich nehme aber an und spreche die Hoffnung aus, daß die Königliche Staatsregierung auch auf diesen sehr wichtigen Punkt ihr Augenmerk richten und nach Kräften zu verhindern suchen wird, daß bei diesen Abmachungen die europäischen Produkte schlechter wegkommen als die amerikanischen Erzeugnisse.

Meine Herren, nun komme ich auf den Zolltarifentwurf, wie er gegenwärtig dem Reichstage vorliegt. Darin ist wiederum für das Rohkupfer Zollfreiheit vorgesehen, wie dies der Herr Minister soeben bemerkt hat. Aber den Motiven, welche die verbündeten Regierungen dem Entwurf beigelegt haben, kann ich doch in diesem Punkte nicht ohne weiteres zustimmen. Da wird nämlich gesagt, daß die inländische Kupferproduktion gegenwärtig nicht in der Lage sei, den einheimischen Bedarf zu befriedigen; die Produktion bliebe mit $\frac{1}{3}$ hinter dem Bedarfsquantum zurück. Das ist nach meiner Ansicht kein Motiv für die Zollfreiheit. Das erinnert mich an die Zeit vor 10 Jahren, als die Handelsverträge beraten wurden, als eine Herabsetzung der Weinzölle gegenüber Italien erfolgte, als der damalige Reichskanzler Graf v. Caprivi auf die Beschwerden der Elsass-Lothringer über diese Herabsetzung nur erwiderte: Elsass-Lothringen erzeugt ja noch nicht einmal seinen Bedarf an Wein, warum soll der dortige Weinbau durch Zölle geschützt werden? Wenn das richtig wäre, dann dürfte auch die einheimische Landwirtschaft nicht durch Getreidezölle geschützt werden, denn bekanntlich erzeugen wir ja auch momentan nicht unsern ganzen Bedarf an Getreide. Ebenso wenig ist es zu rechtfertigen, wenn man sagt, der einheimische Kupferbergbau brauche nicht geschützt zu werden, weil er gegenwärtig den einheimischen Bedarf nicht deckt. Mag der einheimische Kupferbergbau den einheimischen Bedarf decken oder nicht, jedenfalls hat er

volles Recht auf denjenigen Schutz, wie ihn der Zolltarif der vaterländischen Produktion überhaupt gewähren soll. Ich für meine Person sehe nicht ein, warum ihm dieser Schutz nicht gewährt werden soll.

Nun, meine Herren, ist es ja richtig — und das hat der Herr Minister bereits erwähnt —, daß sich in den Kreisen der Kupfer verbrauchenden Industrien ein gewisser Widerspruch gegen die etwaige Belastung des Rohkupfers mit einem Zolle geltend macht. Ich möchte den Herrn Minister erinnern an die Verhandlungen im Wirtschaftlichen Ausschuss, speziell an die Verhandlungen mit den Vertretern der elektrotechnischen Industrie. Die Verhandlungen fanden statt am 7. April des Jahres 1900. Der Herr Minister hat ja an diesen Verhandlungen als Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses selber teilgenommen. Es wurde an diesem Tage gerade die Zollfreiheit des Rohkupfers nicht erwähnt. Die Vertreter der elektrotechnischen Industrie standen damals auf einem, wenn ich so sagen darf, freihändlerischen Standpunkt, sie verlangten für ihre eigenen Erzeugnisse, für alle die elektrischen Apparate, Maschinen u. s. w. auch keinen besonderen Zollschatz. Sie sagten: wir kommen bei den gegenwärtigen Verhältnissen noch ganz gut aus, wir fürchten, daß, wenn die deutsche Regierung auf alle diese elektrischen Apparate und Maschinen Zölle legt, das Ausland diesem Beispiele folgen würde, und daß dann vielleicht unser Export nach dem Auslande erschwert wird. Ich habe Grund, zu glauben, daß diese Auffassung sich in den letzten 2 Jahren, die seitdem vergangen sind, etwas geändert hat, denn auch unsere Elektrotechnik leidet jetzt erheblich unter der Einfuhr von amerikanischen Maschinen und Apparaten. Ich darf Sie nicht mit all den Ziffern behelligen, die ich der Statistik entnehmen könnte, aber das darf ich versichern, daß diese Zufuhr von amerikanischen Erzeugnissen in einer rapiden Zunahme begriffen ist und dadurch unterstützt wird, daß Amerika seine eigene bezügliche Industrie mit außerordentlich hohen Zöllen schützt, mit Zöllen, welche etwa 45 pCt. des Wertes ausmachen, während wir in Deutschland unseren bezüglichen Industriezweigen nur mit Zöllen von etwa 5 bis 6 Wertprozent, wenn ich die spezifischen Zölle umrechne, einen Schutz gewähren. Das ist ein Mißverhältnis, und ich glaube, daß die Vertreter unserer elektrischen Industrie sich jetzt schon, wenn sie gefragt würden, auch mehr dem Standpunkte des Zollschatzes zu neigen würden.

Ich sehe in der That nicht ein, warum wir so große Summen, wie die, die ich vorhin nannte, mehr als 100 Millionen Mark jährlich, in das Ausland schicken sollen für Rohstoffe, welche wir ebenso gut im Lande selbst erzeugen könnten. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn unsere Kupferpreise etwas gehoben und namentlich wenn sie stabilisiert werden könnten, auch der einheimische Kupferbergbau in der Lage sein würde, den einheimischen Bedarf, wenigstens den größten Teil dieses Bedarfs, zu befriedigen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, meine Herren, daß die einheimische Kupferproduktion sich im Jahre 1870, also vor 30 Jahren, auf nur 4800 t stellte, und daß diese Produktion jetzt auf 34 700 t, also auf das Siebenfache, gestiegen ist, so möchte ich glauben, daß auch der Kupferbergbau bei uns noch einer weiteren Ausdehnung und Entwicklung fähig ist. Dazu gehört jedoch vor allen Dingen, daß dieser Bergbau auch auf eine sichere Basis gegenüber der ausländischen Konkurrenz gestellt wird.

Meine Herren, nun möchte ich Ihr Augenmerk auch noch auf einige andere Branchen unserer Montan- und Metallindustrie richten. Ich kann dies thun im Anschluss an den uns vorliegenden Etat, in welchem ja die allgemeine Lage unserer Montan- und Hüttenindustrie als eine wenig günstige bezeichnet ist, und da gestatten Sie mir zunächst einige kurze Bemerkungen über das Eisen und über die Eisenpreise.

Zum ersten Mal im letztvergangenen Jahre seit langer Zeit, vielleicht zum ersten Mal überhaupt, haben wir in Deutschland eine nicht geringfügige Abnahme der Roheisenproduktion zu verzeichnen. Diese Abnahme ist in der Hauptsache gewiß zurückzuführen auf den verminderten Bedarf an Roheisen, auf die ungünstige Geschäftslage und auf all die sonstigen bekannten Motive. Dafs aber auch die Produktion des Roheisens mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wollen wir doch nicht übersehen, und ich meine, dafs die Verteuerung eines Rohstoffes, auf den gerade die Eisenindustrie angewiesen ist, nämlich die Verteuerung der Kohle und des Koks, dabei eine nicht geringe Rolle spielt. Es ist den Herren bekannt, dafs die Kokspreise in den letzten Jahren durch das Kokssyndikat ganz außerordentlich erhöht worden sind; sie waren heraufgesetzt auf 20 *M.* pro Tonne. Vergleichen Sie damit die Kokspreise, wie sie vor ungefähr 15 Jahren standen, nämlich nur 7 bis 7,5 *M.* pro Tonne — allerdings, wie ich zugebe, ein ganz unzureichender Preis — ziehen Sie aber diesen Vergleich, meine Herren, so werden Sie mir gewiß nicht Unrecht geben, dafs diese Preise ganz außerordentlich hoch waren; jetzt neuerdings sind sie auf 15 *M.* herabgesetzt; das ist aber auch immer noch ein Preis, welcher von unserer Eisenindustrie als ein zu hoher empfunden wird.

Das Kokssyndikat sucht nun durch Produktionsbeschränkungen, Auslandsverkäufe u. s. w. den Kokspreis in dieser Höhe zu erhalten. Ich darf daran erinnern, dafs gegen das Ende des jetzt abgelaufenen Jahres die Produktionsbeschränkung auf 33 $\frac{1}{3}$ pCt., pro Monat Januar des laufenden Jahres sogar auf 43 pCt. festgesetzt wurde; jetzt sollen allerdings wieder einige Prozente nachgelassen sein.

Es ist ferner nicht zu billigen, meine Herren, dafs das Roheisensyndikat allen denjenigen Eisenwerken, welche auf den Bezug von Roheisen angewiesen sind, so hohe Preise vorgeschrieben hat. Im März des Jahres 1900 wurde eine ganze Reihe von Eisenwerken, Walzwerken gezwungen, Roheisenabschlüsse auf die Dauer von 2 Jahren zu machen zu dem Preise von 90 bis 92 *M.* pro Tonne, einem Preise, welcher die Produktionskosten des Roheisens fast um das Doppelte übertrifft. — Gewiß, fast um das Doppelte; das sage ich mit voller Ueberlegung. Es ist Ihnen ferner bekannt, dafs aus diesen Abmachungen sich ein ziemlich unliebsamer Prozeß zwischen den Eisenwerken und dem Roheisensyndikat entwickelt hat, ein Prozeß, der, wenn ich recht unterrichtet bin, kürzlich zu Ungunsten der Eisenwerke entschieden worden ist; jedenfalls hat dieser Prozeß keinen sehr schönen Eindruck gemacht; ich gehe nicht näher darauf ein. Aber, meine Herren, wenn in anderen Ländern die Depression auf dem Gebiete der Eisenindustrie nicht so fühlbar ist als bei uns, wenn z. B. auf dem amerikanischen Eisenmarkt von einer solchen ungünstigen Geschäftslage recht wenig zu spüren ist, so schreibe ich dies zum Teil auf die Rechnung der sehr niedrigen Kokspreise in Amerika. Während unsere Eisen-

industrie den Koks mit 15 *M.* bezahlen muß, so hat ihn der amerikanische Eisenproduzent für 9 bis 9 $\frac{1}{2}$ *M.*, und dafs das ein außerordentlich großer Unterschied ist, der hier entscheidend ins Gewicht fallen muß, darüber kann gar kein Zweifel bestehen.

Die bedauerliche Wirkung ist ferner, dafs die Einführung von Eisen und Eisenwaren aus Amerika nach Deutschland in beständiger Zunahme begriffen ist, während umgekehrt unsere Ausfuhr in diesen Produkten ein ziemlich ungünstiges Bild zeigt. Im letzten Jahre haben wir für 16 Millionen Mark Eisen und Eisenwaren aus Amerika bezogen und nur für 8 Millionen dorthin ausgeführt.

Der Herr Minister hat in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reinicke noch einige andere Metalle erwähnt, die ich auch kurz berühren möchte: Blei und Zink. Ich möchte zunächst hervorheben, dafs die Lage unserer Bleiindustrie gegenwärtig eine recht ungünstige ist. Es würde mich freuen, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Beumer, welcher auf diesem Gebiete sehr viel besser bewandert ist als ich, Ihnen einige nähere Ausführungen darüber machen könnte. Ich für meine Person möchte mich auf folgendes beschränken. Die Bleipreise sind gegenwärtig so tief gesunken, dafs sie die Herstellungskosten nicht decken. Vor 30 Jahren stellte sich der Preis auf etwa 35 *M.* pro Doppelcentner, der heutige Londoner Preis ist 11 *L.* 10 sh., das sind nur 23 *M.* pro Doppelcentner, und auch hier hat die Ein- und Ausfuhr eine ziemlich erhebliche Rolle gespielt. Die Einfuhr steigerte sich von 1880 bis 1900 von 2616 t auf 70 252 t, wogegen die Ausfuhr an Blei herabgegangen ist in demselben Zeitraum von 45 419 auf 18 825 t. Auch hier muß ich zu meinem Bedauern bemerken, dafs wir einen sehr großen Teil, nämlich 27 454 t unseres ausländischen Bleiimports von Amerika bezogen haben, und dafs wir dafür nach den Schätzungen unseres statistischen Amtes die Summe von 9 853 000 *M.* an Amerika gezahlt haben.

Auch hier möchte ich fragen, ob es nicht möglich wäre, durch Einführung eines Schutzzolles unserer notleidenden Bleiindustrie zu Hilfe zu kommen. Der Zolltarif, wie er dem Reichstage vorliegt, sieht allerdings auch einen Bleizoll nicht vor, und zwar werden ähnliche Motive dabei geltend gemacht wie beim Kupfer. Es wird behauptet, dafs die einheimische Bleiproduktion um ein Drittel, um 30 pCt. hinter dem Bedarf zurückbleibe, außerdem genügen die einheimischen Bleierze nicht; unsere Hütten wären darauf angewiesen, einen beträchtlichen Teil ihres Bedarfes vom Auslande zu importieren. Dadurch würde eo ipso schon die einheimische Bleiproduktion in eine mißliche Lage versetzt gegenüber der englischen Bleihüttenindustrie, und der vorgeschlagene Zoll von 1 *M.* pro Doppelcentner — das war nämlich ein Vorschlag, der in unserem wirtschaftlichen Ausschufs gemacht wurde — dieser Zoll würde garnicht ausreichen, um hier irgendwie eine Besserung zu Gunsten unserer Bleiproduktion hervorzurufen. Das glaube ich allerdings auch: ein Zoll von 1 *M.*, der etwa 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ pCt. des Wertes ausmacht, wird ziemlich wirkungslos sein. Ich möchte aber glauben, dafs man den Zoll unter Umständen noch etwas höher normieren könnte.

Der Herr Minister hat vorhin gesagt, dafs nur in Betreff des Roheisens sich im Wirtschaftlichen Ausschufs die Stimmung dahin geltend gemacht habe, dafs eine Verzollung wie bisher stattfinden dürfe, für die anderen Roh-

metalle aber nicht. Es wäre für unsere Industrie, welche ja alle die Metalle verarbeitet, gewissermaßen eine Lebensfrage, daß diese Rohstoffe billig, also zollfrei bezogen werden. Ich erblicke aber in dieser Zollfreiheit von Kupfer, Blei und Zinn einerseits und der Zollpflichtigkeit des Roheisens andererseits doch einen gewissen Widerspruch. Denn wenn es einen wichtigen Rohstoff für unsere Industrie giebt, dann ist es das Eisen. Wir belegen das Eisen mit einem Zoll von 1 *M.* pro Doppelcentner oder 10 *M.* pro Tonne; das sind 20 bis 25 pCt. der Herstellungskosten. Ich sehe nicht ein, wenn man den Roheisenzoll so hoch normiert, und wenn die anderen Erwerbszweige bereit sind, diesen Zoll weiter zu tragen, warum man nicht die anderen Metalle, die ich hier erwähnt habe, mit entsprechenden Zollsätzen belegen könnte. Sie brauchen ja allerdings nicht auf 20 bis 25 pCt. heraufzugehen; schon ein sehr viel geringerer Zoll würde hier eine gedeihliche Wirkung haben.

Es wird nun auch namentlich in Betreff des Bleies hervorgehoben, daß viele wichtige Industriezweige, die auch namentlich für den Export arbeiten, ganz besonders auf den Bezug von billigem Blei aus dem Auslande angewiesen sind, natürlich auch in erster Linie die elektrotechnische Industrie für die Herstellung der Bleiplatten. Dann kommen unsere Schriftgießereien, unsere Geschosfabriken u. s. w. Kurz und gut, es ist eine ganze Reihe von Industriezweigen, die sich auch im Wirtschaftlichen Ausschuss haben vernehmen lassen, welche auf diese Zollfreiheit des Bleies ein gewisses Gewicht legen. Ich glaube trotzdem, daß die immerhin geringe Verteuerung des Rohstoffes, wie sie durch den Zoll herbeigeführt werden würde, für diese Industrien noch keine empfindliche Nachteile im Gefolge haben wird.

Nun möchte ich endlich noch ganz kurz das Zink erwähnen. Meine Herren, wenn wir von Zink sprechen, so möchte ich Sie bitten, nicht an die obereschlesischen Zinkbarone allein zu denken, sondern auch daran, daß wir in Westdeutschland eine ziemlich ausgedehnte Zinkindustrie haben, welche gegenwärtig gleichfalls in einer schwierigen Lage sich befindet und wohl eines besseren Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz bedarf. Die Preise für Zink stellten sich vor dreißig Jahren auf 33 bis 34 *M.* für den Doppelcentner. Das war verhältnismäßig niedrig. Sie stiegen dann kurze Zeit auf 50 und über 50 *M.* Gegenwärtig stehen sie wieder auf 34 *M.*, ein Preis, der entschieden als ein unzulänglicher bezeichnet werden muß.

Unter dem Eindruck dieses niedrigen Preisstandes ist dann auch in Oberschlesien versucht worden, ein Zinksyndikat zu stande zu bringen. Ich habe darüber nur kurze Mitteilungen bekommen können; in der Presse habe ich nichts darüber gefunden. Es ist mir gesagt worden, daß dieses Zinksyndikat nur für den Fall in Wirkung treten sollte, daß die Preise sich unter 34 *M.* stellten, daß der Londoner Preis unter 17 *L.* sinkt. Nur bei solchen unzulänglichen Preisen sollten die von dem Zinksyndikat vorgeschriebenen Richtpreise von allen Werken festgehalten werden. Dieses Zinksyndikat ist aber an dem Widerspruch eines einzigen großen Zinkproduzenten in Oberschlesien gescheitert; es wird also voraussichtlich nicht zu stande kommen, wenigstens bieten sich augenblicklich gar keine Aussichten dazu.

Aber daß auch, wie bei den anderen bereits von mir erwähnten Metallen, die Ein- und Ausfuhrverhältnisse die Zinkpreise nachteilig beeinflussen, das wollen Sie mir auch gestatten, kurz darzulegen. Vor 20 Jahren bezogen wir noch das geringe Quantum von 3390 t Zink vom Auslande, im Jahre 1900 aber bereits 24 263 t Rohzink, dazu ungefähr 145 t gestrecktes und gewalztes Zink, zusammen 24 408 t; in diesem 20jährigen Zeitraum hat sich also die Zinkeinfuhr um mehr als das Sechsfache, um mehr als 600 pCt. gesteigert. Die Ausfuhr ist auch etwas gestiegen, von 40 622 t vom Jahre 1880 auf 68 608 t im Jahre 1900, wenn ich nämlich Rohzink, gestrecktes und gewalztes Zink zusammenrechne. Bei der Ausfuhr haben wir also eine Steigerung um etwa 50 pCt. wahrzunehmen, bei der Einfuhr aber leider eine Steigerung von über 600 pCt.

Es entsteht nun die Frage, meine Herren, ob es auch bei der Zinkproduktion ratsam sein wird, durch einen Schutzzoll die ausländische Konkurrenz etwas einzuschränken. Wir müssen von vornherein zugeben, daß unsere einheimischen Zinkerze immer knapper werden, daß keine neuen Lager aufgefunden werden; aber gleichwohl ist in den letzten 30 Jahren die Zinkproduktion Deutschlands noch gestiegen von 64 000 t auf 153 000 t, und wenn auch die Zinkerze im Abnehmen sind, so ist doch nicht zu ersehen, warum man unsere Zinkproduktion aus diesem Grunde der ausländischen Konkurrenz schutzlos preisgeben, warum man nicht wenigstens unsere Zinkerzlagerrstätten, soweit sie noch vorhanden sind, ebenfalls schützen soll. Es wäre mir lieb, wenn auch in Betreff dieses Punktes eine Verständigung über einen zu gewährenden Zoll zu stande kommen könnte.

Meine Herren, ich habe Ihnen also hier in Betreff verschiedener Metalle und verschiedener wichtiger Zweige unseres Bergbaues meine bescheidenen Ansichten entwickelt, und diese meine Ausführungen decken sich durchaus mit dem Standpunkt, den ich von jeher in diesen Dingen eingenommen und auch in diesem Hohen Hause wiederholt vorgetragen habe. Jetzt, da wir vor der Frage stehen, ob und in welchem Maße unser vaterländischer Bergbau in Zukunft gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden soll, möchte ich Sie bitten und möchte auch an die Königliche Staatsregierung die Bitte richten, sich nicht auf einen einfach ablehnenden oder irgendwie engherzigen Standpunkt in dieser durchaus wichtigen Angelegenheit zu stellen. Ich sehe nicht ein, warum wir alljährlich Hunderte von Millionen — um solche Summen handelt es sich in der That — an das Ausland schicken sollen für Bergwerksprodukte, die wir bei einiger Aenderung unserer Zollgesetzgebung, der Hauptsache nach wenigstens, im Inlande produzieren können. Das würde dem einheimischen Markt, der einheimischen Produktion, das würde allen vaterländischen Erwerbszweigen, das würde auch der Landwirtschaft zu gute kommen.

Meine Herren, vergessen wir auch nicht, daß unser einheimischer Bergbau, ebenso wie alle anderen einheimischen Betriebe, außerordentlich hoch belastet sind im Vergleich zum Auslande durch unsere sozialpolitische Gesetzgebung, daß insbesondere der Bergbau schwer zu tragen hat an all den Bestimmungen und Vorschriften, die für Wohlfahrt, für Gesundheit der Bergarbeiter erlassen sind. Es sind ganz riesige Summen, die dafür jährlich aufgewendet werden müssen. Ich bin aber der Meinung, daß der Gesetzgeber, welcher der einheimischen Erwerbs-

thätigkeit so große Lasten auferlegt, sie auch in den Stand setzen muß, diese Lasten zu tragen, damit sie dem Auslande gegenüber nicht zu kurz kommt, welches von all diesen Lasten nichts weiß oder sie nur in verschwindend geringem Maße zu tragen hat.

Ich möchte deshalb nochmals an den Herrn Minister die Bitte richten, die von mir vorgetragene Gesichtspunkte einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Vizepräsident Dr. Frhr. v. Heereman: Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat das Wort.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, ich kann dem Herrn Vorredner nur wiederholen, was ich dem ersten Herrn Redner aus dem Hause schon gesagt habe: die verbündeten Regierungen sind nicht in der Lage, in diesem Augenblicke irgend etwas über ihre Stellungnahme zum Zolltarif zu sagen. Was sie in dem Stadium, in dem sie sich im Sommer vorigen Jahres befunden haben, für richtig hielten, haben sie in dem Zolltarif niedergelegt, weder die verbündeten Regierungen noch die Einzelstaaten können eine neue Stellung nehmen, ehe neue Beschlüsse des Reichstages vorliegen, die Änderungen an dem Zolltarif wünschen. Sollten solche Anträge für die vom Herrn Grafen Kanitz eben genannten Artikel kommen, so werden selbstredend die verbündeten Regierungen und jede Einzelregierung, auch mein Ressort in erste Verhandlungen darüber eintreten müssen, welche Stellung sie dazu einnehmen sollen. Ich kann schon heute in sichere Aussicht stellen, daß ich dann genau denselben Weg wie bisher beschreiten werde, daß ich die Interessenten pro et contra kontradiktorisch hören werde. Dabei wird sich allerdings voraussichtlich herausstellen, daß die Konsumenten sich ebenso scharf gegen eine Einführung von Zöllen auf diese Rohprodukte aussprechen werden, wie die Produzenten zu einem erheblichen Teil natürlich eine Verzollung wünschen werden. Es sind entsprechende Petitionen, wie ich vorhin schon hervorhob, für ähnliche Artikel eingegangen; ich habe speziell Blei und Zink genannt.

Wenn der Herr Vorredner meint, ich hätte überhaupt Stellung genommen, so ist das nicht der Fall. Ich habe lediglich reproduziert, was früher in diesen Angelegenheiten gesagt worden ist, ich habe insbesondere die Gründe der Konsumenten angeführt nicht als meine eigene Meinung, sondern als die Meinung der Konsumenten. Die Konsumenten machen geltend — haben das geltend gemacht und werden es zweifellos wieder thun, vom Kupfer sowohl wie vom Blei —, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Produkte exportieren, und daß sie nicht exportfähig bleiben würden, wenn eine Verteuerung ihrer Rohstoffe einträte. Ich will weiter nochmals darauf aufmerksam machen, daß bei den großen Preisverschiebungen, die namentlich beim Kupfer stattgefunden haben, ein Zoll von mäßiger Höhe, wie er überhaupt erst genannt wurde, einen nennenswerten Einfluß auf die internationale Preisbildung nicht haben wird. Die Preise des Kupfers haben wiederholt, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, im Verhältnis 1:2 und noch darüber hinaus geschwankt, sie haben, wie Herr Graf Kanitz selbst angeführt hat, in Höhe von 80 bis 90 *M.* pro 100 kg geschwankt. Das sind Preisunterschiede, die sich durch den Zoll nicht ausgleichen lassen.

Sowohl beim Kupfer wie beim Blei ist es vor allem die elektrische Industrie, die die Konsumtion so ungemein gesteigert hat. Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat

auch richtig darüber berichtet, daß bei den Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses sämtliche Vertreter der Elektrotechnik dafür eingetreten sind, ihre eigenen Erzeugnisse mit thunlichst niedrigen Zöllen zu belasten, und ich kann ihm allerdings auch privatim zustimmen, daß nach meiner Kenntnis der Dinge sich diese Einstimmigkeit unter den Produzenten um eine Kleinigkeit verschoben hat, daß es jetzt eine Gruppe Elektrotechniker giebt, die einen inländischen Zoll auf ihre Erzeugnisse wünschen, aber wesentlich nur um deswillen, weil sie behaupten, sie seien den Vereinigten Staaten gegenüber vollständig schutzlos mit ihren niedrigen Zöllen, während in den Vereinigten Staaten sehr hohe Zölle erhoben würden, und die Wünsche, die mir gegenüber persönlich geltend gemacht wurden, haben sich dahin wesentlich erstreckt, man möge auf eine größere Parität in der Behandlung zwischen uns und den Vereinigten Staaten hinwirken.

Ich darf dann auf eine Frage zurückkommen, die der Herr Vorredner an mich gestellt hat, ob ich unterrichtet sei über die Abmachungen, die zwischen den großen Dampfgesellschaften stattgefunden haben, die zwischen Europa und den Vereinigten Staaten verkehren. Ich muß ihm sagen, daß diese Verabredungen meines Wissens durchaus privater Natur gewesen sind, und daß darüber irgend eine Mitteilung — an mein Ressort wenigstens — nicht gekommen ist.

Im übrigen aber möchte ich den Herrn Vorredner dahin beruhigen, daß bei einem so teuren Artikel, wie Kupfer, die kleinen Frachtunterschiede eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

Vizepräsident Dr. Frhr. v. Heereman: Das Wort hat der Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Dem Herrn Abgeordneten Grafen Kanitz scheinen die Verhandlungen in der Zolltarifkommission sehr aussichtslos zu sein, daß er heute hier Gelegenheit genommen hat, die Zollfragen, die ja eigentlich doch in den Reichstag gehören, hier vorzubringen. Ich hoffe, der Herr Graf Kanitz wird es nicht zu langweilig finden, bis zum Ende — die Metalle kommen ja erst im letzten Kapitel des Zolltarifentwurfs vor — auszuhalten, und da wir beide der Zolltarifkommission angehören, so werden wir ja dann Gelegenheit haben, uns dort, wohin die Frage gehört, etwas weiter darüber zu unterhalten.

Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat gesagt: wenn die Interessenten der elektrotechnischen Branche noch einmal gehört würden, dann würde sich wahrscheinlich etwas anderes ergeben, und der Herr Minister hat das insofern bestätigt, als inzwischen einzelne der Interessenten der elektrotechnischen Branche auf das Mißverhältnis der Zölle für elektrotechnische Installationsartikel zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland aufmerksam gemacht haben. Dieses Mißverhältnis besteht, und es ist zu beklagen, aber ich bin ganz sicher, daß, wenn die Vertreter der elektrotechnischen Branche einen höheren Schutzzoll für ihre Erzeugnisse erkaufen müßten mit einem Schutzzoll für Kupfer, würden sie sofort wieder einstimmig zusammenstehen und sagen: Gott bewahre uns vor einem höheren Schutzzoll für unsere Erzeugnisse, vor allen Dingen aber vor einem Schutzzoll für Kupfer!

Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat die Notwendigkeit eines solchen Schutzzolles mit den Abmachungen der beiden großen deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften mit den

amerikanischen Rhedereien wegen der Festsetzung der Frachten motiviert. Im allgemeinen, wenn derartige Verabredungen getroffen werden, dann finden sie doch zu dem Zwecke statt, die Frachtpreise zu erhöhen, und nicht, sie zu erniedrigen. Und wenn die Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd dort hinüberreisen, so geschieht das nicht, um die Frachten herabzusetzen, sondern sie wollen die höheren Frachten haben. Im übrigen ist das, was bisher in dieser Sache durchgesickert ist, thatsächlich eine Erhöhung der Frachten für amerikanisches Getreide, also genau das Gegenteil von dem, was der Herr Graf Kanitz zu fürchten scheint. Ich habe übrigens zu den mir persönlich bekannten Herren von der Verwaltung des Lloyd das feste Vertrauen, daß, wie sie bisher bestrebt gewesen sind, diese große Schiffahrtslinie als ein nationales Unternehmen zu behandeln und als solches zu führen, sie auch in Zukunft bestrebt sein werden, dieses Unternehmen durchaus als nationales zu erhalten, und daß sie sich nicht in eine Abhängigkeit von den Amerikanern begeben werden. Der Aktienbesitz ist auch zum so weit überwiegenden Teil in inländischen Händen, daß in dieser Beziehung wirklich keine Befürchtungen zu hegen sind. Diese Herren denken auch national genug, daß sie die Macht, die sie in Händen haben, nicht dazu ausnutzen werden, die deutsche Industrie zu schädigen.

Ich glaube also, der Herr Graf Kanitz könnte über diese Frage beruhigt sein. Wenn er übrigens die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die Regierung ein wachsames Auge auf diese Abmachungen haben und Einspruch erheben müsse, wenn Frachtvereinbarungen getroffen würden, die den Interessen der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft nicht entsprächen, — nun, ich weiß nicht — der Herr Handelsminister hat ja schon erklärt, daß das private Abmachungen sind —, auf welche Rechtstitel hin die deutsche Regierung hier einen Einspruch erheben wollte. Man könnte vielleicht der Meinung sein, weil diese Dampfergesellschaften für gewisse Linien vom Reich Subventionen bekämen, die übrigens lediglich den Charakter einer Entschädigung für die Leistungen, die sie übernommen haben, darstellen, könnte die Regierung ein Einspruchsrecht in dieser Beziehung haben. Diese Subventionen beziehen sich aber nicht auf die transatlantischen Linien, für diese werden sie in keiner Weise gegeben, darin sind die Schiffahrtsgesellschaften völlig frei, und hier steht der Regierung ein Einspruchsrecht nicht zu.

Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat nun der Meinung Ausdruck gegeben, wir könnten unsere Kupferproduktion beliebig steigern, er hat das motiviert mit dem schönen Beispiel, daß man seiner Zeit gesagt hat: Elsass-Lothringen erzeugt ja noch nicht einmal so viel Wein, wie es selbst verbraucht. Ich meine doch, Herr Graf Kanitz kennt auch den Unterschied, der darin besteht, ob man ein Metall gewinnt, oder ob man die Produktion von Wein künstlich hebt. Es ist sehr wohl möglich, wenn man nicht besonders gute Qualitäten erzielen will, die Anbaufläche von Wein erheblich auszudehnen. Aber, wenn wir unseren Kupferbergbau sehr weit ausdehnen, so müssen wir uns vollständig darüber klar werden, daß wir dann zu um so schnellerer Erschöpfung unserer Kupfererzlagernissen kommen. Meine Herren, diese sind in Deutschland nicht so außerordentlich umfangreich, als daß man nicht mit einer gewissen Vorsicht dabei vorgehen müßte. Die Herren von der Rechten — ich glaube, der Herr Graf Kanitz war es seiner Zeit selber

— haben das Kalimonopol gewünscht, damit dieser kostbare Schatz nicht vergeudet würde. Nun steht aber unser Vorrat an Kupfererzen in Deutschland zu unserem Vorrat an Kalisalzen in einem außerordentlichen Mißverhältnis. Wir können unsere Kupferproduktion nicht ins Ungemessene steigern, und es würde meines Erachtens sehr bedenklich sein, wenn wir sie derartig steigern wollten, daß wir unseren gesamten Bedarf an Kupfer, der ja in den einzelnen Perioden doch erheblich wechselt, immer selbst produzieren wollten.

Gerade Kupfer ist ein Artikel, der der Konjunktur außerordentlich unterworfen ist. In Zeiten eines industriellen Aufschwungs und der elektrischen Installationen, wie wir sie gegenwärtig gerade hinter uns haben, ist der Kupferverbrauch in kolossalstem Maße gestiegen, und es wäre ein Unglück, wenn wir unsere inländische Kupferproduktion in demselben Maße gesteigert hätten, wie der Verbrauch von Kupfer gestiegen ist, denn dann würden wir beim Nachlassen des Verbrauchs entweder gezwungen sein, auf den Weltmarkt zu exportieren in noch viel höherem Maße, als es jetzt der Fall ist, das würde die Ueberproduktion weiter steigern und die Preise weiter zum Sinken bringen, oder wir müßten dann unsere Förderung und unsere Verhüttung von Kupfererzen derartig weiter einschränken, daß sehr viele Arbeiter in diesen Betrieben brotlos würden. Meine Herren, ich bin in diesem Falle sogar selbst Interessent, ich bin alter Gewerke der Mansfelder kupferschieferbauenden Gesellschaft, und ich wünsche gar nicht, daß hier eine ungesunde Steigerung der Produktion eintritt. Ich glaube, daß die Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft in früheren Jahrzehnten etwas zu viel unternommen hat, und daß es besser ist, man beschränkt sich in dieser Beziehung und erweitert nicht zu kolossal die Betriebe.

Nun ist aber nicht bloß die elektrische Industrie als Konsumentin für Kupfer, wenn diese auch in erster Linie beteiligt ist, interessiert, sondern unsere ganz außerordentlich umfangreiche Fabrikation von Bronzewaren. Meine Herren, Deutschland ist das Land, das z. B. die meisten Lampen- und Lampenartikel erzeugt, und das ist eine kolossale Industrie mit einem enormen Kupferverbrauch, die sich dann auch langsam von Deutschland fortziehen würde, wenn die Kupferpreise in Deutschland durch den Zoll dauernd höher stehen würden, als sie in anderen Ländern stehen, die keinen derartigen Zoll haben.

Ein ganz besonderes Interesse gegen den Kupferzoll hat aber auch die Eisenindustrie, und ich erinnere mich noch sehr gut der Verhandlungen, welche ein gewiß nicht freihändlerischer Verband, der Centralverband deutscher Industrieller, über die Kupferzollfrage geführt hat. Da war die gesamte Eisenindustrie wie ein Mann gegen den Kupferzoll, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man sich sagte: ein Kupferzoll muß mit Naturnotwendigkeit einen Zoll auf Kupfererze nach sich ziehen, und die Eisenindustrie hat ein unbedingtes Interesse daran, daß die kupferhaltigen Eisenerze, die sie aus dem Auslande bezieht, nicht mit einem Zoll belegt werden. Auch in unserer eigenen Kupferproduktion spielt das Interesse der Verhüttung fremder Erze mit. Die Arbeiterzahl unserer Kupferhütten ist aber eine verhältnismäßig kleine gegenüber den im Kupfererzbergbau beschäftigten Personen. Nach der Statistik waren im Kupferhüttenbetrieb 1677 Mann beschäftigt, dagegen hatten die deutschen Kupfererzbergwerke eine Belegschaft von 14 911 Mann. Es ist also daraus schon

ersichtlich, daß, wenn wirklich unseren größten Kupferproduzenten mit einem Kupferzoll geholfen werden sollte, dieser dann naturgemäß einen Zoll für Kupfererze nach sich ziehen müßte.

Nun führten wir allein aus Spanien im Jahre 1900 1 848 529 t Eisenerze ein, die überwiegend kupferhaltig sind, und es würde für die deutsche Eisenindustrie ein außerordentlich schwerer Schlag sein, wenn die Einfuhr derartiger Erze mit irgend einem Zoll belegt werden würde. Wir führten aber außerdem gleichzeitig 62 288 t Kupfererze ein. Ein bedeutender Teil der deutschen Kupferindustrie, ferner die im Zollausschlußgebiet Hamburgs gelegene Kupferindustrie sind auf die Einfuhr fremder Kupfererze angewiesen. Auch diese würden, wenn man einen Zoll für Kupfererze einführt, aufs schwerste geschädigt werden zu Gunsten lediglich der wenigen Werke, welche eigene Kupfererze in großem Umfange produzieren, also in erster Linie der Mansfelder kupferschieferbauenden Gewerkschaft, auf welche allein 62 pCt. der deutschen Kupferproduktion entfallen. — Es mögen im letzten Jahre 64 pCt. sein, ich habe die neuesten Zahlen nicht zur Hand, ich war auf diese Debatte hier nicht vorbereitet und habe mich nur flüchtig während Ihrer Rede unterrichten können, also wenn die Zahlen nicht die allerneuesten sind, so entschuldigen Sie das bitte, Herr Graf Kanitz, ich hatte nur die Zahlen von 1900.

Ich wollte übrigens noch bemerken, daß die Kupferproduktion gerade während der Handelsverträge stark zugenommen hat; sie ist seit den Handelsverträgen um 10 000 t gesteigert worden, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß sich unsere Maschinen-, unsere elektrotechnische Industrie und unsere Bronzewareindustrie durch die günstige Geschäftslage, welche mit der Sicherheit eintrat, die durch die Handelsverträge geschaffen wurde, sich so glänzend entwickeln konnten. Also indirekt ist es auch das Interesse des deutschen Kupfererzbergbaues und der deutschen Kupferhütten, daß langfristige und günstige Handelsverträge bestehen und keine Verteuerung der Produktion eintritt.

Nun beansprucht Herr Graf Kanitz auch für die notleidende Bleiindustrie einen Bleizoll und hat uns vorgerechnet, in wie außerordentlichem Maße auch die Einfuhr von Blei gestiegen sei. Es ist wohl ganz natürlich, daß, wenn in fremden Ländern neue reiche Erzvorkommen entdeckt werden, dann auch diese in Angriff genommen werden und neue Produktionsstätten von Blei entstehen. Aber es muß auch in Betracht gezogen werden, daß der Bleiverbrauch so kolossal gestiegen ist. Was wird an Blei für Kabeln, für Akkumulatoren gegenwärtig gebraucht? Bei der elektrotechnischen Industrie findet ein Bleiverbrauch statt, an den früher niemand gedacht hat, und ich glaube, wenn Sie die elektrotechnische Industrie noch mit einem Bleizoll beglücken, Herr Graf Kanitz, dann können Sie wieder vollständig überzeugt sein, daß die absolute Einmütigkeit gegen höhere Schutzzölle für elektrotechnische Artikel sofort wieder hergestellt wird.

So ganz ohne Schutz sind übrigens alle diese Schwermetalle doch nicht; denn sie haben den natürlichen Schutz, daß die anderen Länder höhere Frachtkosten und Frachtspesen aufzuwenden haben, um nach Deutschland derartige Schwermetalle zu versenden; bei einem so wertvollen Metall wie Kupfer haben diese allerdings weniger Be-

deutung, bei einem weniger wertvollen wie Blei fallen sie dagegen schon mehr ins Gewicht.

Im übrigen ist unsere Bleiproduktion zweifellos noch steigerungsfähig, wenn wir dazu übergehen würden, Erzvorkommen abzubauen, die bei den heutigen Bleipreisen sich nicht lohnen; aber es wird vielleicht auch auf natürlichem Wege wieder einmal eine Zeit kommen, wo der Bleipreis von selbst steigt, und dann werden wir sehr wohl in der Lage sein, diese Reserven, die wir noch haben, in Angriff zu nehmen. Ich sehe nicht ein, warum man alles zu gleicher Zeit machen soll. Es hat immer in allen diesen Metallindustrien Zeiten des Auf- und Absteigens gegeben; die Preise sind einmal gestiegen, und es ist dann eine Periode gekommen, wo sie heruntergegangen sind. Der Bleierzbau, der Kupfererzbau und die Kupferhütten sind immer wieder auf einen grünen Ast gekommen und haben ihre Ausbeute wieder gegeben. Wer ein regelmäßiges Einkommen haben will, darf sich nicht Industriepapiere und Industriewerte anschaffen. Wer das tut, muß damit rechnen, daß die Gewinne aus derartigen Anlagen Schwankungen unterworfen sind. Dafür sind sie im Durchschnitt ja auch meist etwas höher. Die Blei- und Kupferindustrie hat gute Tage gesehen und wird sie auch in Zukunft wieder sehen, wenn wir nicht auf handelspolitischem Gebiet große Dummheiten machen, wozu ja allerdings große Neigung vorhanden ist.

Nun verlangt man auch einen Zoll für Zink. Ja, meine Herren, ich bin in Oberschlesien recht gut bekannt und weiß, daß in Oberschlesien beim Bergbau und beim Hüttenbetrieb das Geld hauptsächlich in der Zinkindustrie verdient worden ist, und daß heute noch die Aktiengesellschaft für Zinkindustrie in Oberschlesien 16 pCt. — ich weiß es nicht genau, aber weniger wird es sicher nicht sein — an Dividende giebt; vielleicht ist es auch mehr, sie hat schon mehr gegeben; sie giebt sogar regelmäßig sehr hohe Dividenden, ich glaube, daß wir keine Ursache haben, unseren Zinkkonsumenten das Zink zu verteuern dadurch, daß man einen Zoll noch darauf legt; denn in Zink sind wir immer noch ein Hauptexportland, und unsere westdeutsche Zinkindustrie arbeitet nur zum kleinen Teil mit eigenen Erzen; sie ist zum größeren auf die Einfuhr ausländischer Zinkerze angewiesen. Sollen wir für diesen Veredelungsverkehr einen Schutz schaffen? Es würde außerdem nicht das Geringste nutzen, wenn nicht eine Zinkkonvention, wie wir sie so häufig gehabt haben, wieder zu stande kommt. Aber, meine Herren, diese Zinkkonvention ist immer nach einiger Zeit wieder zu stande gekommen, wenn sie einmal in die Brüche gegangen ist, und sie wird, wie ich die Verhältnisse der Zinkindustrie kenne — und ich kenne sie seit geraumen Jahren —, auch wieder zu stande kommen. Sie scheitert ja gewöhnlich lediglich an der Beteiligungsziffer, und es ist ja auch bloß eine Frage der Zeit, wie lange da keine Einigung zu erzielen ist.

Nun weist der Abgeordnete Graf Kanitz darauf hin, wie außerordentlich unsere Zinkeinfuhr gestiegen ist. Ja, meine Herren, aber unser Zinkverbrauch im Inland ist auch kolossal gestiegen, in ganz anderem Maße als unsere Zinkproduktion. Was wurde früher in Deutschland für Zink konsumiert? Noch in den 60er Jahren mußte über drei Viertel der ganzen deutschen Zinkproduktion ausgeführt werden, weil bei uns im Inland kein Bedarf dafür war. Frankreich und England waren damals unsere Hauptab-

nehmer dafür. Und jetzt sehen Sie sich unsere Bauten an! Was wird da allein an Zink für Ornamente, für Rinnen und Rohre verwendet. Für unseren überseeischen Verkehr brauchen wir massenhaft Zink für die Zinkkisten. Das Zinkwalzen hat infolgedessen eine Ausdehnung genommen, die man früher für unmöglich gehalten hat, ebenso unsere Zinkgießerei. Früher war in Deutschland die Zinkgießerei verschwindend. Für Gießereizwecke wurde das Zink meist nach Frankreich ausgeführt. Jetzt haben wir eine viel bedeutendere Zinkgießerei in Deutschland als in Frankreich, und dies ist auch eine ganz außerordentliche Exportindustrie, ebenso die Zinkfoliefabrikation. Wenn man künstlich die Zinkpreise auf dem inländischen Markt hochtreibt und nicht, wie bisher, durch die internationalen Zinkkonventionen die Preise in allen Ländern auf der gleichen Höhe gehalten werden, dann schädigen Sie diese Exportindustrie auch außerordentlich. Es ist aber auch in keiner Weise nachgewiesen, daß irgendwie eine dauernde Notlage in der Zinkindustrie besteht, ebensowenig wie man von einer dauernden Notlage in der Blei- und Kupferindustrie sprechen kann. Das sind lediglich vorübergehende Konjunkturerscheinungen, daß es einer derartigen Industrie einmal schlechter oder besser geht.

Ich möchte hinzufügen, daß wir 1899 über 70 000 t Zinkerze hauptsächlich für unsere rheinische Zinkindustrie einführt; und dann würde man ja mit Recht dahin kommen, daß diejenigen Zinkhütten, die gleichzeitig Zinkbergbau treiben — der oberschlesische Bergbau, der Harzer Bergbau, der auch etwas Blende fördert —, die er aber nicht selbst verhüttet, auch womöglich einen Zoll auf Zinkerze haben wollen. Es muß ja nach Ihrer Auffassung alles verzollt werden, um die Welt glücklich zu machen. Wenn die Preise nicht mehr so hoch sind wie früher, so gehen auch die Produktionskosten für Zink herab. Durch die besseren Methoden ist das Ausbringen wesentlich gestiegen; und speziell in Oberschlesien dadurch, daß man weniger Galmei und statt dessen reichere Zinkblende verhüttet, sind die Produktionskosten auch herabgegangen. Aus dem Preisrückgang kann man also nicht schließen, daß eine Notlage in der Zinkindustrie besteht.

Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz meint dann: ja, wenn man auf Eisen einen Zoll habe, sei es doch zum mindesten gerechtfertigt, auch auf Zink, Blei und Kupfer einen Zoll zu haben. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Grafen Kanitz gern zu, daß darin eine gewisse Logik steckt. Aber er müßte dann meines Erachtens viel eher zu dem Schlusse kommen, daß man den Roheisen Zoll abschafft. Das würde mindestens die gleiche Logik sein. Meine Herren, ich habe ja an anderer Stelle schon ausgeführt, daß wir einen Roheisen Zoll in dieser Höhe gegenwärtig thatsächlich nicht mehr bedürfen, und daß er zum Teil nach meiner Auffassung überflüssig, teilweise sogar schädlich ist, indem er bloß in denjenigen Zeiten zur Wirkung kommt, wo die Eisenindustrie den Bedarf nicht decken kann, wo die Nachfrage nach Roheisen eine kolossale ist und infolgedessen eine ungesunde Steigerung der Roheisenpreise eintritt, während er nicht zum Ausdruck kommt, wenn es der Hochofenindustrie weniger gut geht, wenn sie gezwungen ist, auch Roheisen selbst zu exportieren. Und da kann ich dem Herrn Grafen Kanitz nur mitteilen, daß neuerdings, wo es ja unserer Eisenindustrie weniger gut geht, sogar nach Amerika Roheisen und Spiegeleisen exportiert worden ist. Ich glaube, Sie befinden sich im

Irrtum mit der Annahme, daß unsere Einfuhr von Eisen und Eisenwaren aus Amerika in den letzten Jahren noch gestiegen ist. Ich kann wohl annehmen, daß Sie lediglich das Jahr 1900 im Auge gehabt haben, nicht das Jahr 1901. Im Jahre 1900 haben wir aber mit ganz anormalen Verhältnissen, mit ganz ungesunden Eisenpreisen und mit einer Roheisennot in der ersten Hälfte des Jahres zu rechnen gehabt, die höchst ungesunde Erscheinungen herbeigeführt hat, die dann den Rückschlag, der auf diesem Markte eingetreten ist, gezeitigt hat. Bei diesen ungesunden Preisen, bei der Roheisenknappheit und Not war allerdings eine Einfuhr notwendig. Diese ist aber seitdem außerordentlich zurückgegangen, und ich kann den Herrn Grafen Kanitz bloß bitten, das Dezemberheft, das er ja als Mitglied der Tarifkommission auch bekommen hat, noch einmal daraufhin durchzustudieren, in welcher kolossalen Weise die Einfuhr Deutschlands aus den Vereinigten Staaten von Maschineneisen und Eisenwaren zurückgegangen ist. Das ist ganz enorm.

Meine Herren, in einer Beziehung bin ich aber mit dem Herrn Grafen Kanitz doch einverstanden, darin nämlich, daß ein derartiges Hochhalten der Kohlen- und Kokspreise, wie wir es lange Zeit gehabt haben und teilweise noch haben, für unsere Eisenindustrie eine schwere Gefahr ist, und daß in dieser Beziehung die amerikanische Eisenindustrie auch gegenwärtig besser daran ist. Ich bin aber der Meinung, daß auf dem natürlichen Wege des Nachlassens der Nachfrage selbst so festgeschlossene Vereinigungen wie das Kohlsyndikat und Koks syndikat und die oberschlesische Kohlenverkaufsvereinigung schließlich dazu kommen werden, auch mit ihren Preisen herunterzugehen. Ich halte es für sehr bedenklich, für eine Versündigung an der deutschen Industrie, wenn derartige Syndikate Koks an das Ausland billiger liefern, als das nach Deutschland geschieht. Da ja vielleicht noch einige Herren, die diesen Sachen näher stehen als ich, zu Worte kommen werden, so möchte ich doch einmal die Anfrage stellen, wie es sich denn mit den Abschlüssen verhält, welche das westfälische Koks syndikat in Böhmen mit den dortigen Hochofenwerken gemacht hat, die meines Wissens immer noch 3 bis 4 *M.* niedriger sind als der Preis, zu dem das Koks syndikat in Westfalen und am Niederrhein verkauft.

Ich halte das für höchst bedenklich und unrichtig. Meine Herren, ich habe bei der Besprechung der Frage des Kohlsyndikates und der Preise seiner Zeit auch unserer preussischen Bergverwaltung den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie mit einer Steigerung der Kohlenpreise vorgegangen ist zu einer Zeit, wo die Konjunktur bereits in einem ganz gefährlichen Rückschlag begriffen war, und daß sie durch ihre Maßregeln, die den Sturz der Konjunktur sehr mit befördert haben, wesentlich dazu beigetragen hat, die Depression weiter zu verschärfen. Ich kann anerkennen, daß inzwischen, ich glaube, mit dem 1. Januar d. Js., die Bergverwaltung in Oberschlesien, wo sie ja für den Verkauf von Kokskohlen beinahe ausschließlich in Betracht kommt oder wenigstens maßgebend ist, die Preise herabgesetzt hat. Aber es wäre notwendig gewesen, wie ich das immer betont habe, wie das auch seiner Zeit die Kohlenkommission meines Wissens einstimmig für richtig anerkannt hat, schon damals die Preise herabzusetzen, und nicht, die Preise hochzuhalten.

Ich hoffe, daß der jetzige Herr Minister das Verständnis dafür haben wird, daß man nicht ungestraft lediglich aus fiskalischen Rücksichten die Preise hoch hält, weil man ein Monopol hat, sondern daß man auch der Konjunktur und der ganzen wirtschaftlichen Lage Rechnung tragen muß. Wenn der Bergfiskus nicht in dieser Beziehung die Konkurrenz gegenüber dem Syndikat aufrecht erhalten will, dann hat es gar keinen Zweck, daß wir ihm noch die große Erweiterung von Grubenfeldern zugestehen, die in Aussicht genommen ist; denn wir wollen nicht ein Monopol, das ausschließlich die Preise diktiert, sondern wir wünschen, daß der Bergfiskus nicht bloß fiskalische Interessen, sondern auch die Interessen der Allgemeinheit vertrete und die Konkurrenz gegenüber den Syndikaten und Monopolen aufrecht erhalte.

Vizepräsident Dr. Frhr. v. Heereman: Das Wort hat der Abgeordnete Schmieding.

Schmieding, Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte auf die Frage und auf den Streit, ob es richtig ist, einen Kupferzoll oder einen Zinkzoll einzuführen, hier nicht des Näheren eingehen. So viel glaube ich aber sagen zu können, daß man doch genau abwägen muß, auf welcher Seite die wesentlicheren Interessen stehen, und da ist es kein Zweifel, daß auch die Interessen der elektrotechnischen Industrie, in der wir, Gott sei Dank, in Deutschland an der Spitze marschieren, doch eine sehr ernstliche Erwägung verdienen. Auch aus dem Grunde konnte Graf Kanitz nicht die Notwendigkeit des Eisenzolles mit der Notwendigkeit eines Zolles auf Kupfer oder Zink in Vergleich stellen, weil wir in Deutschland, soviel ich mich augenblicklich habe informieren können, eine Kupferproduktion von nur 34 000 t haben gegen eine Roheisenproduktion von über 7 Millionen Tonnen. Also es läßt sich nicht einfach schließen: weil wir einen Roheisenzoll haben, müssen wir auch einen Kupferzoll einführen. Ich glaube, es hätte näher gelegen, daß Graf Kanitz auch hier den Interessenten für Kupfer und Zink den Weg der Selbsthilfe empfohlen hätte, ihnen empfohlen hätte, durch Syndikate sich zu bemühen, den einheimischen Markt zu behalten.

Herr Graf Kanitz liebt es ja, regelmäßig auf Amerika hinzuweisen. Er stellt uns auch heute Amerika als Beispiel der Politik hin, die wir bezüglich der Zollgesetzgebung zu beschreiten haben, und bis zu einem gewissen Grade bin ich ganz mit ihm einverstanden. Auch mir ist Amerika ein Beispiel, wie wir uns in Deutschland zu verhalten haben; aber nicht bloß bei der Zoll-, sondern auch bei der Verkehrspolitik. Nach meiner Ansicht besteht aber das amerikanische System darin, daß sich Amerika durch einen ausreichenden Zoll schützt und die liberalste Verkehrspolitik im Innern führt, und da bin ich der Ansicht, daß die Herren auch gut thäten, nicht die reaktionäre Verkehrspolitik, die sie bis jetzt geführt haben, weiter zu treiben, sondern nach amerikanischem Muster mit uns eine liberale Verkehrspolitik einzuschlagen, daß sie alle Wege des Verkehrs entwickeln, Eisenbahnen und Wasserstraßen. Eine solche reaktionäre Verkehrspolitik verträgt sich meiner Ansicht nach nicht mit hohen Schutzzöllen. Meiner Ansicht nach liegt das Geheimnis für das außerordentliche Gedeihen Amerikas nicht so sehr in den hohen Zöllen als darin, daß es einen außergewöhnlich billigen Tarif hat, daß es in der Lage ist, seine Produkte zu Tarifsätzen zu bewegen, die wir in Deutschland gar nicht

kennen. In Amerika wird der Tonnenkilometer ungefähr zu 1 Pfg. bewegt, während wir meist 3 bis 4 Pfg. zu zahlen haben, also auch das 3- bis 4fache an Transportkosten ausgeben, und das macht für das wirtschaftliche Leben ganz gewaltige Summen!

Ich habe mich aber wesentlich deshalb zum Worte gemeldet, um dem Herrn Grafen Kanitz auf eine Bemerkung zu antworten, die einen speziell auf das Kokssyndikat gerichteten Angriff enthielt. Ich will nicht mit ihm darüber streiten, ob es richtig gewesen wäre, den Preis für Koks seitens des Syndikats auf 15 *M.*, oder ob es vielleicht richtiger gewesen wäre, ihn 1 *M.* niedriger, auf 14 *M.*, zu normieren. Nach meinem Sentiment hätte man wohl richtiger 14 *M.* gewählt; aber um das genau beurteilen zu können, muß man so eingehend die Verhältnisse des Marktes studiert haben, daß ich mich eines Urteils enthalten möchte. Für die Kritik über das Geschäftsgebahren des Syndikats ist diese Frage ja auch unerheblich.

Die Bemerkung des Herrn Grafen Kanitz, das Kokssyndikat habe seine Produktion um 43 pCt. deshalb eingeschränkt, um die hohen Preise halten zu können, giebt mir aber Veranlassung zu einigen Worten der Erwiderung, weil ich daraus glaube entnehmen zu müssen, daß die Vorstellung, die der Herr Graf Kanitz über die Bedeutung dieser Ziffer hat, doch eine irrige ist.

Meine Herren, diese Feststellung der Förderziffer im Syndikat, wie sie regelmäßig jährlich oder jetzt vierteljährlich erfolgt, bezweckt keineswegs eine künstliche Zurückschraubung des Absatzes und bezweckt keineswegs, dadurch hohe Preise für den Rest des Absatzes zu erzielen. Diese Festsetzung der Förderziffer ist tatsächlich gar nichts anderes als die Feststellung eines Förderplanes, es ist eine Etatisierung der Summe des Kontingents, welche das Syndikat glaubt, in dem bevorstehenden Zeitraum, also in dem bevorstehenden Vierteljahr, absetzen zu können. Das Syndikat befolgt damit genau die Methode, die auch der Staat bei seinen Bergbaubetrieben beispielsweise in Saarbrücken befolgt, indem er auch einen Etat aufstellt und sagt: ich glaube, ich kann in diesem Jahre diese bestimmte Summe absetzen, und darnach haben sich die Zechen mit ihrer Förderung einzurichten. Genau so macht es das Kohlensyndikat. Denn sie müssen bedenken, daß bei der Beteiligung der verschiedenen Zechen an dem Gesamtabsatz es darauf ankommt, für alle Zechen eine Gleichmäßigkeit in der Beteiligung zu erzielen, und da die Zechen naturgemäß bestrebt gewesen sind, eine möglichst hohe Beteiligung bei dem Syndikate zu bekommen, so ist es auch naturgemäß, daß das Syndikat nicht in der Lage ist, diese ganze Menge der Beteiligung auch nun zumal in schlechten Zeiten zum Absatz zu bringen. Deshalb kommt es her und erklärt mit jedem Vierteljahr: ich werde voraussichtlich, soweit ich die Absatzlage jetzt beurteile, nur folgende Mengen zum Absatz bringen können, und danach habt ihr Zechen nach der Maßgabe eurer Beteiligung euch also nun zu richten. Eine Einschränkung im Absatz ist keineswegs damit verbunden und auch nicht beabsichtigt. Meine Herren, es hieße das ja auch, daß sich die Herren in das eigene Fleisch schneiden würden; sie haben alle das größte Interesse, den Absatz so intensiv und so ausgedehnt zu gestalten wie nur denkbar. Und das thut das Syndikat auch tatsächlich nach der Aufstellung des Etats; wenn es weitere Fördermengen absetzen kann, als es etatisiert hat, so ist das

natürlich nur der Vorteil der durch das Syndikat vertretenen Zechen. Das Wort „Fördereinschränkung“ hat wohl den Anlaß gegeben zu dem Mißverständnis, das so vielfach bezüglich dieser Förderziffer besteht.

Meine Herren, daß es nicht bloß die Absicht des Syndikates ist, den Absatz nicht einzuschränken, sondern daß auch die Wirkung durch die Maßnahmen, die das Syndikat getroffen hat, dieser Absicht entsprochen hat, das sehen sie aus der außerordentlichen Vermehrung der Förderung unter der Herrschaft des Syndikats. Die Zunahme der Kohlenförderung hat in den letzten 8 Jahren, seit 1893 bis heute, in der ganzen preussischen Monarchie beim Bergbau ungefähr 50 pCt. betragen, während beim Kohlsyndikat die Förderung um 55 pCt. gestiegen ist, also in einem nicht unerheblich stärkeren Prozentsatz als bei den nicht syndizierten Zechen.

Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß die Syndikate selbstverständlich auch ihre Schattenseiten haben, und eine der schwierigsten Aufgaben ist diejenige, welche der Herr Kollege Gothein erwähnt hat, die Frage, wie es möglich ist, die Preise im Ausland so zu stellen, daß der heimischen Industrie dadurch kein Schaden zugefügt wird; aber diese Frage hat an und für sich mit den Syndikaten nichts zu thun. Hier handelt jeder selbständige Unternehmer, jeder Werkbesitzer genau ebenso wie ein Syndikat. In Zeiten der Absatzstockung fragt sich jeder, wie kannst du den Produktionsüberschuß, der dir die Selbstkosten wesentlich verringert, im Auslande absetzen? — und daß er gezwungen ist, an der Peripherie des Absatzes die Preise möglichst billig zu stellen, das ist naturgemäß; denn zu den Produktionskosten kommen die hohen Frachtkosten hinzu, und die sind in Deutschland ja leider immer noch viel zu hoch, sodaß er genötigt ist, um gegen fremden Wettbewerb überhaupt noch konkurrenzfähig zu sein, die Preise möglichst billig zu stellen, so billig wie es die Lage des Weltmarkts fordert.

Ich glaube deshalb nicht, daß es richtig ist, diese Angriffe speziell gegen die Syndikate und gegen die Kartelle hier immer zu wiederholen. Auch da möchte ich den Herrn Grafen Kanitz auf das Beispiel von Amerika hinweisen; dort haben wohl ein Dutzend der einzelnen Staaten versucht, jede Syndikatsbewegung dadurch zu hindern, daß sie sogar jede Verabredung, welche auf die Beschränkung der freien Konkurrenz gerichtet war, mit Strafe bedroht haben. Was ist der Erfolg in Amerika gewesen? Der Erfolg war der, daß sich zwar die Kartelle und Syndikate in diesen Staaten vermindert haben; statt dessen haben sie aber die großen Truste geschaffen, die heute nicht mehr mit Millionen, sondern mit Milliarden arbeiten; der bedeutendste Trust hat ja wohl ein Kapital von 1 Milliarde und 600 Millionen. Das ist die Folge, wenn man eine an und für sich gesunde Bewegung in dieser rauhen Weise unterbricht; und daß das eine gefährliche Konkurrenz ist, die uns jetzt aus Amerika droht, eine Konkurrenz, die mit solchen machtvollen Kapitalmitteln arbeitet, das liegt auf der Hand, und ich bin überzeugt, den Kampf gerade gegen das assoziierte amerikanische Kapital wird der Einzelunternehmer nicht bestehen können; vereinzelt wird er im Wettkampfe mit dieser gewaltigen Macht unterliegen. Da ist es dringend notwendig, dieser Konkurrenz durch eigene Zusammenschließungen die Spitze zu bieten. Das ist der wesentlichste Grund, weshalb auch

bei uns die Vereinigung zu Syndikaten und Kartellen geboten ist.

Meine Herren, wir sind nach meinem Dafürhalten erst am Anfang der Kartell- und Syndikatsbewegung, und ich glaube nicht, daß es richtig ist, wie man es in Amerika zum Schaden des wirtschaftlichen Lebens versucht hat, diese Entwicklung zu unterbinden und fortwährend Angriffe auf die Syndikate zu richten. Nicht nur für die Industrie, sondern fast noch mehr für die Landwirtschaft wird diese Syndikatsbildung für die Folge notwendig sein, wenn Sie diese wieder zur Prosperität bringen wollen. Sie haben ja die Anfänge bereits gemacht bei dem Spiritus- und bei dem Zuckersyndikat, und ich meine, diese Verhältnisse ständen dem Herrn Grafen Kanitz doch näher als das Kohlen- und Koksyndikat und er thäte besser, sich eingehender mit diesem zu beschäftigen, als fortwährend seine Angriffe gegen die Syndikate in der Industrie zu richten.

Präsident v. Krücher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Arendt (Mansfeld).

Dr. Arendt (Mansfeld), Abgeordneter: Meine Herren, ich werde dem Herrn Vorredner im Zusammenhang der heutigen Debatte auf die große und umfassende Frage der Syndikatsbildungen nicht folgen. Nur ein Wort nach der Richtung, daß er den deutschen Kupferproduzenten den Rat gegeben hat: sie möchten doch zur Selbsthilfe greifen und mit einem Syndikate sich zu helfen suchen. Das halte ich, soweit die deutschen Verhältnisse in Betracht kommen, für ganz unmöglich, weil die deutsche Kupferproduktion im Verhältnis zum deutschen Kupferkonsum viel zu gering ist, um einen maßgebenden Einfluß auf die Preisbildung in Deutschland, namentlich ohne einen entsprechenden Kupferzoll, ausüben zu können; thatsächlich ist außerdem fast die gesamte deutsche Kupferproduktion in einer Hand. Im übrigen ist ein großer Teil der Klagen, welche die Kupferproduzenten vorzubringen haben, veranlaßt durch die Syndikatsbildung im Kupfer in Amerika.

Nur nach einer Richtung möchte ich dem Herrn Vorredner noch eine Bemerkung machen. Er meinte: das wahre Heilmittel sei eine Politik, wie sie in den Vereinigten Staaten getrieben werde: ausreichender Zoll und liberale Verkehrspolitik!

Nun, bezüglich des ausreichenden Zolles stimme ich dem Herrn Vorredner durchaus zu und bin deshalb der Meinung, daß ein solcher ausreichender Zoll auch dem heimischen Bergbau zu teil werden sollte.

Was die liberale Verkehrspolitik betrifft, so kann ich auch da mit dem Herrn Vorredner insoweit übereinstimmen, daß auch ich eine Tarifpolitik wünsche, welche, soweit die Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage es zuläßt, im Interesse der heimischen Produktion möglichst billige Tarifsätze mit sich bringt. Aber, meine Herren, für den Herrn Vorredner scheint die liberale Verkehrspolitik sich in dem einen Worte zu verkörpern: Kanal! Das, meine Herren, ist für mich nicht der Inbegriff einer liberalen Verkehrspolitik. Ich will selbstverständlich auf diese Frage heut nicht des weiteren eingehen; ich will nur dem Herrn Vorredner bemerken, daß ich für eine solche Tarifpolitik eintrete, welche nicht einzelnen bevorzugten Landesteilen zu gute kommt, sondern dem gesamten Lande, dem gesamten Staate und daß ich den Kanal, den Mittellandkanal, den ja doch auch der Herr Vorredner allein im Auge hatte, bekämpft habe und auch künftig bekämpfen werde, haupt-

sächlich deshalb, weil ich der Ueberzeugung bin, daß durch den Kanal eine wirklich liberale Verkehrspolitik, d. h. eine solche, welche allen Teilen des Landes die erwünschte Ermäßigung der Tarife bringt, unmöglich gemacht wird.

Nun, meine Herren, möchte ich meine Genugthuung darüber aussprechen, daß die Debatte heute hier in der bisherigen Weise stattgefunden hat. Es gereicht mir das umso mehr zur Genugthuung, wenn ich mich erinnere, wie vor 16 Jahren bereits hier eine ähnliche Debatte stattgefunden hat, wie aussichtslos damals im großen und ganzen die Anregungen für den Kupferzoll gewesen sind und wieviel besser heute nach meiner Ueberzeugung und auch nach den Erklärungen, die wir von dem Herrn Minister gehört haben, die Aussichten stehen. Damals haben die Abgeordneten Frhr. v. Schorlemer-Alst, v. Rauchhaupt und ich selbst hier die Frage des Kupferzolles vertreten, und der Herr Kollege Reinicke hat schon verlesen, wie damals sich Fürst Bismarck zu dieser Frage geäußert hat, wie damals schließlic die Sache sich darauf zuspitzte, daß die Sache noch nicht reif ist. Meine Herren, heute ist sie reif und ist mehr als reif. Nach dieser Richtung muß ich anerkennen, daß die Haltung des Herrn Ministers hier eine solche gewesen ist, wie wir sie nicht anders von ihm erwarten konnten. Es wäre in der That unmöglich gewesen, daß, während der Zolltarif den Reichstag beschäftigt, der Herr Handelsminister hier eine Stellung genommen hätte gegen diejenige, die die verbündeten Regierungen in dem Zolltarif eingenommen haben. Wir haben aber dankbar aus seinen Worten herausgehört, daß wir, wenn im Reichstag ein Beschluß zu Gunsten des Kupferzolles, für den ich in erster Linie eintrete, stattfinden sollte, jedenfalls auf eine wohlwollende Erwägung eines solchen Beschlusses rechnen können, und ich kann nach dieser Richtung hin es nur mit Freuden begrüßen, wenn der Herr Minister eine Konferenz der beteiligten Interessenten in Aussicht gestellt hat.

Der Herr Abgeordnete Schmieding und vor ihm der Herr Abgeordnete Gothein haben mit vollkommenem Rechte darauf hingewiesen, daß den Interessenten des Kupfererzbaues die Interessenten der Kupfer verarbeitenden Industrien gegenüberstehen. Aber, meine Herren, nach dieser Richtung hin glaube ich, ist eine große Verschiebung in den letzten Jahren zu Gunsten des Kupferzolles eingetreten. So liegen die Dinge doch nicht, wie der Herr Abgeordnete Gothein sie hier geschildert hat. Der Herr Abgeordnete Gothein sagte zunächst, er wäre ein Selbstinteressent für Mansfeld. Nun das spielt ja hier keine Rolle; denn unsere eigenen Interessen vertreten wir hier nicht, sondern wir vertreten die allgemeinen Interessen. Wenn er aber dann hinzugefügt hat, daß er nicht wünsche, daß der Betrieb in Mansfeld zu sehr erweitert werde, so möchte ich ihm erwidern, daß nur durch diese Erweiterung des Betriebes die Aufrechterhaltung desselben in den schweren Notjahren der letzten Jahrzehnte möglich gewesen ist. Wäre diese Erweiterung nicht eingetreten, so gehörte der Mansfelder Bergbau jetzt vielleicht bereits der Vergangenheit an.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat dann auf die elektrische Industrie verwiesen, auf die Bronzeindustrie, auf die Eisenindustrie. Ich will die letzte zuerst erwähnen. Er meint, die Eisenindustrie sei beteiligt, weil die Verhüttung kupferhaltiger Eisenerze notwendig auch mit Zoll belegt werden müßte, wenn man den Kupferzoll einführt.

Diese Notwendigkeit, Herr Abgeordneter Gothein, sehe ich nicht ein. Ich bin der Meinung, daß man die kupferhaltigen Eisenerze ruhig wie bisher einlassen kann, daß eine besondere Heraushebung dieser Erze nicht notwendig ist. Damit entfällt alles, was Herr Gothein nach dieser Richtung gesagt hat. Der angestrebte Kupferzoll ist an sich und gegenüber dem Werte des Kupfers ein so geringfügiger, daß ein solcher Zoll auf die minimalen Teile, die in anderen Erzen an Kupfer enthalten sind, wirklich thatsächlich nicht in Betracht kommen kann.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat uns selbst gesagt, daß er sich hier während der Rede erst schnell präpariert hat, und so will ich ihm ein kleines Versehen nicht besonders anrechnen, das ich aber doch aufklären muß. Er hat nämlich bei dieser Gelegenheit die Interessen der Kupferhütten den Interessen des Kupfererzbergbaues gegenübergestellt. Er hat die Zahl der Arbeiter angegeben: 14 000 — ich lasse die kleinen Zahlen fort — sind beim Kupfererzbergbau beschäftigt, dagegen auch 4000 bei den Kupferhütten. Dabei hat der Herr Abgeordnete Gothein nur eins übersehen. Dieser Kupfererzbergbau und diese Kupferhütten, das ist beides Betrieb der Mansfelder Gewerkschaft, deren Gesamtbelegschaft 18 800 beträgt. Ich habe hier die genaue Statistik zur Hand. Es giebt, abgesehen von einigen Neubegründungen, im letzten Jahre und von Kupferproduktion im Nebenbetriebe in Deutschland nur die Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft als Kupferproduzent. Die Interessenten an Kupferhütten und Kupfererzen sind also dieselben Personen und dieselben Arbeiter.

Wenn der Herr Abgeordnete Gothein darauf hingewiesen hat, daß man beim Bergbau keine regelmäßigen Dividenden erwarten solle, der Gewinn sei einmal groß, dann einmal klein, das gleiche sich schließlic aus, — ja, Herr Abgeordneter Gothein, das mag vom Standpunkte des Kapitalisten, vom Dividendenstandpunkte aus zutreffen; aber wir fechten für diese Sache nicht vom Standpunkte des Kapitalisten, sondern des Arbeiters, vom Standpunkte derer, welche in dieser Produktion thätig sind, und die in den Zwischenzeiten des Niederganges vor der Gefahr der Brotlosigkeit stehen und davor geschützt werden sollen, und sie dagegen zu schützen, ist der Zweck einer nationalen Schutzzollpolitik.

Was dann die Bronzeindustrie betrifft — ähnlich gilt das auch von der elektrischen Industrie —, so muß ich anerkennen, daß ein hoher Schutzzoll auf Kupfer für diese Industrie schädigend in Betracht kommen könnte; aber die mäßigen Sätze, die hier gefordert werden, in der einen Petition 6 *M.* in einer früheren Eingabe 3 *M.* pro 100 kg, fallen, selbst wenn der Zoll im Preise voll zur Geltung kommt, für die kupferverarbeitenden Industrien kaum ins Gewicht. Meine Herren, wenn bei einer Kunstindustrie das Rohprodukt im Pfunde 3 oder 6 Pfg. verteuert werden sollte, so kommt das gegen die anderen Ausgaben solcher Industrien gar nicht in Betracht. Dagegen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nach meiner Ueberzeugung unsere kupferverbrauchenden Industrien selbst jetzt ein Interesse haben an der Einführung eines Kupferzolles, und das macht einen wesentlichen Unterschied gegen die früheren Verhandlungen und auch selbst gegen die Verhandlungen im Wirtschaftlichen Ausschuss.

Meine Herren, der Herr Minister hat in seiner ersten Rede darauf hingewiesen, daß eine starke Steigerung des

Konsums durch die Hebung der elektrischen Industrie eingetreten, dann aber durch den Rückgang des Konsums der Preisrückgang erfolgt sei, und das zu hoffen sei, daß die innere Entwicklung der elektrischen Industrie wieder zu einer Steigerung führen würde. Der Herr Minister hat dann aber auch schon hervorgehoben, die ringartige Preisbildung beim Kupfer. Meine Herren, ich halte es für überaus wichtig, daß durch die Verhältnisse der Kupferproduktion in den Vereinigten Staaten die Preisbildung bei diesem wichtigen Produkt ganz und gar in die Hände eines Ringes gegeben ist, der, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, in der rücksichtslosesten Weise seine Macht geltend macht. Denn ein so starker Rückgang, wie er in den letzten Wochen eingetreten ist, ein Rückgang um ein Drittel des Wertes, der dann gefolgt wurde von einer Steigerung, die beinahe die Hälfte des Rückganges wieder ausgeglichen hat, das sind keine natürlichen Preisbewegungen, wie sie auf der gesunden Basis des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auftreten, sondern es sind ungesunde Preisrevolutionen, hervorgerufen durch Börsenmanipulationen der amerikanischen Milliardäre, und es ist in der That traurig, meine Herren, daß derartige Manipulationen an der New-Yorker Börse, die doch ganz bestimmte Zwecke verfolgen, eine solche Rückwirkung auf unsere deutschen Verhältnisse haben dürfen, daß unsere deutschen Arbeiter darunter zu leiden haben, daß eine Lohnreduktion um 10 pCt. bei der Kupferindustrie hat leider eintreten müssen, lediglich infolge eines Rückganges des Kupferpreises, der auf dieser ungesunden Grundlage ruht.

Was war der Zweck dieses Preissturzes? Daß der amerikanische Ring seine Herrschaft über die anderen Kupferproduzenten erweitern will, daß er sie gefügig machen will, mit in den Ring einzutreten. Unter solchen Umständen hat meines Erachtens die deutsche kupferverbrauchende Industrie, die Elektrizitäts- sowohl wie die Bronzeindustrie ein sehr großes Interesse daran, daß sich außerhalb dieses Ringes eine selbständige, deutsche, kupfererzeugende Industrie aufrecht erhält, welche auch in einer späteren Zukunft die Sicherheit für die kupferverbrauchende Industrie giebt, daß sie eine stetige Versorgung finden wird.

Der Herr Minister hat nun bezweifelt, ob ein so kleiner Schutzzoll, wie er hier gefordert wird, der Kupfererzeugung wirklich Nutzen bringen wird gegenüber diesen außerordentlichen Preisschwankungen, die beim Kupfer zu Tage getreten sind. Ich gebe dem Herrn Minister vollkommen recht; wenn die Preisbildung des Kupfers natürlich und gesund wäre und auf der Grundlage des Angebots und der Nachfrage beruhte, dann würden solche kleinen Zollsätze eine wirkliche Schutzwirkung nicht ausüben können. Aber gegenüber dieser ungesunden Entwicklung des amerikanischen Ringwesens kann auch der kleinste Schutzzoll schon eine thatsächliche und heilsame Wirkung ausüben.

Diese besteht darin, daß an unseren Grenzen eine Barriere errichtet wird, und daß in solchen Zeiten, wie in den letzten Wochen, wo es den amerikanischen Ringbildnern plötzlich gefällt, die Preise herabzuwerfen, sie da im starke sind, Kupfervorräte auf den deutschen Markt zu werfen, daß sie jedenfalls die zollfreien Märkte vorziehen werden und die Kupfermassen dahin verladen und daß es infolgedessen in Deutschland wenigstens möglich sein wird, einen gewissen Rückhalt für die heimische Produktion und deren Absatz zu bieten. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus, meine ich, hat auch ein kleiner

Schutzzoll eine sozial günstige Wirkung, während auf der andern Seite dieser Zoll an sich so gering wäre, daß man mit Recht nicht dagegen geltend machen kann, daß mehr Hände der Rohstoffe verarbeitenden Industrien hier in Betracht kommen.

Ich will die Parallele zwischen Eisen- und Kupferindustrie nicht aufnehmen und nur daran erinnern, daß für Eisen ein Schutzzoll von 20 pCt. des Wertes besteht, und hier nur ein Schutzzoll von 4 pCt. angesirebt wird; ich will auch nicht darauf eingehen, daß man eigentlich gar nicht den Roheisenzoll, sondern den um 50 pCt. höheren für das Halbabrikat zum Vergleich wählen mußte, da erst dieses zur Fabrikation fertig ist, während das Kupfer nach dem Verhüttungsprozesse gleich seinerseits zur Fabrikation fertig ist. Ich meine aber, in der Art kann man doch nicht verfahren, daß man die Eisentonnen und die Kupfer-tonnen nebeneinander stellt, wie der Herr Abgeordnete Schurieding gethan hat; denn man darf doch nicht vergessen, einen wie viel höheren Wert die Kupferproduktion repräsentiert.

Meine Herren, dem Herrn Abgeordneten Gothein gegenüber muß ich doch sagen, daß es mich einigermaßen verwundert, wenn er tadelte, daß diese Frage, die die Zolltarifkommission im Reichstag gegenwärtig beschäftigt, auch hier zur Sprache gebracht wird. Wir haben das immer so gehalten, daß gerade bei solchen Fragen, welche der Reichsgesetzgebung im Augenblick unterliegen, auch die preussische Volksvertretung das Recht und die Befugnis hat, ihre Meinung geltend zu machen, und die Interessen, die sie zu vertreten hat, wahrzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat sich nun die Bekämpfung des Herrn Grafen Kanitz einigermaßen leicht gemacht, indem er zwei Sätze, die in gar keinem Zusammenhang miteinander standen, hier vereinigt vorbrachte, nämlich den, daß Herr Graf Kanitz von einer Preiserhöhung des Kupfers eine Vermehrung der Kupferproduktion erwartete und dann das Beispiel von dem Wein im Elsaß, der nicht ausreicht.

Der Herr Graf Kanitz hat diese beiden Dinge in einem vollkommen anderen Zusammenhang gebracht. Selbstverständlich hat Herr Graf Kanitz nicht sagen wollen und auch nicht sagen können, daß die deutsche Kupferproduktion sich ins ungemessene vermehren ließe; das ist ja doch einfach absurd. Aber daß die Kupferproduktion sich vermehren läßt, beweisen die Zahlen, welche vorliegen, und beweist auch der Umstand, daß in Zeiten hohen Preisstandes, wie in den letzten Jahren, an Stätten, wo man den Bergbau längst aufgegeben hatte, wieder von neuem Kupferbergbau aufgenommen worden ist. Darin kann ich dem Herrn Grafen Kanitz nur zustimmen, daß alle Gründe, welche man gegen einen Kupferzoll anführt, sich auch gegen die meisten der übrigen Schutzzölle richten lassen, und umgekehrt, alle Gründe für die Schutzzollpolitik auch hier zutreffen, sodaß wir eigentlich die ganze große Frage von Freihandel und Schutzzoll hier aufrollen müßten, wenn wir diese Frage im einzelnen besprechen wollten; ich bin nun aber nicht der Meinung, daß das hier am Platze ist.

Der Herr Graf Kanitz hat dann mit sehr großem Recht auf die hohen Lasten hingewiesen, welche die heimische Produktion zu tragen hat: auf die Lasten an Steuern, auf die Lasten nach der sozialen Richtung, auf die Lasten für unser gesamtes staatliches Leben. Wir haben es hier mit

einer Produktion zu thun, die eine eigenartige Stellung insofern einnimmt, als sie nicht weitverzweigte Betriebe in den verschiedenen Landesteilen hat, sondern das sie im wesentlichen konzentriert ist auf einen ganz bestimmten Bezirk, für diesen Bezirk aber von einer ausschlaggebenden Bedeutung ist. Meine Herren, die deutsche Kupferproduktion konzentriert sich in Mansfeld im wesentlichen, und es sind von ihr nicht nur die gesamte Bevölkerung der beiden Mansfelder Kreise, sondern auch weiter umliegende Bezirke vollständig in ihrer Existenz abhängig. Teile des Sangerhausener Kreises des Querfurter Kreises, des Saalekreises, Teile von Auhalt sind gleichfalls von dem Wohlergehen der Mansfelder Gewerkschaft abhängig. Ich berechne den Bevölkerungskreis, um dessen Interessen es sich hier handelt, auf etwa 200 000 Seelen, und das, meine Herren ist doch schon ein nicht unerheblicher Teil unseres preussischen Volkes. Wie der Herr Abgeordnete Reinicke in seinen heutigen Ausführungen mit Recht hervorgehoben hat, handelt es sich um eine Bevölkerung, die ihren vaterländischen Geist, ihre königstreue Gesinnung immer bewiesen hat, die alle sozialdemokratischen Anfechtungen immer erfolgreich abgewiesen hat und die deshalb auch berechtigt ist, das Interesse des Staates für sich in Anspruch zu nehmen. Meine Herren, ich bin überzeugt, das die entgegenstehenden Interessen sowohl der elektrischen wie der Bronzeindustrie durch einen niedrigen Kupferzoll nicht in dem Masse beschränkt oder bedroht werden, das, wie der Herr Abgeordnete Gothein meinte, sie einstimmig sich gegen einen solchen Schutz unseres heimischen Bergbaues aussprechen werden. Ich habe vielmehr das Vertrauen, das, wenn der Herr Handelsminister die Konferenzen herbeiführen wird, die er uns zu meiner Freude angekündigt hat, da die überwiegenden Gründe, welche dafür sprechen, gegenüber der amerikanischen Ringbildung unserer heimischen Kupferproduktion einen gewissen Rückhalt durch den Schutzzoll zu verleihen, auch von den übrigen Industrien jetzt nach den Ereignissen der letzten Monate eine unbedingte Anerkennung finden werden. Meine Herren, wenn ich mich der Hoffnung hingebe, das es gelingen wird, im Reichstage für den Kupferzoll eine Mehrheit zu finden, so kann ich aus der heutigen Debatte zu meiner Genugthuung die Ueberzeugung mitnehmen, das seitens der preussischen Regierung nach den Worten, die wir von dem Herrn Handelsminister gehört haben, ein solcher Schutz unseres heimischen Bergbaues in wohlwollende Erwägung genommen wird. Ich bin der Ueberzeugung, das diese Erwägung dann dahin führen wird, das wir den Kupferzoll diesmal wirklich erreichen werden. Wir werden damit einen wichtigen Zweig unserer vaterländischen Arbeit schützen und aufrecht erhalten in Zeiten der Not, wie sie vielleicht bevorstehen. Meine Herren, wenn wir dazu beitragen, so werden wir zugleich für eine Bevölkerung sorgen, welche dieser Sorge im höchsten Masse würdig ist, und welche durch ihr ganzes Verhalten gezeigt hat, das sie das Wohlwollen der Königlichen Staatsregierung und der Gesetzgebung verdient. Ich bitte sie deshalb, meine Herren, auch im weiteren Verlaufe der Diskussion sich den Anregungen auf Einführung eines Kupferzolles, welcher ja auch in früheren Jahren von den verschiedensten Parteien hier vertreten worden ist, anzuschließen und schliesse mit der Hoffnung, das es uns gelingen werde, nicht wieder wie vor 16 Jahren vergebliche Arbeit

zu thun, sondern das wir diesmal das Ziel auch wirklich erreichen werden.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Fritzen (Borken).

Fritzen (Borken), Abgeordneter: Meine Herren, es sind ja bei diesem Titel die verschiedenartigsten Gegenstände zur Sprache gebracht worden; es ist gesprochen worden von der Kanalfrage, dem Kohlensyndikat und Koks-syndikats, und schliesslich hat sich eine grosse Zolldebatte entwickelt über den Kupfer- und Zinkzoll. Selbstverständlich hat jeder Abgeordnete das Recht, bei diesem Titel auf diese Fragen einzugehen, und ich will keinem das Recht beschränken, auch den Kupferzoll bei diesem Titel zur Sprache zu bringen. Aber, meine Herren, es scheint mir doch, wenn zwei oder drei Stunden auf eine Kupferzolldebatte verwendet werden, etwas zu weitgehend, und ich habe keine Lust, den Herren Rednern auf diesem Wege zu folgen, zumal ich der Ueberzeugung bin, das wir dieselben Reden von denselben Herren im Reichstage noch einmal zu hören bekommen werden.

Ich werde mich daher darauf beschränken, zu dem Titel Bergwerke selbst ein paar Worte zu sagen und die Frage zu stellen, ob der Herr Handelsminister wirklich glaubt, das die Summe von 151 314 600 *M.* als Erträgnis aus den Bergwerken im künftigen Etatsjahr thatsächlich erzielt werden wird. Meine Herren, ich möchte Sie darauf hinweisen, das die Summe noch höher gegriffen ist, als sie für das laufende Etatsjahr angenommen war. Nun haben sich aber die Verhältnisse seit der Zeit, das wir den vorjährigen Etat beraten haben, nicht nur nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert, und deshalb ist es mir auffallend gewesen, das in der Berechnung über den Erfolg der Steinkohlenbergwerke im kommenden Etatsjahre eine grössere Förderungssumme angenommen ist als im Etat für 1901 und 1900. Ob das wirklich zutrifft, darüber habe ich schwere Bedenken.

Was die Preise angeht, so sind für das Jahr 1902 dieselben Preise angenommen, wie sie für das Jahr 1901 angenommen waren, allerdings etwas geringer, als sie im Jahre 1900 wirklich erzielt worden sind. Nun ist mir bekannt, das, was wenigstens den Ruhrkohlenbergbau anbetrifft, doch eine erhebliche Ermässigung des Kohlenpreises wahrscheinlich bevorsteht, und man hegt allgemein die Erwartung, das in der nächsten Sitzung des Syndikats, wo Beschlufs für das kommende Jahr gefasst wird — nicht nur der Lage des Marktes, sondern auch dem Druck der öffentlichen Meinung entsprechend —, eine erhebliche Ermässigung der Preise beschlossen wird. Das dann der Fiskus mit seinen Kohlenwerken im Saargebiet und auch in Oberschlesien folgen wird, das scheint mir ganz zweifellos, und ich glaube deshalb nicht, das wir die Summe von 151 Millionen Mark im Jahre 1902 erzielen werden.

Bei Erzbergwerken scheint mir die Veranschlagung eine viel richtigere zu sein, und da möchte ich hervorheben, das aus dieser Veranschlagung sich so recht die Not der Erzbergwerke ergibt. Es ist veranschlagt gegen den wirklich erzielten Preis von 1900 für Bleierz in der Friedrichsgrube die Summe von 109,49 *M.* für die Tonne gegen den erzielten Preis von 134,95 *M.* für 1900, bei der Berginspektion Klausthal 169 *M.* für die Tonne gegen den wirklich erzielten Preis von 238,68 *M.* im Jahre 1900. Das sind Preisunterschiede von 30 bis 40 pCt., und Sie

werden daraus entnehmen, daß es im Bleibergbau in der That sehr schlecht aussieht.

Wenn ich auf den Kohlenbergbau zurückkomme, so möchte ich an den Herrn Handelsminister die Frage stellen, ob er glaubt, daß die Summe von 151 Millionen erreicht wird. Wenn ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse, wie sie mir zu Gebote stehen bezüglich des Ruhrkohlenbergbaus — über den Stand in Oberschlesien und im Saargebiet bin ich nicht genau unterrichtet —, urteilen soll, so möchte ich gelinde Zweifel hegen und glauben, daß wir vielleicht um 10 oder 20 Millionen weniger einnehmen werden. Für den Etat würde das ein schwerer Ausfall sein. Allerdings — das will ich hinzufügen — für das Land würde es mich freuen, wenn die Kohlenpreise, die noch sehr hoch sind, wesentlich ermäßigt werden; es würde mir lieber sein, daß die Kohlenpreise für Industrie und Hausbedarf wesentlich fallen, als daß wir diese in dem Etat vorgesehene Summe bei Aufrechthaltung der Kohlenpreise wirklich erreichen.

Meine Herren, ich möchte nun noch eine Frage an den Herrn Minister richten; die bezieht sich auf den Ankauf von Zechen. Wir haben hier schon mehrere Wochen getagt; heute ist nach meiner Auffassung die erste Gelegenheit, den Herrn Handelsminister zu bitten, uns über diese Frage, wie sie heute steht, Auskunft zu geben; ich möchte den Herrn Minister also bitten, uns heute eine vorläufige Auskunft darüber zu geben, wenn ihm das möglich ist, in welchem Umfang der preussische Fiskus Zechen im Ruhr- oder Saargebiet oder in Oberschlesien anzukaufen gedenkt.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Herr Minister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, auf die letzte Frage kann ich gleich antworten, daß wir weder im Saargebiet noch in Oberschlesien Ankäufe von Zechen oder Grubenfeldern beabsichtigen, daß dagegen Verhandlungen in Westfalen gepflogen und zum Abschluß gebracht sind, über die Ihnen voraussichtlich in der allernächsten Zeit eine Vorlage zugehen wird. Der Betrag, der früher in der Presse auf etwa 50 Millionen beziffert worden ist, wird sich in der Vorlage voraussichtlich auf 58 Millionen stellen. Es handelt sich hier lediglich, wenigstens in der Hauptsache, um Felder, die noch vollständig unberührt liegen, die lediglich erbohrt und verliehen sind. Es handelt sich aber auch um eine größere Zeche, die bereits 2 Doppelschachtanlagen niedergebracht hat, die bereits im Kohlengebirge angelangt ist, die bereits soviel Kohle fördert, wie sie für ihren eigenen Bedarf notwendig hat, die aber erst im Laufe von einigen Jahren daran wird denken können, erhebliche Kohlenmengen ihrerseits auf den Markt zu bringen. Es wird daher auf den Markt der westfälischen Kohlen diese Erwerbung in allernächster Zeit einen Einfluß noch nicht ausüben.

Was die Befürchtungen des Herrn Vorredners betrifft, wir wären bei Abmessung der Einnahmen aus den Kohlenbergwerken im Etat unvorsichtig gewesen, so glaube ich, Ihnen die Versicherung geben zu können, daß das nicht der Fall gewesen ist, daß wir im Gegenteil mit Sicherheit hoffen, daß die Beträge, die eingesetzt sind, auch erzielt werden. Er möge dabei berücksichtigen, daß der vorjährige Etat im laufenden Jahr durch die Erträge erheblich überschritten ist, und daß daher die Beträge im vorjährigen Etat nicht maßgebend sind für die Ansätze in dem neuen Etat.

Was die Preisbildung anbetrifft, so halte ich es nicht

für möglich, daß der Fiskus allein gegen den Markt die Preise wirft; der Fiskus muss sich — das ist seine Pflicht — an die allgemeine Marktlage anschließen, und das hat er gethan. In einem einzigen Fall haben wir die Preise in etwas unter die Marktlage heruntergeworfen, das ist bei den Kokskohlen in Oberschlesien der Fall gewesen, und auch an der Saar. Das habe ich allerdings für meine Pflicht gehalten, weil der gegenwärtige Zustand, daß Roheisen nur mit schwerem Schaden produziert werden kann, ein krankhafter ist, und auf diesem Gebiet der Staat auch gewisse Verpflichtungen hat, mal gegen die allgemeine Marktlage etwas herunterzugehen. Nach dieser Richtung hin späterhin auch in den Markt einzugreifen, wenn wirklich schwere wirtschaftliche Notwendigkeiten da sind, ist eins der Motive, aus denen heraus wir dazu gekommen sind, an Erwerbungen in Westfalen zu denken. Daß wir mit den beabsichtigten Erwerbungen in Westfalen nie daran denken können, den Markt auf den Kopf zu stellen, versteht sich von selbst. Es kann sich nur darum handeln, etwaigen Ausschreitungen der Verkäufer zu begegnen, die Käufer, die mit dem Syndikat nicht fertig werden können, eventuell schützen zu können; mit anderen Worten: zu verhindern, daß das Syndikat einen monopolartigen Charakter trägt.

Im Übrigen wird der Fiskus, wie er bisher in den andern Distrikten gethan hat, auch in Westfalen sich selbstverständlich der allgemeinen Marktlage anschließen müssen und verständigerweise im Einverständnis mit dem Syndikat wesentlich seine Preise feststellen. Im Übrigen wird der Herr Oberberghauptmann noch nähere Aufschlüsse über die Aufstellung der Etatstitel geben.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Herr Oberberghauptmann.

v. Velsen, Oberberghauptmann, Regierungskommissar: Meine Herren, gestatten Sie mir einige wenige Zahlen bezüglich der Etatierung der Steinkohlenwerke. Der geehrte Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß die Preise, die wir für 1902 etatiert haben, nicht wesentlich niedriger sind als in dem so günstigen Jahre 1900 thatsächlich erzielt sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß im Jahre 1900, wie das bei der Kohlenindustrie meist der Fall ist, wir auf Verträge hin geliefert haben, die aus früherer Zeit stammten, so daß wir im Jahre 1900 trotz der damaligen glänzenden Konjunktur verhältnismäßig niedrigere Preise erzielt haben als der Konjunktur entsprach, während wir im laufenden Jahre erheblich höhere Preise haben. Wir haben im laufenden Jahre in den drei Quartalen in Saarbrücken einen Durchschnittspreis von 12,65 erzielt, im Jahre vorher 11,99, und wir haben etatiert 10,58. Wir haben also ein Mehr von nahezu 2 *M.* Nun haben wir thatsächlich zum 1. Januar in Saarbrücken sowohl wie in Oberschlesien die Kokskohlenpreise heruntersetzt; es würde, wenn die Marktlage ungünstig werden sollte, auch damit bei anderen Kohlenarten fortgefahren werden müssen. Immerhin ist die Differenz, die wir zur Verfügung haben, eine derartige, daß ich persönlich nicht im Zweifel bin, daß wir die Preise, die wir etatiert haben, auch thatsächlich erzielen werden. Das gilt für Saarbrücken, gilt auch für Oberschlesien. In Oberschlesien haben wir etatiert in beiden Jahren 7,50 auf König und 8 *M.* auf Königin Luise. Wir haben erzielt im Jahre 1900: 7,68 und 8,30 und haben in den letzten drei Quartalen des laufenden Etatsjahres erzielt 8,52 und 9,19. Also haben wir in einem Falle noch zur Verfügung eine Differenz von 1,02,

im anderen eine solche von 1,19. Das sind derartig hohe Ziffern, sodafs ich in der That glaube, dafs wir berechtigt sind, anzunehmen, dafs wir die Preise, wie sie etatiert sind, auch wirklich erzielen werden.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete v. Kessel.

v. Kessel, Abgeordneter: Meine Herren, wenn ich den großen Fragen gegenüber, die hier angeschnitten worden sind, eine Spezialfrage zur Sprache bringe, eine Spezialklage aus landwirtschaftlichen Kreisen über das Gebahren des Kohलगroßhandels, so geschieht das lediglich deshalb, um darauf hinzuweisen — und ich befinde mich ja in dieser Beziehung mit den Ausführungen des Herrn Ministers teilweise im Einklang —, wie wichtig es ist, dafs der Staat sich rechtzeitig und überall denjenigen Einflufs auf die Preisbildung der Kohle, als eines besonders wichtigen heimischen Konsumartikels für das ganze Volk, sichert, den er notwendig hat, um überall dem Volke in nicht zu starken Preisschwankungen Kohlen zuzuführen; und zwar direkt zuzuführen, nicht nur, wie das Syndikat es beliebt, durch Zwischenhändler, sondern in direktem Verkehr mit den Konsumenten. — Es handelt sich, wie gesagt, um eine einzelne Angelegenheit.

Eine landwirtschaftliche Genossenschaft hat an das Syndikat das Ersuchen gerichtet, ihm seinen ziemlich erheblichen Jahresbedarf von vorläufig 200 000 Doppelwaggons Kohlen zuzusichern und hat dabei erklärt, dafs sie auf die beiden Hauptbedingungen des Syndikats, Nettozahlung und Lieferung in gleichmäfsigen Sommer- und Winterquanten, eingehen wolle; sie hat ferner erklärt, dafs, wenn der Bedarf jetzt schon diese immerhin doch ziemlich erhebliche Summe von 2000 Doppelwaggons betrüge, vorauszusehen wäre, dafs dieser Bedarf in erheblichem Mafse in den nächsten Jahren steigen würde, sodafs man wohl annehmen könnte, dafs in kurzer Zeit der Bedarf 12 000 Doppelwaggons betragen würde, was also eine Jahresproduktion von — in Geld ausgedrückt — $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark repräsentieren würde.

Auf dieses Ersuchen hat das Syndikat ablehnend geantwortet und hat in einem mir vorliegenden Schreiben ausgeführt, dafs es einer Kohlenhandelsgesellschaft seinen ganzen Vertrieb übertragen habe, und dafs es sich auf eine Aenderung seiner alleinigen Beziehungen zu dieser Kohlenhandelsgesellschaft nicht einlassen könne. Im übrigen hat es den mir etwas vage erscheinenden Zusatz gemacht: vor übermäfsigen Preisforderungen würden die Konsumenten geschützt durch einen gewissen Passus, der in den Verträgen mit der Kohlenhandelsgesellschaft bestünde.

Meine Herren, ich glaube, dafs das Kohlensyndikat in diesem Falle doch etwas kleinlich gehandelt hat und dafs es dieser Kleinlichkeit nicht bedurfte; bei der Gröfse, die es besitzt, hätte es sich den Spruch „noblesse oblige“ auch bis zu einem gewissen Grade zu Gemüte führen müssen. Ich kann nicht einsehen, welche Gründe das Syndikat haben kann, den anderen z. B. großen industriellen Gesellschaften ohne weiteres ihren Kohlenbedarf zu decken und der Landwirtschaft ein derartiges Gesuch abzuschlagen.

Was den Schutz vor übermäfsiger Preisbildung betrifft, so geht aus dem betreffenden Passus absolut nichts hervor. Er würde nur dann für die Konsumenten einen Wert haben, wenn den Konsumenten mitgeteilt würde, welches

der höchste Verdienst ist, den die Händler beim Weiterversteufs nehmen dürfen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Barth (Kiel).

Dr. Barth (Kiel), Abgeordneter: Meine Herren, die Beredsamkeit des Herrn Abgeordneten Dr. Arendt hat es verschuldet, dafs ich auch noch um das Wort gebeten habe. Herr Kollege Fritzen hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dafs die Zolldebatten, wie wir sie auch heute in ziemlicher Ausdehnung wieder erlebt haben, ja zu irgend welchem parlamentarischen Resultat in diesem Hause nicht führen können, und es deshalb an sich zweckmäfsiger wäre, diese Debatten in den Reichstag allein hineinzuverlegen, und die betreffenden Herren, die Neigung zu Reden auf diesem Gebiete haben, zu veranlassen, im Reichstage das Ihrige zu sagen. Den Grundsatz, den der Herr Kollege Fritzen hier bezeichnet hat, erkenne ich als durchaus zutreffend an. Aber wir sind in eine Art Zwangslage versetzt worden, zu antworten, wenn solche Reden über Kupferzoll, Bleizoll, Zinkzoll u. s. w. in diesem Hause gehalten werden von so hervorragenden Mitgliedern, wie Herr Graf Kanitz und Dr. Arendt es sind, und wenn zugleich vom Ministertisch aus nicht eine runde Absage erfolgt, sondern eine formell nicht abschlägige, daher leicht mißzuverstehende Antwort, die darauf hinausgeht: der Bundesrat hat noch nicht Stellung zu allen derartigen Anregungen von neuen Zöllen genommen, er mufs sich seine Entschliefsung vorbehalten, nachdem bestimmte parlamentarische Beschlüsse im Reichstag vorliegen, und wird dann sehen, was zu thun ist. Ich glaube, dafs diese Antwort des Herrn Handelsministers nur rein formell zu verstehen ist. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, dafs formell der Bundesrat nicht in der Lage ist, heute schon eine Erklärung abzugeben. Sie werden aber zugestehen, dafs eine derartige verklausulierte Antwort ausen leicht dahin mißverstanden werden kann, als ob eine Chance bestände, dafs auch die verbündeten Regierungen sich diesen Bestrebungen auf Einführung eines Kupferzolles, Bleizolles u. s. w. ihrerseits anschliefsen könnten.

Unter solchen Umständen ist es, glaube ich, doch unsere Aufgabe, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, wie wenig Aussicht dazu vorhanden ist, dafs ein solcher Zoll auf wichtige Rohmaterialien zur Einführung gelangt, schon um zu verhindern, dafs in weiteren Interessentenkreisen ganz falsche Vorstellungen erweckt werden, und um zu verhindern, dafs wir mit Petitionen in der nächsten Zeit überschüttet werden von solchen Petenten, die derartige Zölle wünschen. Deshalb werden Sie mir gestatten, dafs auch ich in Bezug auf den Rohkupferzoll, über den ja der Abgeordnete Dr. Arendt sich vorzugsweise ausgelassen hat, noch ein paar Worte sage.

Ich war ganz besonders überrascht und, ich kann sagen, zunächst angenehm überrascht, als ich bei den Eingangsworten des Herrn Dr. Arendt hörte, dafs sein Hauptgrundsatz im öffentlichen Leben der ist, unter allen Umständen dem Allgemeinwohl zu dienen, und dafs er insbesondere perhorresziere, einzelne Distrikte auf Kosten der Allgemeinheit zu begünstigen. Er hat das insbesondere zur Anwendung gebracht gegenüber dem Kanalunternehmen und hat zum Ausdruck gebracht, dafs für ihn die Ablehnung des Kanals vorzugsweise deswegen eine Gewissensfrage sei, weil ein solcher Kanal nur einzelne Teile Preufsens begünstigen würde. Meine Herren, das war mir

aufserordentlich interessant, weil er unmittelbar nach dieser Auseinandersetzung über die Notwendigkeit des Kupferzolles sprach. Ich erinnerte mich dabei daran, daß der verehrte Abgeordnete Dr. Arendt den Bezirk Mansfeld repräsentiert, jenen Distrikt, der thatsächlich so gut wie allein in Deutschland ein Interesse an einer künstlichen Preissteigerung für Rohkupfer hat. Die Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft, die eigentliche Regentin des Wahlkreises des Herrn Dr. Arendt, produziert etwa zwei Drittel des gesamten in Deutschland zur Produktion kommenden Kupfers, ist also ohne Zweifel der Hauptinteressent in dieser Frage. Ein räumlich eng begrenzter Distrikt ist also vorzugsweise interessiert, und nach den Grundsätzen in Bezug auf das Kanalwesen, die wir vorhin von dem Herrn Abgeordneten Dr. Arendt gehört haben, hätte ich geglaubt, er würde nun dagegen protestieren, daß etwas geschieht, was einen besonderer, ganz einzelnen Distrikt, und nun gar den eigenen Distrikt des Herrn Dr. Arendt auf Kosten der Allgemeinheit gesetzgeberisch begünstigt und berücksichtigt. Die Bemühungen der kupferschieferbauenden Gewerkschaft in Bezug auf den Rohkupferzoll sind ja nicht neu. Wir kennen schon eine lange Geschichte der Agitationen dieser Mansfelder Gewerkschaft, die sich darauf richteten, den Rohkupferzoll zur Einführung zu bringen. Ich weiß nicht, ob Herr v. Tiedemann im Saale anwesend ist, sonst wird er mir bestätigen, daß im Jahre 1879 in der Zolltarifkommission des Bundesrats, in dem ich damals die Ehre gehabt habe, die drei Hansestädte zu vertreten, und in dem auch Herr v. Tiedemann als einer der Vertreter des Reichskanzlers saß, bereits die Frage der Einführung eines Rohkupferzolles eine Rolle gespielt hat. Der ganze Einfluß der Mansfelder Gewerkschaft wurde aufgeboten, um einen Rohkupferzoll durchzusetzen, und es gelang bei der ersten Lesung in der Zolltarifkommission des Bundesrats, daß mit 8 Stimmen gegen 7 ein Rohkupferzoll angenommen wurde. Aber, meine Herren, zwischen der ersten und zweiten Lesung in dieser Zolltarifkommission des Bundesrats überzeugte man sich bereits, daß es schließlichs gegenüber den Interessen der Kupfer verarbeitenden Industrien nicht zu rechtfertigen sei, wenn ein solcher Rohkupferzoll eingeführt würde, es entschloß sich deshalb eines jener Mitglieder, welche die Majorität der 8 gebildet hatten, auf die andere Seite herüberzutreten, und wir warfen damals in der zweiten Lesung diesen Rohkupferzoll mit 8 gegen 7 Stimmen.

Seit dieser Zeit haben die Bestrebungen niemals aufgehört, einen Rohkupferzoll durchzusetzen, und die Seele dieser Agitation ist zu allen Zeiten Mansfeld gewesen. Diese Agitationen hingen ja zusammen mit der Agitation zur Steigerung der Preise für Silber, und da war es wiederum die Mansfelder Gewerkschaft, die es sich angelegen sein liefs, alles zu thun, um auch den Silberpreis künstlich zu heben im Wege der Gesetzgebung, weil ja neben dem Kupfer auch Silber dort produziert wird. Wenn man den Rohkupferzoll durchgesetzt hätte, und es gelungen wäre, obendrein die Silberpreise künstlich zu heben, so wäre ein doppelter Segen der Mansfelder Hütte zugefallen.

Diese Bemühungen durch Einführung des sogenannten Bimetallismus — was ja in Wirklichkeit nichts weiter gewesen wäre als der Uebergang zur Silberwährung — die Silberpreise zu heben, sind ja glücklicherweise gescheitert. Vom Bimetallismus spricht heutzutage kein vernünftiger Mensch mehr. Die Sache ist absolut tot, tot wie Rolands Pferd, — Sie

wecken es nicht wieder auf. Ueber den Bimetallismus ist die Welt zur Tagesordnung übergegangen, diese Seifenblase ist glücklich geplatzt. Aber die Bemühungen um die Einführung eines Rohkupferzolles haben selbst, wie es scheint, den Bimetallismus überdauert, und der Herr Abgeordnete Dr. Arendt, der bereits so viel Lorbeeren bei der Förderung der bimetalistischen Ideen davongetragen hat, will augenscheinlich auch noch „kupferne“ Lorbeeren einheimen.

Nun, meine Herren, möchte ich doch noch darauf aufmerksam machen, worin nach Lage der Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland entwickelt haben, notwendigerweise und ganz allein die Wirkung dieses Rohkupferzolles bestehen muß.

Wir haben in Deutschland einen Verbrauch von Rohkupfer, der mindestens dreimal, vielleicht viermal so groß ist als unsere Rohkupferproduktion. Nun, meine Herren, ist es klar, daß die Wirkung eines Rohkupferzolles unter solchen Umständen nur darin bestehen kann, daß um den vollen Preis des Zolles der Preis für das im Inlande produzierte Rohkupfer steigen muß. Mit anderen Worten, das vom Auslande importierte Rohkupfer wird mit dem Rohkupferzoll an der Grenze bedacht, d. h. um so viel, als der Rohkupferzoll ausmacht, verteuert und das im Inlande produzierte Kupfer steigt entsprechend im Preise. Also um diesen Zoll würde das gesamte in Deutschland zum Verbrauch kommende Kupfer künstlich im Preise gesteigert, und das bedeutet, daß alle Industrien, die auf den Rohkupferverbrauch angewiesen sind, genau um den Preis dieses Zolles in ihrer Produktionsfähigkeit gehindert werden. Um den Preis dieses Zolles wird die Konkurrenzfähigkeit insbesondere auch auf dem Auslandsmarkte für die Kupfer verarbeitenden Industrien geschädigt.

Nun muß man sich ferner vergegenwärtigen, daß wir einen sehr bedeutenden Export von Kupferwaren haben, daß es deshalb für alle diese Kupferwaren exportierenden Industrien von eminenter Bedeutung ist, daß ihnen der Rohstoff nicht künstlich verteuert werde, denn in demselben Maße, wie diese künstliche Verteuierung eintritt, werden sie weniger im stande sein, auf dem freien Weltmarkte konkurrenzfähig zu bleiben. Es liegt hier somit eine unmittelbare Schädigung eines sehr wichtigen, bedeutenden nationalen Industriezweiges, nämlich der Kupfer verarbeitenden Industrie vor.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Arendt gemeint, — wir kennen diese Argumente ja auch schon, sie kommen immer wieder —: es ist ja nicht für die Kapitalisten, die Kuxe der Mansfelder Gewerkschaft haben, Gott, die sind über so etwas erhaben, es handelt sich im wesentlichen darum, daß die Interessen der Arbeiter berücksichtigt werden, die in der Kupferproduktion beschäftigt sind. Ich möchte nun aber darauf aufmerksam machen, daß — Sie mögen die Sache ansehen, wie Sie wollen — für die Arbeiter bei einem solchen Kupferzoll auch nicht ein Pfennig abfällt. So, wie die Dinge bei uns liegen, kann der Zoll nur für die Kapitalisten von Bedeutung sein, die ihr Kapital in diesen Kuxen angelegt haben.

Wenn der Rohkupferpreis künstlich in die Höhe gebracht wird, so haben die Arbeiter nicht einen Pfennig Vorteil davon, sondern ausschließlich die Kapitalisten, die Unternehmer, die bei dem Verkauf des künstlich gesteigerten Preises im höheren Kupfergewinn einen entsprechenden

Goldgewinn haben. Man möge uns nicht bei dieser Gelegenheit die Interessen der Arbeiter vorschieben, und Herr Dr. Arendt scheint das auch selbst gefunden zu haben, denn er hat zur Verstärkung des außerordentlich schwachen Argumentes darauf hingewiesen, wenn ich ihn richtig verstanden habe, daß die Arbeiter gerade jenes Distriktes, den er vertritt, und der vorzugsweise bei dieser Frage interessiert ist, so ganz ungewöhnlich königstreu wären, noch gar nicht infiziert vom sozialdemokratischen Geiste, und daß ihnen deshalb noch ein Extrakadeau zu Gemüte geführt werden müßte. Dieses Argument zieht nicht, denn die Arbeiter mögen so königstreu sein, wie sie wollen, man sieht nicht ein, daß nur deshalb, weil die Arbeiter so königstreu sind, nicht die Arbeiter, sondern die Kuxinhaber den Gewinn haben sollen.

Außerdem, meine Herren, wenn es wahr wäre, was ja gar nicht der Fall ist, daß am Rohkupferzoll Arbeiter vornehmlich interessiert seien, kann man dem gegenüber außer Betracht lassen, daß so außerordentlich viel mehr Arbeiter in denjenigen Industrien bei uns beschäftigt sind, die das Kupfer verarbeiten. Die Zahl der Arbeiter, die in den Kupfer verarbeitenden Industrien beschäftigt sind, ist unvergleichlich viel größer als die Zahl der Arbeiter, die im Kupferbergbau beschäftigt sind.

Wenn Sie nun eine Situation schaffen, daß die Kupfer verarbeitenden Industrien weniger konkurrenzfähig, insbesondere für ihre Exportwaren weniger konkurrenzfähig sind, so muß notwendigerweise eine Anzahl von den dort beschäftigten Arbeitern entlassen werden, und der letzte Schaden dieser verkehrten Maßregel würde dann gerade die Arbeiter treffen — allerdings nicht die Arbeiter, die im Bergbau, wohl aber die Arbeiter, die in den Kupfer verarbeitenden Industrien beschäftigt sind.

Sie mögen deshalb die Sache ansehen, von welchem Standpunkte aus Sie wollen, man kann sich kaum eine verderblichere, für unsere wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für unsere Kupferindustrie bedenklichere Maßregel vorstellen, als die Einführung eines Kupferzolles, und weil man seit dem Jahre 1879 auch davon immer vollständig durchdrungen gewesen ist, deswegen ist es auch in diesen 23 Jahren nicht möglich gewesen, trotz der nie aussetzenden Agitationen zu einem Kupferzoll zu kommen. Bei all den Versuchen, die man in dieser Beziehung bisher gemacht hat, ist das Ende vom Liede immer ein Scheitern gewesen, obgleich es in dieser Sache an dem Willen, die sogenannte nationale Arbeit zu schützen, nicht gefehlt hat. Es waren also an und für sich Chancen genug vorhanden, auch diesen Zoll durchzusetzen. Aber selbst in den Zeiten, wo die Schutzzollwogen am allerhöchsten gingen, hat man doch begriffen, daß man so weit nicht gehen darf, daß man einen Rohkupferzoll unter gar keinen Umständen einführen dürfe. Ich meine, daß die Situation heute noch viel mehr dazu zwingt, daß in dieser Weise verfahren wird. Wenn heute sich die Industrien, die Kupfer bei uns verarbeiten — ich will in dieser Beziehung auf die heute schon mehrfach angezogene Elektrizitätsindustrie verweisen — gegenüber den früheren Jahrzehnten, gegenüber dem Jahre 1879 so kolossal entwickelt, daß alle Gründe, die damals gegen den Rohkupferzoll sprachen, heute noch in einem viel verstärkterem Maße gegen den Rohkupferzoll sprechen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Graf v. Kanitz.

Graf v. Kanitz, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Gothein hat an mich die Frage gerichtet, ob mir die Verhandlungen in der Zolltarifkommission zu lange währten, daß ich mich deshalb genötigt gesehen hätte, die Frage des Kupferzolles hier im Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen. Allerdings, Herr Gothein, die Verhandlungen dauern dort etwas lange; sie könnten vielleicht etwas schneller gehen, wenn nicht gewisse Gegenstände dort beraten würden, die weder mit dem Zolltarif etwas zu thun haben, noch überhaupt in das Gebiet der Reichsgesetzgebung hineingehören, wie beispielsweise die gestern verhandelte Frage, ob die städtischen Kommunen in Preußen und in den anderen Einzelstaaten berechtigt sein sollen, die Mahl- und Schlachtsteuer weiter zu erheben, oder nicht. Ueber diese Frage hat speziell Herr Gothein uns gestern einen etwa einstündigen Vortrag gehalten und die ganzen finanziellen und sonstigen Wirkungen dieser Steuern für seine Vaterstadt Breslau mit allen möglichen Exempeln erläutert.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat ferner gesagt: die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Rhedereigesellschaften gingen nicht darauf aus, die Frachtkosten zu ermäßigen, sondern zu erhöhen. Selbstverständlich! Daran habe ich niemals gezweifelt. Derartige Transaktionen laufen immer auf eine Erhöhung hinaus. Aber das, was ich ausdrücklich bemerkt habe, war, daß in diesen Verhandlungen die amerikanischen Produkte besser wegkommen als die europäischen. Wenn meine Informationen richtig sind, daß für gewisse europäische Produkte die Frachtkosten viermal so hoch angesetzt werden sollen als für die gleichwertigen amerikanischen Produkte, so glaube ich doch, daß ich mich mit meinem bezüglichen Hinweis vollkommen im Recht befunden habe. Im übrigen lohnt es ja nicht, diesen Gegenstand hier weiter zu verfolgen. Man wird ja abwarten müssen, was in den Verhandlungen beschlossen ist, wenn sie erst einmal bekannt werden.

Herr Gothein hat ferner gesagt, er wäre mit meinen Ausführungen insoweit einverstanden, als ein Mißverhältnis bestehe zwischen dem Roheisenzoll und der Zollfreiheit des Kupfers und anderer Metalle, glaube aber, daß er doch lieber die Abschaffung des Roheisenzolles empfehlen müsse. Herr Gothein, ich glaube, daß Sie damit unserer vaterländischen Industrie einen sehr schlechten Dienst erweisen würden. Ich glaube nicht, daß unsere vaterländische Eisenindustrie in der Lage ist, die Konkurrenz gegen Amerika zu bestehen. Ich glaube, sie würde sehr bald zum Erliegen kommen. Wenn die Herren sich zurückversetzen wollten in die Jahre 1878 und 1879, wo ein großer Teil unserer Eisenindustrie zur Einschränkung, sogar zur Einstellung des Betriebes sich genötigt sah, als damals sich mit gebieterischer Notwendigkeit die Frage des Roheisenzolles geltend machte, als der Reichstag sich entschließen mußte, diesen Zoll wieder einzuführen, da wurde wirklich der Beweis geliefert, daß unsere einheimische Roheisenproduktion ohne einen angemessenen Schutzzoll nicht bestehen kann. Haben wir aber den Schutzzoll für Roheisen, so glaube ich nicht, daß man irgendwie berechtigt ist, diesen Zoll dem Kupfer und andern Metallen zu versagen, wenn das Bedürfnis ein gleiches ist.

Nun ein paar kurze Worte an den Herrn Abgeordneten Schmieding. Was er über die liberale Verkehrspolitik in Amerika sagte, will ich hier nicht weiter verfolgen. Ich

glaube nur, daß die dortige Verkehrspolitik sich doch sehr viel mehr von finanziellen, als von liberalen Gesichtspunkten aus leiten läßt. Daß die Eisenbahntarife dort niedriger sind als bei uns zu Lande, das brauche ich ja nicht erst zu erwähnen; dazu hat eben die Konkurrenz unter den einzelnen Linien geführt. Aber Herr Schmieding glaubte, mir vorhalten zu müssen, daß ich dasjenige nicht richtig verstehe, was man im allgemeinen unter den Produktionsbeschränkungen bei den verschiedenen Syndikaten versteht. Er sagte, es wird ein Förderungsplan aufgestellt, dieser wird dem voraussichtlichen Bedarf angepaßt und daraus ergibt sich mit Notwendigkeit eine gewisse prozentuale Produktionsbeschränkung. Das war mir durchaus bekannt, Herr Abgeordneter Schmieding; ich habe nur den dringenden Wunsch, daß man bei Aufstellung dieses Förderungsplanes etwas liberaler verfahren und die Grenzen nicht zu eng ziehen, sondern daß man der Förderung weiteren Spielraum gewähren möchte, damit etwas mehr Ware auf den Markt kommt, daß dadurch die Preise um ein wenig ermäßigt werden. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Schmieding bitten, sich zu vergegenwärtigen, wie es das Kohlensyndikat macht, — wir sprachen vorhin vom Koks-syndikat. Ich darf einen Fall erwähnen, der vielleicht dem Herrn Abgeordneten Schmieding bekannt ist

Das Kohlensyndikat gewährt eine Entschädigung von 1 *M.* pro Tonne an diejenigen Zechen, die freiwillig weniger fördern, als sie nach ihrer Beteiligungsziffer zu fördern berechtigt sind. So ist z. B. mit der Zeche Stock und Scherenberg ein Vertrag vereinbart, wonach diese Zeche sich verpflichtet, 36 000 t jährlich weniger zu fördern, als sie zu fördern berechtigt ist, wofür sie aus der Syndikatskasse eine Entschädigung von 36 000 *M.* jährlich erhält, und zwar läuft dieser Vertrag bis zum Ende des Jahres 1905.

Wenn solche Vorkommnisse an der Tagesordnung sind, so darf man allerdings fragen, ob die Bestrebungen des Kohlensyndikats und der anderen Syndikate wirklich solche sind, daß sie nur das allgemeine Wohl und den tatsächlichen Bedarf unserer Industrie im Auge haben, ob sie nicht speziell auch darauf ausgehen, durch eine möglichst geringfügige Beschränkung des Marktes die Preise so hoch zu halten, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die Kohlenpreise stehen ja immer noch hoch, verhältnismäßig höher als die Preise für alle anderen Montanprodukte; das wird dem Herrn Abgeordneten Schmieding ebenso bekannt sein wie mir. Ich bedauere auch, daß der Herr Abgeordnete Schmieding die Frage des Herrn Abgeordneten Arendt nicht beantwortet hat, um wieviel billiger beispielsweise der westfälische Koks nach Böhmen verkauft werden als nach dem Inlande. Herr Schmieding berief sich einfach darauf, daß auch der Privatmann nicht anders verfährt als das Koks-syndikat. Immerhin wäre es recht interessant, einmal zu erfahren, in welchen Grenzen ungefähr die Preisunterschiede zwischen den Inlands- und den Auslandsverkäufen sich bewegen.

Nun zum Schluß noch ein kurzes Wort der Erwiderung an den Herrn Abgeordneten Dr. Barth. Er sagte, die Frage des Kupferzolles sei seit 1879 im Flusse; damals habe bereits eine Besprechung stattgefunden, an welcher er als Vertreter der Seestädte teilgenommen habe; man habe sich schließlich gegen den Kupferzoll entschieden. — Die Konferenz, die damals stattfand, an der Sie, Herr Abgeordneter Barth, teilnahmen, wird wahr-

scheinlich eine vom Bundesrate berufene gewesen sein; denn meines Wissens waren Sie damals nicht Mitglied des Bundesrats. An dieser Besprechung — ich lasse es dahingestellt, in welcher Beziehung Sie zum Bundesrat standen — wurde zunächst ein Kupferzoll beschlossen mit acht gegen sieben Stimmen; nachher haben Sie sich aber gegen den Kupferzoll entschieden. Ich glaube, die Erklärung für die jetzt veränderte Stimmung liegt darin, daß seit dem Jahre 1879 die Einfuhr- und Ausfuhrverhältnisse sich vollständig verschoben haben, und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Barth meine vorherigen Ausführungen gehört hat, so wird er wissen, daß seit 1879, also in den letzten 20 bis 22 Jahren, die Einfuhr fremden Rohkupfers sich ungefähr um das Siebenfache gesteigert hat, daß wir namentlich einen sehr großen Posten dieses Rohkupfers von den Vereinigten Staaten von Nordamerika bekommen und dafür mehr als 100 Millionen jährlich an Nordamerika zahlen. Das ist eine Summe, die wir nach meiner Ansicht ersparen könnten, die wir besser im Lande gebrauchen könnten als nach Amerika schicken.

Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, diese Debatte weiterzuführen. Neue Gesichtspunkte sind nicht hineingetragen worden. Ich möchte nur nochmals den Herrn Minister bitten, die Frage des Rohkupferzolles einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Hirsch (Essen).

Hirsch (Essen), Abgeordneter: Meine Herren, es ist auch nicht meine Absicht, diese Debatte noch ins Weite hinauszuziehen; aber einige Bemerkungen, die hier gefallen sind, geben mir doch Veranlassung, meinerseits das Wort zu nehmen.

Zunächst hat der Herr Abgeordnete v. Kessel sich darüber beschwert, daß das Kohlensyndikat sich geweigert habe, einen direkten Geschäftsverkehr mit einer landwirtschaftlichen Genossenschaft anzuknüpfen. Meine Herren, ich bin in dem Bezirk, in dem das Kohlensyndikat domiziliert, zu Hause und glaube, über die Gründe kurz Auskunft geben zu können, die das Syndikat zu diesem Verhalten veranlaßt haben.

Meines Wissens ist das Syndikat der Ansicht gewesen, daß es — selbst abgesehen von bestehenden Verträgen — nicht billig erscheine, mit dem Kohlen Großhandel, mit dessen Thätigkeit das Syndikat durchaus zufrieden ist, und auf dessen Mitwirkung es unbedingt angewiesen ist, kurzerhand zu brechen. Ich glaube auch, daß, wenn die Genossenschaft, die Herr v. Kessel im Auge gehabt hat, sich an den vermittelnden Kohlen Großhandel gewandt bzw. ihre Mitglieder an die zuständige Kohlenhandels-gesellschaft verwiesen haben würde, sie hierbei ebenso gut zu ihrem Rechte gekommen sein würde, als wenn sie mit dem Syndikat selbst in direkte Beziehung getreten wäre. Meine Herren, ich glaube das umsomehr, als ja, wie auch bereits der Herr Abgeordnete v. Kessel andeutete, das Syndikat Maßnahmen getroffen hat, die die Kunden des Kohlenhandels davor schützen, daß in Zukunft übermäßige Preise von ihnen genommen werden. Herr Abgeordneter v. Kessel hat diese Maßnahme nicht näher bezeichnet; er hat sie nur gestreift. Ich darf mir vielleicht erlauben, aus einem besonderen Grunde diese Maßnahme hier kurz zu skizzieren.

Meine Herren, es handelt sich darum, daß das Kohlensyndikat in seine Verträge mit den Händlern einen Passus

eingeschaltet hat, welcher das Syndikat berechtigt, ohne weiteres von sämtlichen zwischen dem Syndikat und den Händlern bestehenden Verträgen zurückzutreten, falls die betreffenden Händler oder ihre Nachmänner die vom Syndikat gelieferten Kohlen mit übermäßigen Preisaufschlägen verkaufen. Darüber, meine Herren, ob ein zu hoher Gewinn vorliegt, ob Preisaufschläge, die genommen sind, als übermäßig zu erachten sind, soll unter Ausschluss des Rechtsweges die Handelskammer Essen entscheiden. Wenn ich den Herrn Abgeordneten v. Kessel richtig verstanden habe, so legt er auf diese Bestimmung wenig Gewicht, und es würde dies ja auf derselben Linie liegen, die der Herr Graf Kanitz betreten hat, als er kürzlich im Reichstage andeutete, daß die Handelskammer Essen vielleicht nicht die richtige Instanz wäre, die über solche übermäßige Preisforderungen für Kohle zu entscheiden hätte. Ich glaube, ich kann die Herren darüber beruhigen.

Die Handelskammer Essen ist soweit entfernt davon, die einseitigen Interessen der Händler zu vertreten, wie nur (zur Rechten gewendet) einer von Ihnen; dafür bürgt ihre Zusammensetzung. Und wenn der Herr Graf Kanitz vor etwa Jahresfrist mit größerer Deutlichkeit seinen Vorwurf der Handelskammer Essen gegenüber hatte verlauten lassen, so wird ihm ja die Antwort, welche ihm von dort zu teil geworden ist, gezeigt haben, daß seine Zweifel an der Objektivität der Essener Handelskammer nicht berechtigt waren. Ich kann hier nur hervorheben, daß der eigentliche Urheber dieses Vorwurfs meines Wissens der Herr Graf Kanitz gewesen ist. Immerhin, ich lasse mich belehren. Meines Wissens aber hat außer dem Herrn Grafen Kanitz nur der Herr Abgeordnete Lenzmann damals einen ähnlichen Vorwurf ausgesprochen; von Herrn Richter ist mir das nicht bekannt. Aber, meine Herren, das trifft ja auch den Kernpunkt nicht. Der Herr Graf Kanitz wird nicht bestreiten, daß er es war, der den Zweifel an der Objektivität der Kammer mit deutlichen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Jedenfalls hat sich an ihn die Antwort der Kammer gerichtet.

Meine Herren, es liegt mir nur, wenn ich dieser Sache gedenke, lediglich daran, an dieser Stelle eine Frage zu beantworten, die der Herr Graf Kanitz kürzlich im Reichstage stellte, nämlich: Wie viele Händler inzwischen von der Handelskammer Essen verurteilt seien. Ich kann ihm die Antwort authentisch geben: keiner ist verurteilt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, seitdem die Bestimmung in die Verträge eingefügt ist, überhaupt keinerlei Klage erhoben ist. Ich glaube, diese Antwort wird dem Herrn Grafen Kanitz genügen.

Ich kann sodann dem Herrn Grafen Kanitz vielleicht auch noch eine Beruhigung geben hinsichtlich der Bemessung der bei den Voranschlägen des Kohlsyndikats in Ansatz gebrachten Fördermengen. Ich glaube, daß ich der Zustimmung aller derjenigen, die die Gewerbeverhältnisse im Westen kennen, sicher bin, wenn ich behaupte, daß das Syndikat bei Bemessung seiner Fördermengen, die in den Etat eingesetzt werden, sehr weit greift. Und ich kann Herrn Schmieding nur zustimmen, wenn er behauptet hat, daß das Syndikat sich keineswegs unbedingt an diesen Etat gehalten hat, sondern daß, wenn es irgend möglich ist, weitere Kohlenmengen abzusetzen, ohne Rücksicht auf diesen Voranschlag diese Kohlen auch gefördert werden.

Herr Graf Kanitz hat sodann darauf hingewiesen, daß das Syndikat die Praxis befolgt, gewisse Zechen, die darauf verzichten, einen Absatz von Kohlen für sich in Anspruch

zu nehmen, abzufinden, und er hat die Zeche Stock und Scherenberg genannt. Ich darf hier vielleicht erwähnen, ohne dieser Zeche zu nahe zu treten, daß es sich hier um eine meines Erachtens zurzeit nicht recht lebensfähige Zeche handelt, und daß diese Zeche deshalb sehr gut gethan hat, bis auf weiteres auf ihre Förderung zu verzichten und die ihr zustehende Menge anderen Zechen, die günstiger fördern, zu überlassen. Damit aber fällt diese Fördermenge nicht aus.

Der Herr Graf Kanitz hat auch die Frage aufgeworfen — wenn ich nicht irre, im Anschluß an eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Gothein —: wie verhält es sich mit den billigeren Koksverkäufen nach Böhmen? Die Thatsache ist richtig; aber ich kann demgegenüber nur darauf aufmerksam machen, daß derjenige, welcher im Auslande verkaufen will, dort auch zu solchen Preisen anbieten muß, die die Konkurrenz dort ihrerseits nimmt, wenn er überhaupt die Aussicht haben will, dort seine Produkte abzusetzen. Das trifft in diesem Fall auch für Böhmen zu, soweit ich weiß, und ich glaube nicht, daß das Koks-syndikat ein so schlechter Geschäftsmann ist, daß es sich in das eigene Fleisch schneiden und leichtsinnigerweise Koks billiger anbieten würde, als es Aussicht hat, Preise dafür zu bekommen.

Ich habe nicht die Absicht, hier die ganze Syndikatsfrage aufzurollen. Ich möchte aber, da ich nun gerade den Absatz nach dem Auslande hier angeschnitten habe, darüber noch ein Wort sagen.

Ich habe bereits hervorgehoben, daß, wer im Auslande verkaufen will, auch zu Auslandspreisen anbieten muß. Meine Herren, ich bitte Sie doch, das Eine zu berücksichtigen bei Ihrer Kritik der billigeren Auslandsverkäufe, die ich nicht bestreite, und die unsere Syndikate mit Recht ja vielfach vorgenommen und gefördert haben, — ich bitte Sie, eins dabei zu berücksichtigen, nämlich das, daß es doch vielleicht sehr viel besser ist, wenn Waren billig, zeitweilig vielleicht selbst mit Verlust, ins Ausland abgestoßen werden, als wenn sie überhaupt nicht verkauft werden und die Notwendigkeit sich daraus ergibt, die Werke still zu legen, die Förderungen einzustellen und die Arbeiter zu entlassen. Ich glaube, wenn Sie vor einer solchen Alternative stehen, würden Sie auch den Weg wählen, der von unserer Exportindustrie in weitem Umfange beschritten ist und nach unserer augenblicklichen Lage beschritten werden mußte, nämlich in weitem Umfange und in großen Mengen überschüssige Erzeugnisse nach dem Auslande abzusetzen.

So viel, meine Herren, über die Syndikatsfrage.

Ich darf dann vielleicht noch ein Wort einschalten über die anderen Materien, die hier verhandelt worden sind, indem ich kurz hervorhebe, daß ich hinsichtlich der Frage der Einführung eines Kupferzolles, eines Bleizolles und eines Zinkzolles mich völlig dem anschliesse, was hier von seiten des Herrn Abgeordneten Gothein in sehr sachlicher Weise ausgeführt ist. Allerdings in einem Punkte unterscheide ich mich von dem Herrn Abgeordneten Gothein, das ist nämlich die Art und Weise, wie er das Mißverhältnis lösen will, das darin bestehen soll, daß von Roheisen ein Zoll erhoben wird, während von den anderen genannten Metallen kein Zoll erhoben wird. Der Herr Abgeordnete Gothein hat den Vorschlag gemacht, man möge, um diese Differenz auszugleichen, auch den Roheisen-zoll beseitigen. Meine Herren, ich glaube, daß damit dieselbe verkehrte Maßregel ergriffen werden würde, die in den 70er Jahren schon sich als verkehrt erwies, und die

damals die gewaltigen Verschiebungen und den Niedergang der Industrie zur Folge hatte, der u. a. darin zum Ausdruck kam, daß ein Hochofen nach dem anderen ausgeblasen werden mußte. Ich stimme dem Herrn Grafen Kanitz in diesem Punkt vollständig zu, daß unserer vaterländischen Industrie ein sehr schlechter Dienst erwiesen werden würde, wenn dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Gothein hier Folge gegeben würde.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Macco.

Macco, Abgeordneter: Meine Herren, einige Bemerkungen der Herren Vorredner zwingen mich dazu, Ihre Geduld noch einige Momente in Anspruch zu nehmen.

Der Herr Graf Kanitz hat im Reichstag und auch hier auf das Verfahren des Roheisensyndikats hingewiesen; er hat, so viel ich mich erinnere, im Reichstag behauptet, daß das Roheisensyndikat seine Abnehmer gezwungen hätte, Abschlüsse auf zwei Jahre zu machen. Seine heutigen Bemerkungen gingen dahin, daß diese Abschlüsse auf ein Jahr, aber neun Monate vor diesem Jahre verlangt worden seien. Herr Graf Kanitz hat ferner gesagt, daß das Roheisensyndikat Abschlüsse zu einem Preise erzwungen hätte, der das Doppelte zu den Selbstkosten betrüge. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Graf Kanitz alles das, was er sicherlich über diesen Gegenstand weiß, oder wenigstens das Wesentliche hier vorgebracht hätte und nicht nur einen Teil desselben. Er würde dann hier sagen müssen, daß das Roheisensyndikat durch die Bezüge der Rohmaterialien der Hütten von Vereinigungen, die gerade auf denselben Standpunkte standen und die Abschlüsse auf dieselbe Zeit verlangt hatten, gezwungen war, ein solches Verfahren eintreten zu lassen, wenn es nicht sich und vielleicht seine Abnehmer aufs schwerste hätte schädigen wollen. Auch betreffs der Selbstkosten befindet sich Graf Kanitz im Irrtum. Dieselben haben nicht die Hälfte, sondern $\frac{5}{8}$ der Verkaufspreise betragen. Es giebt, wie ein geistreicher Herr vor kurzem sagte, zweierlei Wahrheiten, eine absolute und eine relative Wahrheit. Ich glaube, in diesem Falle hat der Herr Abgeordnete Graf Kanitz nur die relative Wahrheit mitgeteilt, weil er nicht alles gesagt hat, was er darüber wußte, und damit hat er ein unvollständiges und falsches Bild von der Sachlage hervorgerufen.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat uns vorgeschlagen, den Roheisenzoll möglichst wieder aufzuheben. Ich begreife nicht, daß der Herr Abgeordnete Gothein, der doch ein so gutes Gedächtnis hat, das Elend nicht mehr in Erinnerung hat, welches in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts infolge der Aufhebung des Roheisenzolles eintrat. Der Herr Abgeordnete Gothein betonte — und damit hat er die Aufhebung begründet —, daß wir heute wieder Roheisen nach Amerika ausführen. Der Herr Abgeordnete Gothein hat nicht dabei erwähnt, — und ich bin sicher, daß er das gewußt hat —, daß das nur in einzelnen Fällen und mit besonderen Sorten geschieht, Sorten, deren Herstellung hier durch den Bezug der Rohmaterialien etwas mehr erleichtert ist als bei den Amerikanern. Herr Abgeordneter Gothein hat ferner nicht gesagt, daß dieser Absatz von Roheisen unter ganz erheblichen Opfern von 10—15 *ℳ.* per Tonne geschieht, also daß dieses Roheisen zu diesem Betrage unter dem Selbstkostenpreis geliefert wird. Ist es dem Herrn Abgeordneten Gothein lieber, wenn wir dieses Eisen nicht liefern und dieses Opfer nicht bringen, sondern dafür die entsprechende An-

zahl von Arbeitern entlassen? Ich glaube, da ist die Wahl ganz einfach für diejenigen Produzenten, die Wert darauf legen, ihre Arbeiter sich zu erhalten und auch ihre Werke in schlechten Zeiten in Betrieb zu erhalten.

Meine Herren, eine Bemerkung des Herrn Dr. Arendt über den Herrn Abgeordneten Schmieding zwingt mich noch zu einem Wort. Der Herr Abgeordnete Arendt hat gesagt, daß es ihm schiene, daß für den Abgeordneten Schmieding der Kanal der Inbegriff einer liberalen Verkehrspolitik sei. Nein, meine Herren, das ist nicht der Fall. Ich weiß, daß für Herrn Schmieding — und ich glaube, das für alle meine Freunde aussprechen zu können — der Inbegriff einer liberalen Verkehrspolitik darin besteht, daß wir überall und bei jeder Gelegenheit die besten und billigsten Verkehrsverhältnisse anstreben und liberal gerade darin sind, daß wir diese äußersten billigen Sätze auch da zu erreichen suchen, wo andere sie durch die Natur der Verhältnisse nicht haben können. Das scheint mir eine liberalere und gesündere Verkehrspolitik zu sein, als wenn man sagt: wenn ich das nicht haben kann, darfst du das auch nicht haben.

Noch ein Wort über eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Fritzen. Der Herr Abgeordnete Fritzen hat in seiner Etatsrede wie auch hier die besondere Notlage des Erzbergbaues hervorgehoben. Ich bestreite die Notlage gar nicht; ich bestreite auch nicht die niedrigen Preise; aber eine solche Notlage kommt nicht durch die niedrigen Preise allein, sie kommt auch durch die Kapitalverhältnisse und das ganze Geschäftsgebahren, was in diesem Erzbergbau in den letzten Jahren geherrscht hat. Da möchte ich den Herrn Abgeordneten Fritzen bitten, daß er seinen ganzen großen Einfluß aufwendet, um seine rheinischen Landsleute zu warnen, in dem Erzbergbau so vorzugehen, daß schließlich der ganze Erzbergbau geschädigt wird.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Arendt (Mansfeld).

Dr. Arendt (Mansfeld), Abgeordneter: Meine Herren, ich werde dem Herrn Vorredner nicht nochmals auf das Gebiet der Verkehrspolitik folgen, dazu ist vielleicht noch ein anderes Mal Gelegenheit; ich möchte ihm nur sagen, daß er sehr vortrefflich für die Eisenindustrie und die Interessen der Eisenarbeiter gesprochen hat, und ich möchte ihn und andere bitten, dies doch einmal auf die gleichartigen Verhältnisse der Kupferproduktion anzuwenden.

Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Barth nicht unwidersprochen lassen konnte. Der Herr Abgeordnete Barth hat mir vorgeworfen, ich hätte mich dahin ausgesprochen, daß für mich die Allgemeinheit der Interessen maßgebend sei, und ich wäre dann für unsere Sonderinteressen, für die Interessen eines beschränkten Bezirkes, wie Mansfeld, bei der Kupferproduktion eingetreten. Daß der Herr Abgeordnete Barth diesen Vorwurf erhoben hat, finde ich einigermaßen begreiflich von seinem rein freihändlerischen Standpunkt aus. Ihm ist das Wesen und der Zweck der Schutzpolitik an sich noch nicht ausgegangen, und infolgedessen begreift er noch nicht, daß man, wenn man Schutzpolitik, Schutz der heimischen Arbeit fordert, dies dann immer im einzelnen ausführen muß. Es giebt keine Schutzpolitik, die die Gesamtheit betrifft, sondern indem man in jedem einzelnen Fall da, wo es nötig ist, die vaterländische Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz schützt, nimmt man am besten die Interessen des Vater-

landes wahr, und so glaube ich, daß ich wirklich allgemeine Interessen vertrete, wenn ich einen wichtigen Zweig der vaterländischen Industrie durch den Kupferzoll schützen will.

Aber, meine Herren, um eine künstliche Preissteigerung handelt es sich weder bei diesem Schutzzoll noch bei irgend einem andern, noch auch bei den landwirtschaftlichen Zöllen. Der Herr Abgeordnete Barth hat gesagt, die Argumentationen kommen immer wieder. Ja, meine Herren, davon hat seine Rede ein überaus glückliches Beispiel gegeben; es sind immer dieselben Argumente, die, so und so oft widerlegt, immer wieder vorgebracht werden. Um eine Preissteigerung handelt es sich also nicht, sondern um die Abwehr einer ungesunden Ermäßigung der Preise. Ob Sie lachen oder nicht, ist gleichgültig. Wären die Preise so, daß die Industrie und die Landwirtschaft ihr Auskommen fänden, so würde kein vernünftiger Mensch — um das Wort des Abgeordneten Barth zu wiederholen — davon sprechen, daß man noch Schutzzölle, Bereicherungszölle einführen sollte. Da aber die Lage eine solche ist, daß der heimische Produzent dabei nicht existieren kann, so muß gegen ein solches Sinken der Preise infolge ausländischer Konkurrenz eine Schutzwehr hergestellt werden. Also nicht um eine Preissteigerung handelt es sich, sondern um eine Abwehr gegen das Sinken der Preise in einem Maße, daß die heimische Arbeit dabei nicht bestehen kann. Es wird mir Mansfeld zugerufen. Mansfeld ist ein Teil des Ganzen wie alle anderen Teile und hat eine Berechtigung auf Existenz im Interesse der Gesamtheit ebenso wie alle anderen Teile des Vaterlandes. Auf die Dividende, die mir da eingeworfen wird, komme ich dann noch zurück. Ja gewiß, Mansfeld hat bis jetzt noch Dividende gezahlt. Wenn aber der Preisstand, der in letzter Zeit maßgebend war, aufrecht erhalten worden wäre, so hätte die Mansfelder Gewerkschaft — das ist berechnet worden — eine Unterbilanz von 9 Millionen Mark gehabt. Dabei konnte der Mansfelder Bergbau nicht aufrecht erhalten werden. Wenn der aber nicht aufrecht erhalten werden kann, so wird eine große Zahl von Arbeitern brotlos, und eine große und wohlhabende Gegend unseres Vaterlandes verarmt. Dagegen Maßregeln zu treffen, halte ich für notwendig.

Der Herr Abgeordnete Dr. Barth hat nun allerdings gesagt: für die Arbeiter fällt dabei nicht ein Pfennig ab, das bekommen lediglich die Kapitalisten. Das sollte er einmal unsern Mansfelder Bergleuten ins Gesicht sagen, die würden ihm schon die nötige Antwort geben; sie wissen ganz genau, daß, wenn der Bergbau prosperiert, und wenn große Einnahmen sind, sich das sofort in den Löhnen nach oben geltend macht, wie es sich ja leider auch nach unten geltend machen muß, wenn die Einnahmen zurückgehen. Schließlich kann doch keine Industrie bestehen, wenn sie dauernd auf Fehlbeträge angewiesen ist. Das ist kein Schaden für die Kapitalisten; die können es vielleicht verschmerzen; aber es ist ein Nachteil für die seit Jahrhunderten seßhaften Familien der Bergleute, die dann vor den Ruin gestellt werden, weil sie nicht im stande sind, sich um eine andere Arbeit zu bemühen, weil dann ihre Lebensexistenz untergraben ist. Nun wird von dem Abgeordneten Barth gesagt, es wären unvergleichlich mehr Hände in der kupferverbrauchenden Industrie als in der kupferproduzierenden Industrie. Das

ist an sich vollkommen richtig, und ich gebe auch vollkommen zu, daß ein Kupferzoll, der so hoch ist, daß er die Kupfer konsumierenden Werke wirklich schwer trifft, vom Uebel ist, und daß ich den nicht erstreben würde. In welcher Weise aber der Herr Abgeordnete Barth in seinen Argumentationen übertreibt, kann ich Ihnen wohl nicht besser darthun als an den Worten, die er ausgeführt hat: daß durch den Kupferzoll, wie er von uns erstrebt wird für die kupferproduzierende Industrie, die kupferverarbeitende Industrie nicht mehr konkurrenzfähig mit dem Ausland sein würde, daß der Export aufhören würde, und daß dadurch viel mehr Arbeiter brotlos würden, als die Kupferproduktion Vorteil davon haben könne. Um was handelt es sich? Es ist ein Kupferzoll von 6 *M.* in einer Petition und früher von der Mansfelder Gewerkschaft ein Kupferzoll von 3 *M.* pro 100 kg gefordert worden. Der gesamte Kupferkonsum in Deutschland betrug im Jahre 1895 etwa 60 000 t, im Jahre 1900 ungefähr 100 000 t einschließlich des Wiederexports. Der Verbrauch im Jahre 1900 war aus den bekannten Gründen ein exorbitant hoher, und es ist nicht anzunehmen, daß der Verbrauch so hoch bleibt. Setzen wir aber selbst einen solchen Verbrauch von 100 000 t voraus und einen Kupferzoll von 6 *M.*, so macht das eine Belastung von 6 Millionen jährlich. Also bei 3 *M.*, die früher die Gewerkschaft forderte, macht es 3 Millionen Mark. Ein großer Teil dieser 3 Millionen Mark wird selbstverständlich von dem heimischen Verkehr aufgebracht und auf die Konsumenten abgewälzt, für die das im einzelnen eine ganz geringfügige Last ist. Ein ganz kleiner Teil kommt auf den Export, und dieser umfaßt zumeist außerordentlich hochwertige Waren, wie es die Kunstzeuge der Bronzeindustrie, wie es die Maschinen der Elektrotechnik sind. Und da soll diese kleine Summe nach dem Herrn Abgeordneten Barth die deutsche große Industrie nicht mehr konkurrenzfähig mit dem Ausland machen, unsern Export beseitigen und Tausende von Arbeitern brotlos machen! Wenn man an die Stelle der allgemeinen Redensarten bestimmte Zahlen setzt, würde das Ungemessene solcher Uebertreibungen doch völlig klar. Nun hat der Abgeordnete Barth wenigstens eins hervorgehoben, wofür ich ihm sehr dankbar bin, was ich bisher nicht wußte, nämlich die Thatsache, daß die Kommission des Bundesrats bereits 1879 die Einführung eines Kupferzolls beschlossen hatte, daß das aber nachher wieder beseitigt ist. Wenn man die Verhältnisse von damals und heute vergleicht und damals schon so nahe an der Erlangung eines Kupferzolls war, wie viel dringender ist heute bei dieser ungeheuren Steigerung der Produktion, bei dieser wilden Spekulation der Schutz des heimischen Kupfers!

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Barth auch dafür dankbar, daß er hier das Silber erwähnt hat. Herr Abgeordneter Barth meinte, es spräche kein vernünftiger Mensch mehr von Bimetallismus, und sagte das in dem Augenblick, als er selbst davon sprach. — Nun, meine Herren, ich würde mich ja nicht so hart ausdrücken. Aber ich will zunächst doch hervorheben, daß ich dafür dankbar bin, daß er mich auf diese Frage bringt; ich hatte das vorher leider übersehen.

Für Mansfeld, meine Herren, ist der Ausfall beim Silber ein ganz außerordentlich schwerer. Die Mansfelder Gewerkschaft würde ungefähr 10 Millionen Mark mehr im Jahre an Einnahmen haben, wenn das Silber

noch seinen alten Preis hätte. Der Herr Abgeordnete Barth meint ja, daß eine künstliche Steigerung des Silberpreises von Mansfeld aus ins Werk zu setzen versucht worden wäre. Nein, Herr Abgeordneter Barth, so lag die Sache nicht, sondern es handelte sich um eine Abwehr einer künstlichen Entwertung. Und hier war die Entwertung ganz künstlich, und zwar nur und lediglich durch die deutsche Gesetzgebung, durch die Aechtung des Silbers aus den Münzstätten herbeigeführt. Der Schaden, der hier die deutschen Produzenten traf, war die unmittelbare Folge der deutschen Reichsgesetzgebung. Sie werden darüber anderer Meinung sein; ich will auch nicht in die Einzelheiten der Frage mit Ihnen eintreten; es liegt ja eine große und weite Litteratur darüber vor, aus der sich jeder darüber unterrichten kann, der ein Interesse daran hat. Aber, meine Herren, was nun den Bimetallismus betrifft, so ist ja der Herr Abgeordnete Barth seiner Zeit sogar nach Amerika gefahren, um den Bimetallismus zu bekämpfen, um die Wahl Bryans zu bekämpfen. — Später ist er nach Oesterreich gefahren: das galt dem Zolltarif. Damals war er in Amerika, um die Wahl von Mac Kinley durchzusetzen, der ja ein furchtbarer Schutzzöllner gewesen ist, schlimmer vielleicht als wir alle hier, aber der doch gegen den Silbermann im Felde stand. Da hätte leicht den Herrn Abgeordneten Barth ein großes Mißgeschick treffen können; denn als der Herr Mac Kinley gewählt war, hat er alles daran gesetzt, um den Bimetallismus wirklich durchzusetzen. Ich muß ihm das Zeugnis geben: er hat nichts unversucht gelassen, und wenn der Bimetallismus damals nahe am Ziele gescheitert ist, so lag das lediglich an einem groben Wortbruch des englischen Ministeriums, dieses selben englischen Ministeriums, das wir in der Folgezeit ja dann im Burenkriege genauer kennen gelernt haben. Das englische Ministerium hat die Zusage, die es im Unterhause feierlich gemacht hat, gebrochen. Aber über solche Dinge geht man, wenn es sich um die Goldwährung handelt, ja spielend leicht hinweg.

Der Bimetallismus ist schon recht oft totgesagt worden; man hat schon oft gesagt, daß die Bewegung für das Silber zu Ende sei. Dafs im gegenwärtigen Augenblick angesichts der Haltung des englischen Ministeriums die Bemühungen auf Wiederherstellung der Geldrolle des Silbers notwendig ruhen müssen, gebe ich vollkommen zu; ich habe von dieser Frage in letzter Zeit auch nicht gesprochen. Aber ebenso sicher bin ich, meine Herren, daß die Zeit wiederkommen wird, wo vernünftige Leute, recht vernünftige Leute, vielleicht vernünftiger als der Herr Abgeordnete Barth — —

Präsident v. Kröcher: Vernünftiger als ein Mitglied dieses Hauses ist niemand!

Dr. Arendt (Mansfeld), Abgeordneter (fortfahrend): Ja, meine Herren, ich habe selbstverständlich auch nicht die allgemeine Vernunft des verehrten Herrn Kollegen ins Auge gefaßt, sondern nur seine besondere Vernunft auf dem Währungsgebiete; ich meine selbstverständlich nur auf diesem Gebiete: — da bin ich denn doch überzeugt, daß die Zeit kommen wird, wo wir auch in dieser Frage der Reform näher treten werden, wo wir das erreichen müssen, was schließlic für die gesunde Entwicklung der Kulturwelt notwendig ist.

Der Abgeordnete Gothein ruft mir zu: „seiner Zeit“. Ja, Herr Gothein, ich glaube, daß das Wort „seiner Zeit“

eine verschiedene Auslegung finden kann, je nach dem Gegenstand, um den es sich handelt. Ich lege es manchmal in eine recht entfernte Zukunft, wenn es sich um den Mittellandkanal handelt, und ich lege es in eine recht nahe Zukunft, wenn es sich um den Bimetallismus handelt. Wir werden diesen hoffentlich noch erreichen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf Kanitz war so liebenswürdig, darauf hinzuweisen, daß ihm die Verhandlungen der Tariffkommission zu lang werden würden, wenn solche nicht dazu gehörigen Anträge in derselben gestellt würden, wie die über die Kommunalbesteuerung, und wenn ich eine Rede von einer Stunde dazu gehalten hätte. Erstens habe ich diesen Antrag nicht gestellt, sondern derselbe ist von Mitgliedern des Centrums und einem Herrn von der Freisinnigen Volkspartei gestellt worden, und ich habe nicht eine Stunde, sondern geschlagene sieben Minuten dazu geredet. Wenn dem Abgeordneten Grafen v. Kanitz das Malheur passiert, daß er nicht mehr zwischen sieben Minuten und einer Stunde unterscheiden kann — — ja, ich verstehe ja Ihre Müdigkeit, wenn Sie eingeschlafen sind; es war am Schluss, ich war der letzte Redner, und seine Fraktionskollegen hatten sich recht reichlich an der Debatte beteiligt, sein Fraktionskollege v. Wangenheim hatte länger gesprochen als ich. Wenn er also nicht unterscheiden kann zwischen sieben Minuten und einer Stunde, so kann man wohl beurteilen, was seine sonstigen Zahlenangaben noch für einen Wert für uns haben können.

Ich möchte ihn aber doch darauf hinweisen, daß der Vorwurf, daß wir die Verhandlungen in die Länge zögen, unmöglich richtig sein kann, und ich gestatte mir, auf einen Artikel der Schlesischen Zeitung von gestern hinzuweisen. Die Schlesische Zeitung ist doch ein sehr konservatives Blatt; die läßt sich von konservativer Seite aus Berlin schreiben:

Die Gegner des Entwurfs, die sich augenblicklich mit verdächtigem Eifer bemüht zeigen, die Kommissionsberatungen zu beschleunigen u. s. w.

Also, wir haben schon einen verdächtigen Eifer in der Beschleunigung gezeigt. Ich hoffe, Sie werden jetzt das ganz Unzutreffende der Ausführungen des Herrn Grafen Kanitz würdigen.

Herr Graf Kanitz ist dann noch auf die Schiffahrtsgesellschaften zurückgekommen und hat wiederum allgemeine Gerüchte vorgebracht, die meines Wissens in der Deutschen Tageszeitung und in der Kreuzzeitung gestanden haben, aber sonst nirgends, und von denen ich von allen Seiten, die etwas davon wissen könnten, bloß gehört habe, daß sie absolut nicht zutreffend sind. Also bin ich mit Ihnen darin einer Meinung, warten wir ruhig ab. Ich halte es bloß nicht für zweckmäßig, über ungelegte Eier zu reden und über Sachen, von denen wir absolut nichts wissen.

Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Arendt gesagt, der Schutz der heimischen Arbeit sei bloß im einzelnen durchzuführen, und Schutzzölle träfen nicht die Allgemeinheit. Da bin ich nun anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß Schutzzölle die Allgemeinheit außerordentlich treffen können, und daß namentlich solche Schutzzölle, welche einen großen Konsumartikel, welche ein Produktionsmittel der Allgemeinheit belassen, aber thatsächlich nur wenigen Einzelnen zu gute kommen, die Allgemeinheit außer-

ordentlich nachteilig treffen. Das ist eben der große Fehler bei dem Schutzzollsystem, daß hier so sehr die Allgemeinheit getroffen wird.

Dann hat der Abgeordnete Dr. Arendt meinen Freund Dr. Barth widerlegen wollen in seinen Ausführungen, wie nun die Allgemeinheit geschädigt werden könnte. Er hat gesagt: was macht das aus, das bisschen Ausfuhr von Kupferwaren, das wir haben! Herr Abgeordneter Dr. Arendt, es waren im Jahre 1900 für 139 Millionen Mark Kupfer und Kupferwaren, die wir ausgeführt haben. Darin ist aber noch gar nicht das Kupfer in den Erzeugnissen der elektrischen Industrie, der Maschinenindustrie u. s. w. enthalten. Da, glaube ich, können wir doch sagen: es handelt sich um eine Exportindustrie, der gegenüber die Interessen der kupferproduzierenden Industrie wirklich zurückstehen müssen. Denn mit dem, was die Maschinenindustrie und die elektrische Industrie für die Ausfuhr verbrauchen, wird sich der Wert wahrscheinlich auf über 200 Millionen belaufen.

Mit rührenden Worten hat der Abgeordnete Dr. Arendt uns geschildert, daß, wenn die Kupferpreise so bleiben wie jetzt, die Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft zur Betriebseinstellung kommen müsse; denn man habe ausgerechnet, ihre Unterbilanz werde 9 Millionen Mark im Jahre betragen, wenn die jetzigen Kupferpreise bleiben. — Das hat er eben selber gesagt. — Meine Herren, was nützt da ein Zoll von 3 *M.* oder auch von 6 *M.* auf den Doppelcentner? Herr Kollege Dr. Arendt, bloß um diese Unterbilanz zu beseitigen, wäre ein Schutzzoll von 30 bis 40 Millionen Mark notwendig, um der Mansfelder Gewerkschaft den Fortbestand zu sichern; das können Sie sich selber ausrechnen. Das stimmt; denn ein Zoll von 3 *M.* würde Ihnen ein Mehrerträgnis von noch nicht 760 000 *M.* geben, ein Zoll von 6 *M.* also circa 1,5 Millionen Mark; damit wäre die Gewerkschaft auch noch nicht lebensfähig. Das ist aber die Art und Weise, wie Sie mit einem Schutzzolle die Welt oder die Welt Ihres Wahlkreises retten wollen. Ich konstatiere, daß Sie ausdrücklich sich dagegen erklärt haben, einen Schutzzoll einzuführen, der den Konsum schwer treffen würde, den würden Sie selber vom Uebel halten; höchstens bis 6 *M.* würden Sie gehen. Und das ist ungefähr der sechste Teil von dem, was die Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft nach Ihnen brauchen würde, um die Unterbilanz in einem Jahre zu beseitigen!

Nun, meine Herren, noch ein Wort zu den Ausführungen der Herren über den Roheisenzoll. Die Herren haben mich da etwas mißverstanden. Ich werde mir erlauben, kurz aus meinem eigenen Stenogramm — es ist nicht korrigiert — vorzulesen, was ich gesagt habe:

Herr Graf Kanitz müßte dann meines Erachtens viel eher zu dem Schluß kommen, daß man den Roheisenzoll abschafft. Das würde mindestens die gleiche Logik sein. Meine Herren, ich habe ja an anderer Stelle schon ausgeführt, daß wir einen Roheisenzoll in dieser Höhe gegenwärtig thatsächlich nicht mehr brauchen.

Meine Herren, das ist doch etwas ganz anderes, als wenn ich beantragt hätte, den ganzen Roheisenzoll auf einmal abzuschaffen. Es ist mir nicht im Traume eingefallen, eine derartige Forderung aufzustellen, und die Herren, die dann so gegen mich gekämpft haben, haben nicht gegen mich, sondern gegen Windmühlen gekämpft.

Ich bin allerdings der Meinung, daß der Zoll gegenwärtig zu hoch ist, und habe ausdrücklich weiter gesagt, daß der Zoll in schlechten Zeiten, wie wir sie jetzt haben, gar nicht zum Ausdruck kommt; gegenwärtig ist Roheisen mit Ausnahme von Gießereiseisen durchschnittlich im Auslande teurer als in Deutschland, er ist dann zum Ausdruck gekommen, als wir in Deutschland die unsinnigen Roheisenpreise hatten.

Meine Herren, nun sagt der Herr Abgeordnete Hirsch (Essen): wer nach dem Auslande verkaufen will, muß die Ware zu dem Preise anbieten, zu dem Ware dort untergebracht werden kann, zum Auslandspreise. Er hat gesagt bezüglich der Abschlüsse des Kokssyndikates nach Böhmen, wie liegen denn aber die Verhältnisse dort? wer konkurriert denn im wesentlichen bei den böhmischen Hochofenwerken mit Koks? Einerseits ist das das Kokssyndikat in Westfalen, und andererseits sind das die niederschlesischen Kokswerke, die dortigen Koksöfen; und die Niederschlesier beklagen sich natürlich auf das schärfste — das nahe Böhmen ist ihr natürliches Absatzgebiet, sie liegen an der Grenze — daß sie immer unterboten werden von dem westfälischen Kokssyndikat, welches Preise für die Ausfuhr stellt, die um 4 *M.* niedriger als der Inlandspreis von 15 *M.* sind, also zu 11 *M.* nach Böhmen liefern, also die Niederschlesier unterbietet. Wenn Sie immer der Meinung sind, daß die Syndikate so vorteilhaft wirken, dann hätten Sie bloß nötig, daß die beiden Syndikate sich verständigen für den Auslandsmarkt und dann ihn gleichzeitig beschicken, statt daß sie sich, wo wirklich kaum eine andere Konkurrenz in Frage kommt, auf diesem Auslandsmarkte gegenseitig unterbieten. Meine Herren, das ist ein kolossaler Nachteil für unsere deutsche Eisenindustrie, wenn wir auf der einen Seite im Inlande hohe Kokspreise halten und die ausländische Eisenindustrie mit derart ungesund niedrigen Kokspreisen in die Höhe bringen. Das ist keine Förderung der deutschen Industrie; denn das wenige, was sie von Arbeitern bei den Kohlengruben und Kokswerken dafür beschäftigen, verschwindet gegenüber dem, was in der weiteren Verarbeitung von Eisen beschäftigt wird, und dem Weiterverarbeiter im Inlande erschweren sie die Konkurrenz auf dem ausländischen Markte; sie erschweren ihm aber auch den Absatz auf dem inländischen Markte, wenn sie die Preise so hoch halten. Das ist leider bei einer ganzen Menge von Artikeln der Fall, die syndiziert sind, und bei vielen Artikeln, bei denen der Zoll im Inlandspreise zum Ausdruck kommt.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Arendt hat nun doch noch die Gelegenheit ergriffen, um mit einigen Worten auf sein Steckenpferd, den Bimetallismus, zu kommen, und hat meinem Freund Dr. Barth angedichtet, er wäre nach Amerika gereist, um die Wahl von Mac Kinley dort zu betreiben. Ich glaube, mein Freund Barth ist dorthin gereist, um sich diesen Wahlkampf anzusehen, um Amerika kennen zu lernen. Meine Herren, ich habe nicht gehört, daß er dort irgendwie in den Wahlkampf eingetreten wäre, daß er auch nur eine Wahlrede gehalten oder einen Artikel für Mac Kinley geschrieben hätte: das hat ihm vollständig fern gelegen. Nein, meine Herren, ich glaube, Herr Kollege Barth kann sich nur freuen, daß Sie seinen Einfluß in Amerika so hoch veranschlagen. — Trotzdem, Herr Kollege Dr. Arendt! Ich glaube, selbst wenn Mac Kinley hinterher den Bimetallismus hätte durch-

setzen wollen — ich glaube nicht, daß er es ernstlich gewollt hat —, so würde das eben die Macht und Logik der Thatsachen zeigen, daß auch er den Bimetallismus nicht hat durchsetzen können. Und wenn Sie hier von einem Vertrauensbruch sprechen, eines englischen Ministers damals, der sich übrigens zu nichts verpflichtet hatte, sondern lediglich seinen Sympathien allgemeinen Ausdruck gegeben hatte, so wäre es meines Erachtens ein wirklicher Vertrauensbruch gewesen, den Mac Kinley begangen hätte, wenn er, nachdem er unter der Plattform „für eine gesunde Währung gegen die Doppelwährung“ gewählt worden war, die Doppelwährung hätte durchführen wollen. Im übrigen bin ich mit Ihnen derselben Meinung, das Wort „seiner Zeit“ legt jeder nach seiner Hoffnung aus. — Nicht immer; obgleich ich die Hoffnung habe, daß der Mittellandkanal einmal wiederkommt, meine ich, daß das „seiner Zeit“ nicht so sehr kurz dauern wird. Aber da Sie die Hoffnung für den Bimetallismus nicht aufgeben, so bestätigt das wieder die Worte des Dichters: Noch am Grabe pflanzte er die Hoffnung auf!

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Graf v. Kanitz.

Graf v. Kanitz, Abgeordneter: Meine Herren, ich bedaure außerordentlich, daß ich noch einmal das Wort nehmen muß: aber wenn mir von Herrn Macco gesagt worden ist, daß ich den Beweis für meine Behauptungen schuldig geblieben wäre, so kann ich das doch nicht ohne weiteres über mich ergehen lassen. Ich bin nun nicht in der glücklichen Lage, daß ich mir mein ganzes Aktenmaterial nachtragen lassen kann. Ich habe also die Eingabe von den westfälischen und rheinischen Walzwerken, worin sie sich über das Roheisensyndikat beschwerten, nicht hier; ich bin aber sehr gern bereit, diese Eingabe dem Herrn Abgeordneten Macco übermorgen vorzulegen, vorausgesetzt, daß ich die Sachen hier in Berlin unter meinen Papieren finde.

Der Sachverhalt ist kurz gefaßt der, daß im März 1890 das Roheisensyndikat verschiedenen Walzwerken Roheisen zum Preise von 90 und 92 *M.* verkauft hat und diese Werke sich verpflichten mußten, für 2 Jahre ihren ganzen Bedarf zu diesem Preise von diesen Syndikaten zu entnehmen, widrigenfalls, so wurde ihnen gedroht, sie kein Roheisen bekommen würden. Da nun kein Walzwerk sich dem aussetzen kann, kein Roheisen zu bekommen, so haben die Werke diesen Preis acceptieren müssen. Das sind dieselben Preise, welche Herr Gothein sorben als unsinnige Roheisenpreise bezeichnete. Meines Wissens sind die Roheisenpreise vom Syndikat jetzt erheblich herabgesetzt worden, und zwar auf 60 *M.* Das wird ja den Herren vielleicht bekannt sein. Es hat sich, um diesen Preistreibern des Roheisensyndikats zu entgehen, eine Einkaufsvereinigung gebildet von so und so vielen Eisenwerken, von denen jetzt in den Zeitungen zu lesen ist, daß sie außerhalb des Roheisensyndikats ihre Einkäufe zu Preisen decken, welche unter den vom Syndikat festgehaltenen Richtpreisen stehen.

Ich will noch erläuternd hinzufügen, daß damals, im März 1900, als diese Abschlüsse gemacht wurden, die Schweißseisenpreise auf über 200 standen, auf 220, 230 u. s. w. Bei einem solchen Schweißseisenpreis konnte ein Roheisenpreis von 90 bis 95 *M.* ganz gerechtfertigt erscheinen. Jetzt sind aber die Schweißseisenpreise um etwa 100 *M.* herabgegangen. Daß also die Walzwerke

bei jeder Tonne Schweißseisen, die sie herstellen, einen bedeutenden Verlust erleiden, unterliegt doch keinem Zweifel. Weiß denn Herr Abgeordneter Macco gar nichts von dem Prozesse, der sich in den letzten Wochen abgespielt hat? Der drehte sich doch gerade um dieses Abkommen zwischen dem Roheisensyndikat und den verschiedenen Walzwerken. Wie gesagt, ich bin heute nicht in der Lage, Ihnen das Nähere noch mitzuteilen. Ich werde mich aber bemühen, die Sachen unter meinen Papieren zu finden, und sie übermorgen mitbringen.

Nun noch ein kurzes Wort an den Herrn Abgeordneten Hirsch! Er hat mich doch sehr schlecht behandelt, wenn er mir gerade den Vorwurf macht, daß ich im vorigen Jahre im Reichstage die Essener Handelskammer angegriffen und behauptet habe, daß sie mit dem Kohlensyndikat in Verbindung stehe. Nein, Herr Abgeordneter Hirsch, in viel schärferem Tone hat das der Abgeordnete Richter gethan. Er hat mit dünnen Worten gesagt: die Handelskammer in Essen ist vom Kohlenringe besetzt. Ich aber habe nur gesagt, daß gewisse verwandtschaftliche Beziehungen zwischen dem Kohlensyndikat und der Handelskammer in Essen bestehen. Ich habe mich also sehr viel milder ausgedrückt, und wenn jetzt, wie der Abgeordnete Hirsch zugiebt, noch kein einziger Händler von der Handelskammer in Essen bestraft worden ist wegen unerlaubter Preistreiberei, weil keine Beschwerden erhoben worden sind, so ist das vielleicht ein Beweis dafür, daß man im Publikum auch kein allzu großes Vertrauen darauf hat, daß die Handelskammer die Händler energisch anfassen würde; denn daß Preistreiberien in erheblichem Maße in neuerer Zeit noch vorgekommen sind, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen.

Dann sagte Herr Abgeordneter Hirsch, was den Fall der Zeche Stock und Scherenberg betrifft, es hätte sich um eine wenig leistungsfähige oder überhaupt nicht lebensfähige Zeche gehandelt, die wohl daran gethan hätte, diesen Vertrag mit dem Syndikat zu schließen. Es handelt sich also um die Zuwendung einer Summe von jährlich 36 000 *M.* an diese Zeche von seiten des Kohlensyndikats. Ja, wenn die Dinge so liegen, wenn es sich hier um eine nicht lebensfähige Zeche handelt, dann ist das also eine freiwillige Unterstützung, ein Akt der Wohlthätigkeit von seiten des Kohlensyndikats gewesen. Ist das der Fall, dann nehme ich natürlich alle meine Vorwürfe gegen das Kohlensyndikat zurück.

Präsident v. Kröcher: Die Besprechung ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Arendt.

Dr. Arendt (Mansfeld), Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Gothein hat mich mißverstanden, wenn er annahm, daß ich von einem Vertrauensbruch eines englischen Ministers gesprochen hätte. Ich habe von einem Wortbruch des englischen Ministeriums gesprochen; denn das englische Ministerium hat feierliche Erklärungen in der Währungsfrage im Unterhause abgegeben und hat diese nicht gehalten.

Ebenso hat mich der Abgeordnete Gothein nicht richtig verstanden, wenn er gemeint hat, ich hätte von einem Vertrauensbruch des verstorbenen Präsidenten Mac Kinley gesprochen. Auch das habe ich nicht gethan. Herr Mac Kinley ist auf das Programm des internationalen Bimetallismus gewählt worden und hat mit Recht dasselbe durchführen wollen.

Dann hat er mir endlich vergeworfen, daß ich dem Abgeordneten Dr. Barth darin Unrecht gethan hätte, anzunehmen, daß er in Amerika für die Wahl des Herrn Mac Kinley gewirkt hätte. Ich hätte geglaubt, der Bedeutung und dem bekannten Eifer des Herrn Dr. Barth zu nahe zu treten, wenn ich angenommen hätte, daß er während der Wahlbewegung sich drüben aufhielt, ohne auf die Wahl einzuwirken.

Der Abgeordnete Gothein hat dann — und das veranlaßt mich hauptsächlich, eine persönliche Bemerkung zu machen — ausgeführt, ich hätte den Export der Kupfer verbrauchenden Industrien gering geschätzt. Ganz im Gegenteil; ich schätze ihn sehr hoch. Was ich ausgeführt habe, ist, daß die Belastung, welche die deutsche Kupfer verbrauchende Industrie durch einen etwaigen Kupferzoll trifft, außerordentlich gering ist, — also nicht die Kupfer exportierende Industrie, sondern die Belastung durch den Kupferzoll, wovon, wenn im allgemeinen 3 Millionen auf den gesamten Kupferverbrauch fallen, nur ein kleiner Teil der exportierenden Industrie trifft, die Herr Gothein selbst auf 200 Millionen annimmt; da ist das höchstens $\frac{1}{2}$ pCt., also gar nicht zu spüren.

Präsident v. Kröcher: Meine Herren, ich muß zu meiner Schande gestehen, daß ich es überhört habe, sowohl daß der Abgeordnete Dr. Arendt von einem „Vertrauensbruch“ des englischen Ministeriums gesprochen hat, wie auch, daß der Abgeordnete Gothein ihm das nachher vorgeworfen hat; sonst würde ich Gelegenheit genommen haben zu sagen, daß ich bitte, so schwere Vorwürfe gegen die Regierung einer befreundeten Macht nicht zu machen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Macco.

Macco, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat mich gefragt, ob ich nichts wüßte von dem Prozeß, der im Augenblick zwischen den Roheisenhütten und Walzwerken schwebt. Ich kann Herrn Graf Kanitz erwidern, daß ich etwas davon weiß und auch weiß, daß der Prozeß gegen die Walzwerke entschieden ist.

Präsident v. Kröcher: Was Sie wissen, haben Sie nicht richtig zu stellen; nur, was Sie gesagt haben.

Der Titel selbst ist nicht angefochten; er ist bewilligt.

Ebenso Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, —

9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19 — und 20.

Ich schlage dem Hause vor, sich jetzt zu vertagen. — Damit ist das Haus einverstanden.

Ihr Ausscheiden beantragen zu genehmigen
aus der Gemeindekommission der Abgeordnete Dr. Iderhoff,
aus der Budgetkommission die Abgeordneten Macco und Winckler.

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Ich lade daher die II., III., IV. Abteilung ein, heute unmittelbar nach der Plenarsitzung die erforderlichen Ersatzwahlen vorzunehmen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor, abzuhalten übermorgen, Montag, vormittag 11 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gesetze, betreffend die Landesbank in Wiesbaden, vom 25. Dezember 1869, vom 20. August 1883 und vom 3. Oktober 1899. — Drucksache Nr. 61.
2. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Landeskreditkasse zu Cassel. — Drucksache Nr. 62.
3. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts in Nordstrand. — Drucksache Nr. 47.
4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Umliegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. — Drucksache Nr. 26.
5. Rest der heutigen Tagesordnung.

Das Haus ist mit dieser Tagesordnung einverstanden, sie steht fest.

Außerdem beaufe ich unmittelbar nach der Plenarsitzung die Abteilungen

1. zur Wahl einer Kommission für den Gesetzentwurf über die juristischen Prüfungen,
2. zur Wahl einer Kommission für die Anträge Trimborn und Genossen, Euler, sowie Dr. Crüger (Bromberg) und Genossen, betreffend die Förderung des Handwerks, und des Antrages Dr. Hirsch (Berlin), betreffend die Gewerbeaufsicht.

Ich schliesse die Sitzung.

Schluss der Sitzung 4 Uhr 30 Minuten.

